

Bericht

des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft
über seine Tätigkeiten während der Sitzungsperiode

2025-2026

Inhalt

VORWORT DER PARLAMENTSPRÄSIDENTIN	4	BESUCHER AUS DER DEUTSCHSPRACHIGEN	57
DIE ABGEORDNETEN	6	GEMEINSCHAFT	57
DIE GEMEINSCHAFTSSENATORIN	8	BESUCHERGRUPPEN AUS ANDEREN LANDES-	KONFERENZ DER EUROPÄISCHEN REGIONALEN
DIE BERATENDEN MANDATARE	8	TEILEN UND DEM AUSLAND	GESETZGEBENDEN PARLAMENTE – CALRE
DIE FRAKTIONEN	9	GÄSTE	59
DIE PARLAMENTSORGANE	12	BESUCH VON ABGEORDNETEN DES LANDKREI-	EUREGIO MAAS-RHEIN
DIE PARLAMENTSPRÄSIDENTIN	12	SES VORPOMMERN-GREIFSWALD	59
DAS PRÄSIDIUM	13	BESUCH DER LUXEMBURGER ABGEORDNETEN-	EUROPÄISCHER AUSSCHUSS DER REGIONEN –
DAS ERWEITERTE PRÄSIDIUM	13	KAMMER	ADR
DIE AUSSCHÜSSE	14	BESUCH DELEGATION AUS DER NIEDERLÄNDI-	60
DIE PARLAMENTSVERWALTUNG	15	SCHEN PROVINZ FRYSLÂN	INTERREGIONALER PARLAMENTARIERRAT DER
VERWALTUNGSSTRUKTUR	15	VERANSTALTUNGEN	GROSSREGION – IPR
DER HAUSHALT DES PARLAMENTS	15	KOLLOQUIUM ZUR ZUKUNFT DES SENATS	60
BIBLIOTHEK UND ARCHIV	16	KOLLOQUIUM ZU DEN GRENZÜBERSCHREI-	KONGRESS DER GEMEINDEN UND REGIONEN
SCHRIFTENREIHE DER DEUTSCHSPRACHIGEN	17	TENDEN HERAUSFORDERUNGEN DES AR-	DES EUROPARATES
GEMEINSCHAFT	17	BEITSMARKTS IN DER GROSSREGION	62
STUDIENDIENST	17	VERANSTALTUNG ZUM WELTLEHRERTAG	DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHE KONFERENZ DER
DER OMBUDSDIENST	18	EMPFANG ZUM TAG DER DEUTSCHSPRACHIGEN	LANDTAGSPRÄSIDENTEN
AUFGABEN DES PARLAMENTS	19	GEMEINSCHAFT	62
EINLEITUNG	19	AUSSTELLUNGEN MENSCHENPFLICHTEN – KIN-	KONFERENZ DER PARLAMENTSPRÄSIDENTEN
ARBEIT IN DEN AUSSCHÜSSEN	20	DERRECHTE	DER DEUTSCHSPRACHIGEN LÄNDER
AUSSCHUSS I	20	BESUCH DER STERNSINGER	63
MITGLIEDER	20	EMPFANG DER ALTEN WEIBER – KARNEVAL	VERNETZUNG DES PARLAMENTS
RÜCKBLICK	21	2026	63
TÄTIGKEITEN VON AUSSCHUSS I	22	RHETORIKA	AUF BELGISCHER EBENE
AUSSCHUSS II	24	BLUTSPENDEAKTION	65
MITGLIEDER	24	EUROPA KREATIV: JUNGE IDEEN FÜR EIN	GEMEINSAME SITZUNGEN MIT DEN AUSSCHÜS-
RÜCKBLICK	24	GEMEINSAMES EUROPA AUSGEZEICHNET	SEN FÜR ZUSAMMENARBEIT
TÄTIGKEITEN VON AUSSCHUSS II	26	TIROLEREMPFANG	65
AUSSCHUSS III	28	SCHÜLERPREIS	AUF INTERREGIONALER UND EUROPÄISCHER
MITGLIEDER	28	PREIS DES PARLAMENTS	EBENE
RÜCKBLICK	28	POLITISCHE BILDUNG IM PARLAMENT	65
TÄTIGKEITEN VON AUSSCHUSS III	32	PROGRAMME FÜR GRUNDSCHÜLER:	AUSTAUSCH MIT DER LUXEMBURGER
AUSSCHUSS IV	33	POLITIK SPIELERISCH ENTDECKEN	ABGEORDNETENKAMMER
MITGLIEDER	33	POLITISCHE BILDUNG FÜR JUGENDLICHE DER	65
RÜCKBLICK	33	SEKUNDARSTUFE	AUSTAUSCH MIT DER NIEDERLÄNDISCHEN
TÄTIGKEITEN VON AUSSCHUSS IV	35	BESUCHE VON STUDIERENDEN, AUSZUBILDEN-	PROVINZ FRYSLÂN
AUSSCHUSS V	37	DEN UND ERWACHSENENBILDUNG	65
MITGLIEDER	37	AKTIVITÄTEN DER POLITISCHEN BILDUNG	AUSTAUSCH MIT DEM LANDTAG BRANDEN-
RÜCKBLICK	37	DIALOGKLASSEN	BURG
THEMENDEBATTEN	37	ZUG DER DEMOKRATIE	65
PETITIONEN	37	UNTERSTÜTZUNG DER ARBEIT DER SCHÜ-	INTERPARLAMENTARISCHER AUSTAUSCH AUF
ARBEIT IM PLENUM	38	LERRÄTE	EU-EBENE
IM PLENUM GETROFFENE ENTSCHEIDUN-	39	WIE GEHT DENN POLITIK?	65
GEN	39	PARLAMENT INTERNATIONAL UND	BEGLEITUNG DER AUSSENBEZIEHUNGEN DER
BEZIEHUNGEN ZUR REGIERUNG	42	INTERREGIONAL	REGIERUNG
MÜNDLICHE FRAGEN	43	GESETZGEBERISCHE TÄTIGKEIT	66
SCHRIFTLICHE FRAGEN	44	SUBSIDIARITÄTSKONTROLLE	DER PERMANENTE BÜRGERDIALOG
INTERPELLATIONEN	45	VERTRETUNG DES PARLAMENTS IN	68
BEGRÜNDETE ANTRÄGE	45	GREMIEN	DIE SECHSTE BÜRGERVERSAMMLUNG ZUM THE-
ENTWICKLUNG DER KONTROLLINSTRU-	45	INNERBELGISCHE ZUSAMMENARBEIT	MA „SCHÜLERKOMPETENZEN“
MENTE	45	DIE KONFERENZ DER BELGISCHEN PARLA-	68
DAS PARLAMENT IM DIALOG	46	MENTSPRÄSIDENTEN	DIE SIEBTE BÜRGERVERSAMMLUNG ZUM THEMA
BESUCHER- UND SCHÜLERGRUPPEN IN ZAHLEN	46	INTERPARLAMENTARISCHER DIALOG ZUM	„SENIOREN“
		THEMA KLIMA	68
			DER STÄNDIGE BÜRGERRAT
			69
			DER WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT DES BÜRGER-
			DIALOGS
			70
			AUSWERTUNG DES BÜRGERDIALOGS
			2019-2024
			71
			EUROPÄISCHE AUSZEICHNUNG
			71
			ANLAGE – ÜBERSICHT REGIERUNGS-
			KONTROLLE
			72
			MÜNDLICHE FRAGEN
			72
			SCHRIFTLICHE FRAGEN
			79
			INTERPELLATIONEN
			81

Vorwort der Parlaments- präsidentin

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

ein Parlament lebt nicht allein von Debatten, Entscheidungen und politischer Arbeit. Es lebt auch von den Menschen, die seine Türen durchschreiten, von Begegnungen und Gesprächen und von der Bereitschaft, unterschiedliche Perspektiven miteinander zu teilen. Die zurückliegende Sitzungsperiode hat dies auf vielfältige Weise gezeigt und unser Parlament einmal mehr zu einem offenen Haus des Austauschs und des Miteinanders gemacht.

Zahlreiche Schülerinnen und Schüler sowie Besuchergruppen durften wir auch in diesem Jahr bei uns begrüßen und ihnen einen Einblick in die parlamentarische Arbeit geben. Ein besonderer Höhepunkt war dabei der „Zug der Demokratie“, der aufgrund der hohen Nachfrage gleich zweimal Halt im Parlament machte. Dabei kamen Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit Abgeordneten zusammen, um ihre Ideen und Erwartungen an die Politik einzubringen und sich darüber auszutauschen.

Unsere Ausschüsse suchten regelmäßig den Austausch vor Ort, um sich ein unmittelbares Bild von der praktischen Arbeit, aktuellen Herausforderungen und konkreten Entwicklungen in ihren jeweiligen Themenbereichen zu machen. Darüber hinaus wurde die Zusammenarbeit mit dem Flämischen Parlament und dem Parlament der Walonischen Region weiter vertieft.

Der permanente Bürgerdialog setzte ebenfalls wichtige Impulse. Während der sechste Durchlauf zum Thema „Schülerkompetenzen“ mit der abschließenden politischen Nachverfolgung der Bürgerempfehlungen zu Ende ging, startete mit der Frage nach einem attraktiven und bereichernden Leben im Alter bereits die siebte Bürgerversammlung. Damit brachte der Bürgerdialog erneut interessante Perspektiven aus der Bevölkerung in die politische Arbeit ein.

Unser Parlament ist zugleich ein Ort, an dem besondere Leistungen Anerkennung finden. Mit der Verleihung der Preise des Parlaments in den Bereichen Staatswissenschaften, Kunst und Kultur sowie Biografien wurden auch in diesem Jahr herausragende Leistungen gewürdigt. Einen besonderen Anlass zum Feiern bot zudem das 50-jährige Bestehen des Buchpreises, der besondere Leistungen in der deutschen Sprache auszeichnet.

Offenheit und Austausch enden jedoch nicht an den Grenzen unserer Gemeinschaft. Der Besuch unserer Kolleginnen und Kollegen aus der luxemburgischen Abgeordnetenkammer, der Austausch mit einer Delegation aus der niederländischen Provinz Fryslân sowie die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschsprachigen Parlamente unterstrichen die Bedeutung des regelmäßigen Austauschs und der persönlichen Begegnung.

Eine besondere Rolle spielte in dieser Sitzungsperiode zudem unser

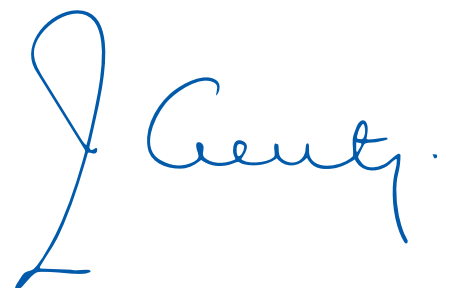
Co-Vorsitz im Interregionalen Parlamentarierrat (IPR), der mit der 75. Plenarsitzung in Eupen seinen Höhepunkt fand. Auch das Kolloquium zu den Herausforderungen des Arbeitsmarktes bot Gelegenheit zum Austausch über ein Thema, das weit über die Grenzen unserer Gemeinschaft hinaus von Bedeutung ist.

Diese und viele weitere Begegnungen und Initiativen stehen für ein Parlament, das seine Türen öffnet, Menschen zusammenbringt, Leistungen würdigt und den Dialog fördert – innerhalb unserer Gemeinschaft und weit darüber hinaus.

Mein herzlicher Dank gilt allen, die unser Parlament mit ihrem Engagement, ihren Ideen und ihrer Teilnahme zu einem lebendigen Ort der Begegnung machen.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre des Tätigkeitsberichts 2025–2026.

Patricia Creutz-Vilvoye
Präsidentin des Parlaments der
Deutschsprachigen Gemeinschaft





Patricia Creutz-Vilvoye
Präsidentin des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Abgeordneten

Das Parlament setzt sich aus 25 Abgeordneten zusammen. Sie werden bei den Wahlen zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft direkt gewählt – siehe auch den Jahresbericht 2024 & 2024-2025 des Parlaments. Die Abgeordneten üben ihr Mandat als Teilzeitmandat aus, d. h., dass – vereinfacht ausgedrückt – ihre parlamentarische Tätigkeit keinen Hauptberuf darstellt. Hiervon ausgenommen sind die vom Parlament aus seinen Reihen bestimmten Abgeordneten, die das Amt des Präsidenten bzw. der Präsidentin des Parlaments oder das Mandat des Gemeinschaftssenators bzw. der Gemeinschaftssensorin innehaben. Sie üben ihr Mandat aufgrund ihrer besonderen Funktionen und Aufgaben in Vollzeit aus.

Aufgrund von Rücktritten verändert sich die Besetzung des Parlaments im Laufe einer Legislaturperiode. Ein zurückgetretenes Parlamentsmitglied wird durch das erste Ersatzmitglied in der Reihenfolge der Liste, auf der es gewählt wurde, ersetzt – es sei denn, dieses Ersatzmitglied verzichtet auf das Mandat oder kann es aufgrund einer Unvereinbarkeit nicht antreten. In diesem Fall rückt das nächstfolgende Ersatzmitglied derselben Liste nach.

In der Sitzungsperiode 2025-2026 veränderte sich die Besetzung des Parlaments wie folgt:

Am 8. September 2025 trat Lisa Göbbels (ProDG) von ihrem Parlamentsmandat zurück; Karin Messerich (ProDG) wurde in der Plenarsitzung vom 15. September 2025 als Nachfolgerin vereidigt.

Kirsten Neycken-Bartholemy (SP) erklärte ihren Rücktritt aus dem Parlament mit Wirkung zum 17. Oktober 2025 und Alain Mertes (Vivant) erklärte seinen Rücktritt mit Wirkung zum 20. Oktober 2025. Am selben Tag, d. h. am 20. Oktober 2025, wurden Charles Servaty (SP) und Marco Hoffmann (Vivant) als ihre Nachfolger im Parlament vereidigt.

Ralph Schröder (PFF) erklärte am 24. November seinen Rücktritt aus dem Parlament. Für ihn rückte Parteikollege Frederik Wertz (PFF) nach, der am 8. Dezember 2025 vereidigt wurde.



Eidesleistung Karin Messerich



Eidesleistung Charles Servaty



Eidesleistung Marco Hoffmann



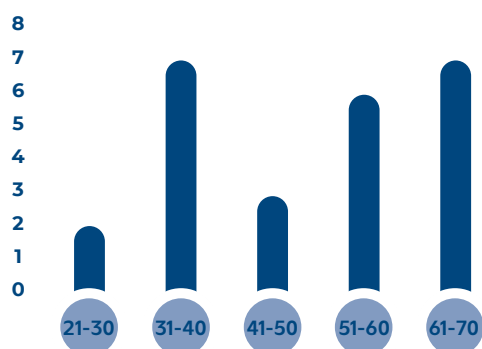
Eidesleistung Frederik Wertz

Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft (in alphabetischer Reihenfolge)

Vorname	Name	Fraktion	Funktion
Michael	Balter	VIVANT	1. Vizepräsident
Fabienne	Colling	ECOLO	Abgeordnete
Elke	Comoth	ProDG	Abgeordnete
Freddy	Cremer	ProDG	3. Sekretär
Patricia	Creutz-Vilvoye	CSP	Präsidentin des Parlaments
Kathy	Elsen	ProDG	Abgeordnete
Ewald	Gangolf	ProDG	Abgeordneter
José	Grommes	ProDG	1. Sekretär
Marcel	Henn	CSP	Abgeordneter
Marco	Hoffmann	VIVANT	Abgeordneter
Evelyn	Jadin	PFF	4. Vizepräsidentin
Andreas	Jerusalem	ECOLO	Abgeordneter
Björn	Klinkenberg	SP	Abgeordneter
Patrick	Laschet	ProDG	Abgeordneter
Gerhard	Löfgen	PFF	Abgeordneter
Karin	Messerich	ProDG	Abgeordnete
Mechtilde	Neuens	SP	3. Vizepräsidentin (ab 15.09.2025)
Stephanie	Pauels	CSP	2. Sekretärin
Elena	Peters	VIVANT	Abgeordnete
Liesa	Scholzen	ProDG	2. Vizepräsidentin, Gemeinschaftssensorin
Charles	Servaty	SP	Abgeordneter
Etienne	Simar	CSP	Abgeordneter
Diana	Stiel	VIVANT	Abgeordnete
Lukas	Teller	CSP	Abgeordneter
Frederik	Wertz	PFF	Abgeordneter

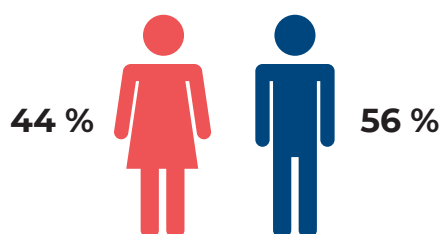
ALTERSPROFIL DER ABGEORDNETEN DES PARLAMENTS ZUM 1. SEPTEMBER 2026

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten liegt bei 50,5 Jahren.



AUFTEILUNG NACH GESCHLECHT

14 Männer und 11 Frauen bilden das direkt gewählte Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.



DIE GEMEINSCHAFTSSENATORIN

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft entsendet eines seiner Mitglieder als Gemeinschaftssensorin bzw. Gemeinschaftssensor in den 60 Mitglieder umfassenden Senat. Seit Juli 2024 ist dies Liesa Scholzen. Der Senat ist – neben der Abgeordnetenversammlung – die zweite föderale Kammer und hat vor allem bei Änderungen der Verfassung oder der föderalen Staatstruktur mitzuzentscheiden.

Die beratenden Mandatare

Die beratenden Mandatare können an den Plenarsitzungen und an den Ausschusssitzungen teilnehmen. Sie verfügen allerdings über kein Initiativrecht oder Kontrollrecht.

Beratende Mandatare sind¹:

- die im Wahlkreis Verviers gewählten Mitglieder der Abgeordnetenkommission, die den Verfassungseid ausschließlich oder an erster Stelle in Deutsch geleistet haben;
- die Mitglieder des Wallonischen Parlaments,

die den Verfassungseid ausschließlich oder an erster Stelle in Deutsch geleistet haben;

- das im deutschsprachigen Wahlkreis gewählte Mitglied des Europäischen Parlaments, das seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat.

Seit der Provinzialratswahl vom 13. Oktober 2024 sind die im Wahldistrikt Eupen gewählten Provinzialratsmitglieder keine beratenden Mandatare des Parlaments mehr.

Die Anzahl der beratenden Mandatare reduzierte sich folglich auf fünf.



Pascal Arimont
Europäisches Parlament



Luc Frank
Abgeordneten Kammer



Christine Mauel
Wallonisches Parlament



Alfred Mockel
Wallonisches Parlament



Patrick Spies
Wallonisches Parlament

¹ Gesetz vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Art. 8 §4.

Die Fraktionen

Die Parlamentsmitglieder haben sich zu Fraktionen zusammengeschlossen, um die parlamentarische Tätigkeit zu organisieren. In der Regel gehören diese Mitglieder derselben politischen Partei oder Bewegung an. Das Parlament stellt den Fraktionen sowohl finanzielle Mittel als auch Büroräume und Infrastruktur zur Verfügung.

Seit Beginn der neuen Legislatur nach den Wahlen vom 9. Juni 2024

gibt es im Parlament insgesamt sechs Fraktionen: fünf anerkannte Fraktionen sowie mit ECOLO eine nicht anerkannte Fraktion. Eine anerkannte Fraktion setzt sich aus mindestens drei Parlamentsmitgliedern zusammen, eine nicht anerkannte Fraktion aus zwei Mitgliedern. Diese Unterscheidung hat Auswirkungen auf den Umfang der finanziellen und sachlichen Unterstützung sowie auf die in der Geschäftsordnung festgelegten Rechte, wie etwa das

Rederecht oder die garantierte Mitwirkung in den Ausschüssen.

Die Fraktionen bezeichnen einen Fraktionsvorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, der bei Abwesenheit des Vorsitzenden dessen Befugnisse ausübt.



Die freie Bürgerliste für Ostbelgien

8 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen
Belgien

T +32 (0)87/31 84 55

F +32 (0)87/31 84 56

info@prodg.pdg.be

<http://www.prodg.be>

Fraktionsvorsitzender:

Freddy Cremer

freddy.cremer@pdg.be



5 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen
Belgien

T +32 (0)87/31 84 47

F +32 (0)87/31 84 48

info@csp.pdg.be

<http://www.csp-dg.be>

Fraktionsvorsitzende:

Stephanie Pauels

stephanie.pauels@pdg.be



4 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen
Belgien

T +32 (0)87/31 84 73

F +32 (0)87/31 84 74

info@vivant.pdg.be

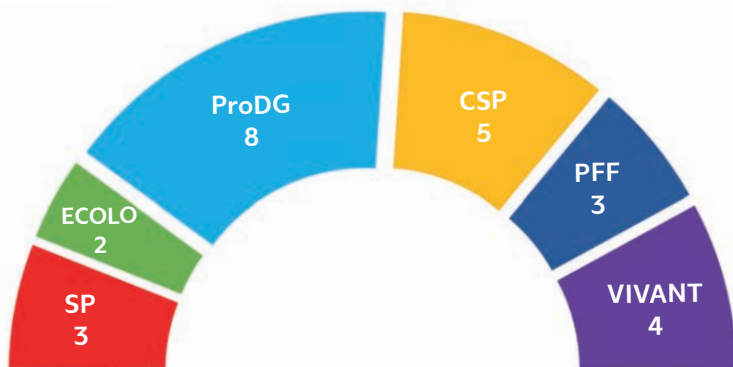
<http://www.vivant-ostbelgien.org>

Fraktionsvorsitzender:

Michael Balter

michael.balter@pdg.be





3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen
Belgien

T +32 (0)87/31 84 61

F +32 (0)87/31 84 62

info@sp.pdg.be

<http://www.sp-dg.be>

Fraktionsvorsitzende:

Mechtilde Neuens

mechtilde.neuens@pdg.be



3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen
Belgien

T +32 (0)87/31 84 67

F +32 (0)87/31 84 68

info@pff.pdg.be

<http://www.pff.be/>

Fraktionsvorsitzende:

Evelyn Jadin

evelyn.jadin@pdg.be



2 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen
Belgien

T +32 (0)87/31 84 77

F +32 (0)87/31 84 78

info@ecolo.pdg.be

<http://www.ecolodg.be>

Fraktionsvorsitzende:

Fabienne Colling

fabienne.colling@pdg.be



Die Parlamentsorgane

Die Parlamentsorgane sind die offiziellen Funktionen und Gremien innerhalb des Parlaments, die dessen Arbeitsweise organisieren und sicherstellen, dass die parlamentarischen Aufgaben ordnungsgemäß erfüllt werden. Sie dienen der Strukturierung, Leitung und Verwaltung der parlamentarischen Abläufe. Zu den Parlamentsorganen zählen die Parlamentspräsidentin, das Präsidium, das erweiterte Präsidium und die Ausschüsse.

DIE PARLAMENTSPRÄSIDENTIN

Die Präsidentin leitet die Arbeit des Parlaments. Ihre Aufgaben sind vielfältig und werden in der Geschäftsordnung geregelt.

Seit dem 1. Juli 2024 bekleidet Frau Patricia CREUTZ-VILVOYE das Amt der Parlamentspräsidentin.

Die sichtbarste Aufgabe der Parlamentspräsidentin ist die Leitung von Sitzungen. So leitet sie die Plenarsitzung, in der sie den geregelten Ablauf sichert, den Abgeordneten und Regierungsmitgliedern das Wort erteilt und gemeinsam mit dem 1. Sekretär des Präsidiums die Abstimmungen durchführt. Die Parlamentspräsidentin ist ebenfalls Vorsitzende des Präsidiums, des erweiterten Präsidiums, des Ausschusses I und des Ausschusses V. Zur Vor- und Nachbereitung der Arbeiten der Parlamentsgremien plant sie in Absprache mit der Regierung und öffentlichen Einrichtungen die vorzunehmenden Schritte und lässt sich über die Entwicklungen in Fachbereichen und über Sachstände informieren. Darüber hinaus konsultiert sie Sachverständige und fördert die Meinungsbildung.

Die Parlamentspräsidentin ist auch Vorsitzende der Jury zum Preis des Parlaments.

Die Parlamentspräsidentin vertritt das Parlament nach außen. Die auswärtigen Beziehungen des Parlaments, die in einem weiteren Kapitel näher umschrieben werden, umfassen die Teilnahme an innerbelgischen und internationalen Netzwerken. Im Austausch mit Amtskollegen werden Herausforderungen erörtert und gemeinsame Standpunkte erarbeitet.

Als protokollarisch höchste Vertreterin der Deutschsprachigen Gemeinschaft nimmt sie diesbezügliche Aufgaben wahr. Sie repräsentiert die Deutschsprachige Gemeinschaft und das Parlament bei offiziellen Feiern, Staatsakten und Gedenkveranstaltungen im In- und Ausland.



Die Parlamentspräsidentin leitet eine Sitzung

DAS PRÄSIDIUM

Das Präsidium regelt die administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments und seiner Organe. Es gewährleistet durch strategische Entscheidungen das gute Funktionieren des parlamentarischen Geschehens. Das Präsidium wird zu Beginn der Legislaturperiode von der Plenarversammlung gewählt.

Das Präsidium regelt alle administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments, seiner Organe und der Parlamentsverwaltung. Es ernennt das Personal des Parlaments, mit Ausnahme des Greffiers, und legt das Organigramm der Parlamentsverwaltung fest.

Das Präsidium wird gemäß dem System der verhältnismäßigen Vertretung der Fraktionen gebildet, wobei jedoch gewährleistet werden muss, dass jede anerkannte Fraktion des Parlaments vertreten ist.

Zusammensetzung des Präsidiums:

- **Patricia Creutz-Vilvoye**,
Präsidentin des PDG
- **Michael Balter**, 1. Vizepräsident
- **Liesa Scholzen**, 2. Vizepräsidentin
- **Mechtilde Neuens**, 3. Vizepräsidentin
- **Evelyn Jadin**, 4. Vizepräsidentin
- **José Grommes**, 1. Sekretär
- **Stephanie Pauels**, 2. Sekretärin
- **Freddy Cremer**, 3. Sekretär
- Der Greffier, **Stephan Thomas**,
nimmt von Amts wegen an den Sitzungen teil.

DAS ERWEITERTE PRÄSIDIUM

Das erweiterte Präsidium setzt sich zusammen aus den Präsidiumsmitgliedern sowie den Vorsitzenden der Fraktionen und Ausschüsse, die nicht dem Präsidium angehören. In der Sitzungsperiode 2025-2026 waren dies:

- Fabienne Colling, Fraktionsvorsitzende,
- Alain Mertes bis bzw. Diana Stiel ab dem 20. Oktober 2025 als Ausschussvorsitzende.

Das erweiterte Präsidium entscheidet über die Arbeitsplanung des Parlaments. Es legt den Terminkalender der parlamentarischen Arbeiten fest und entscheidet über die Tagesordnungen.

An den Sitzungen des erweiterten Präsidiums kann auch ein Regierungsvertreter teilnehmen. In der Regel ist dies der Kabinettschef bzw. die Kabinettschefin des Ministerpräsidenten.

DIE AUSSCHÜSSE

Vier Ausschüsse gestalten auch in der Legislaturperiode 2024-2029 die Arbeit des Parlaments in wöchentlich stattfindenden Sitzungen.

- Ausschuss I für allgemeine Politik und Zusammenarbeit, Finanzen, lokale Behörden, Raumordnung, Energie, nachhaltige Entwicklung und Wirtschaftsförderung;
- Ausschuss II für Kultur, Erwachsenenbildung, Tourismus, Denkmal- und Landschaftsschutz;
- Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung;
- Ausschuss IV für Gesundheit, Soziales, Familie und Wohnungswesen.

Der Ausschuss V zur Kontrolle der öffentlichen Mitteilungen, der Wahlausgaben und des Deontologiekodex sowie betreffend die Erklärungspflichten in Bezug auf Mandate und Patrimonien tagt bei Bedarf.

Die Besetzung der ständigen Ausschüsse wurde von der Plenarsitzung am 1. Juli 2024 gemäß dem System der verhältnismäßigen Vertretung festgelegt: ProDG stellt drei Mitglieder, die CSP zwei Mitglieder und die Fraktionen VIVANT, SP, und PFF jeweils ein Mitglied in jedem Ausschuss. ECOLO kann als nicht anerkannte Fraktion einen Vertreter in jeden Ausschuss entsenden.

Die Verteilung der Vorsitze und stellvertretenden Vorsitze zwischen den Fraktionen erfolgt verhältnismäßig und gemäß Artikel 36 §4 der Geschäftsordnung.

Die derzeitige Mandatsverteilung sieht wie folgt aus:

- Ausschuss I: Vorsitzende: Patricia Creutz-Vilvoye (CSP), stellvertretende Vorsitzende: Evelyn Jadin (PFF);

- Ausschuss II: Vorsitzende(r): Alain Mertes (VIVANT) (bis 20.10.2025), Diana Stiel (VIVANT) (ab 20.10.2025), stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Löfgren (PFF);
- Ausschuss III: Vorsitzende: Liesa Scholzen (ProDG), stellvertretende(r) Vorsitzende(r): Kirsten Neycken-Bartholemy (SP) (bis 17.10.2025), Charles Servaty (SP) (ab 20.10.2025);
- Ausschuss IV: Vorsitzender: José Grommes (ProDG), stellvertretende Vorsitzende: Mechtilde Neuens (SP).



Einblicke aus einer Ausschusssitzung

DIE PARLAMENTSVERWALTUNG

VERWALTUNGSSTRUKTUR

Die Verwaltung ist in fünf Dienste aufgeteilt:

- Dienst 1: Ausschüsse
- Dienst 2: Expertise und Publikationen
- Dienst 3: Finanz- und Personalwesen
- Dienst 4: Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation
- Dienst 5: Infrastruktur

Die Verwaltung steht unter der Leitung des Greffiers.

Stand 01.07.2026

Mitarbeiter pro Stufe (VÄ) ²	Anzahl
Stufe 1	16,15
Stufe 2+	6,6
Stufe 2	9,5
Stufe 3	4,1
ohne Stufe	<u>3,11</u>
TOTAL	39,46

Mitarbeiter pro Kategorie	Anzahl
Beamter	37
Vertraglich	<u>8</u>
TOTAL	45

Mitarbeiter pro Geschlecht	Anzahl
Männlich	12
Weiblich	<u>33</u>
TOTAL	45

Die Referentin der Parlamentspräsidentin und der Referent der Gemeinschaftssenatorin, Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter in der Stufe I oder II+, werden außerhalb des Stellenplans eingestellt und ihr Beschäftigungsverhältnis ist an die Mandatsdauer ihrer jeweiligen Dienstherrin gebunden.

DER HAUSHALT DES PARLAMENTS

Das Präsidium des Parlaments verabschiedet jährlich einen Haushaltsplan. Mit den dort eingetragenen Mitteln werden die Ausgaben zur Gewährleistung des Parlamentsbetriebs bestritten. Die Haushaltsausführung und die Rechnungslegung des Parlaments werden vom Rechnungshof geprüft.

A. Einnahmen:

Die Haupteinnahmequelle des Parlaments ist die Dotation der Gemeinschaft, die in eine Kapitaldotation (zur Rückzahlung der Anleihe für den Um- und Ausbau des Parlamentsgebäudes und zur Finanzierung von Investitionen) und in eine Dotation für die laufenden Ausgaben aufgeteilt ist.

Übersicht der Einnahmen in den Jahren 2024-2026

OB	Programm	EWK	Bezeichnung	2024*	2025**	2026***
10	00 Verwaltung allgemein	06.01	Sonstige Einnahmen	5.306	8.343	11.000
		16.11	Verkauf von Gütern und Dienstleistungen	4.487	5.017	3.000
		26.10	Zinserträge	22.733	19.173	10.000
		38.30	Erstattungen durch Versicherungen	0	0	0
		46.10	Dotation der Gemeinschaft	7.937.000	8.090.000	8.252.000
		66.11	Kapitaldotation der Gemeinschaft	1.227.284	1.227.284	1.228.000
		76.32	Verkauf Immobilien	0	0	0
		96.70	Leasingverträge	0	0	0
TOTAL				9.196.810	9.349.817	9.504.000

* endgültige Abrechnung 2024, ** vorläufige Abrechnung 2025, *** Haushaltsplan 2026

²Vollzeitäquivalente Arbeitskräfte.

B. Ausgaben:

Die Ausgaben des Parlaments umfassen vor allen Dingen die Gehaltskosten der Mitarbeiter, die Entschädigungen und Pensionsbeiträge der Parlamentarier, Ausgaben technischer Art (Energie- und Unterhaltskosten für die Infrastruktur, Anschaffung von Büro- und IT-Material usw.), Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit und die Veranstaltungen des Parlaments, die Kosten für den Bürgerdialog, für die Funktionszuwendungen an die Fraktionen und den Ombudsdienst der Gemeinschaft sowie die Kosten für die Tilgung des Darlehens für den Um- und Ausbau des Parlamentsgebäudes

Übersicht der Ausgaben in den Jahren 2023-2025

OB	Programm	EWK	Bezeichnung	2024*	2025**	2026***
10	00 Verwaltung allgemein	11.11	Gehälter	3.187.049	2.975.826	3.097.000
		11.12	Sonstige Gehaltskosten	12.673	12.416	12.000
		11.20	Soziallasten	387.048	361.847	385.000
		11.31	Sozialfonds	33.000	36.000	38.000
		11.40	Geldwerte Vorteile	43.893	44.157	54.000
		12.11	Allgemeine laufende Ausgaben	1.942.966	1.872.835	2.170.000
		21.60	Zinsen	267.524	234.589	201.000
		33.00	Zuwendungen Fraktionen	1.619.096	1.577.687	1.609.000
		33.01	Ombudsdienst	126.000	126.000	131.000
		71.32	Investition Gebäude und Gelände	36.829	40.915	650.000
		74.22	Vermögensankauf	64.299	76.696	250.000
		91.10	Kapitalrückzahlungen von Anleihen	909.760	942.695	977.000
20	Bürgerdialog	12.11	Allgemeine laufende Ausgaben	73.936	86.314	95.000
TOTAL				8.704.073	8.387.977	9.669.000

* endgültige Abrechnung 2024, ** vorläufige Abrechnung 2025, *** Haushaltsplan 2026

C. Haushaltsergebnis:

Das Haushaltsergebnis für das Jahr 2024 ist positiv: Den Einnahmen in Höhe von rund 9,19 Millionen Euro stehen Ausgaben in Höhe von 8,7 Millionen Euro gegenüber.

Im **Jahr 2025** lagen die Einnahmen bei 9,34 Millionen Euro, wohingegen die Ausgaben sich auf 8,38 Millionen Euro beliefen. Somit verzeichnet das Jahr 2025 ebenfalls ein positives Haushaltsergebnis.

Für das **Jahr 2026** belaufen sich die geschätzten Einnahmen auf 9,5 Millionen und die geschätzten Ausgaben auf 9,66 Millionen Euro.

BIBLIOTHEK UND ARCHIV

Die Parlamentsbibliothek ist eine Dokumentationsstelle für Literatur zu den Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zu Fragen der Autonomie und des Föderalismus und zu den Themenschwerpunkten des Parlaments.

Sie dient vorrangig der Informations- und Literaturversorgung der Parlamentarier sowie der Mitarbeiter der Parlamentsverwaltung und der Fraktionen. Darüber hinaus steht sie auch allen interessierten Bürgern als Präsenzbibliothek offen.

Das Parlamentsarchiv sichert dauerhaft Unterlagen für Dekretgebung, Rechtsprechung, Wissenschaft und

Forschung. Damit wird die Nachvollziehbarkeit des politischen Handelns des Parlaments und seiner Verwaltung gewährleistet.

Der Archivdienst des Parlaments erledigt neben einer fachgerechten Behandlung des Archivguts auch informationsbereitstellende Tätigkeiten. Er hilft bei Fragen zur Parlamentsdatenbank, berät bei der Recherche nach Parlamentsdokumenten und beantwortet Anfragen zu aktuellen und abgeschlossenen parlamentarischen Verfahren.

Die Archiv- und die Bibliotheksordnung sowie weiterführende Infor-

mationen und den Zugang zum Online-Katalog der Bibliothek finden sich auf der Webseite:

<http://bibliothek.pdg.be>



Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft

In loser Folge und politisch neutral werden in der Reihe politik-, rechts-, verwaltungs- und gesellschaftswissenschaftliche Beiträge veröffentlicht, die für das Statut der Deutschsprachigen Gemeinschaft direkt oder indirekt von Bedeutung sind. Dabei ist die Schriftenreihe durchaus als ein „offenes Forum“ zu verstehen, das Raum für die Veröffentlichung von Beiträgen unterschiedlichster Prägung schafft, insofern sie den Qualitätsanforderungen eines dazu eingesetzten Beirats entsprechen. In der Sitzungsperiode 2025-2026 wurden in dieser Reihe zwei neue Bände veröffentlicht:

Band 23: Der permanente Bürgerdialog in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens – Auswertung (2019-2024);

Band 24: Zwischen Effizienz und Teilhabe: Welche Zukunft für ein Belgien ohne Senat? Beiträge zum Kolloquium vom 19. September 2025 im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen.

Einen Überblick über alle bisherigen Veröffentlichungen der Schriftenreihe bietet die Webseite: <http://pdg.be/schriftenreihe>.

STUDIENDIENST

Die allgemeine Zielsetzung des Studiendienstes des Parlaments ist die Suche, Bereitstellung und Aufbereitung von Informationen, Analysen und Studien, die für die parlamentarische Arbeit von Interesse sind. In diesem Sinne kann der Studiendienst beauftragt werden, Recherchearbeiten durchzuführen, Informationen bereitzustellen und gegebenenfalls aufzuarbeiten sowie Analysen und Studien zu erstellen. Er unterstützt somit die Parlamentsgremien, die Abgeordneten, die Fraktionen und Fraktionsmitarbeiter, die Parlamentsverwaltung und das Ministerium bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Die Aufgabenfelder des Studiendienstes richten sich nach den Tätigkeitsfeldern des Parlaments. Die Anfragen an den Studiendienst müssen zudem in Zusammenhang mit den Zuständigkeiten der Deutschspra-



chigen Gemeinschaft und deren Autonomieentwicklung stehen und parlamentarische Relevanz aufweisen.

Die Arbeiten des Studiendienstes haben sich in der Sitzungsperiode 2025-2026 vor allem auf die Bereitstellung von Informationen und die Beantwortung von Informationsanfragen, die themenspezifische Recherche und die Erstellung von Hintergrunddokumenten sowie die Betreuung von parlamentspezifischen Projekten und die Netzwerkarbeit konzentriert.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Studiendienstes in der Sitzungsperiode 2025-2026 war die Unterstützung des Ständigen Sekretariats des permanenten Bürgerdialogs. In diesem Zusammenhang war der Studiendienst aktiv an der Erstellung der Schriftenreihe des Parlaments,

Band 23 „Der permanente Bürgerdialog in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens – Auswertung (2019-2024)“ beteiligt.

Die Sitzungsperiode 2025-2026 war darüber hinaus geprägt von der administrativen Koordinierung der wissenschaftlichen Auswertung und Begleitung des permanenten Bürgerdialogs. Zudem nimmt der Studiendienst externe Anfragen zur Vorstellung des Bürgerdialogs wahr.

DER OMBUDSDIENST

Eine Ombudsperson vermittelt in Streitfällen zwischen Bürgern und Behörden, wenn keine Einigung erzielt werden kann. „Ombud“ ist altnorwegisch und bedeutet sinngemäß „der, der für den anderen spricht“.

Das Amt der Ombudsperson wurde per Dekret vom 26. Mai 2009 geschaffen. Der Amtsträger wird vom Parlament nach einem öffentlichen Aufruf bestimmt. Das Mandat der aktuellen Ombudsperson, Frau Marlene Hardt, läuft noch bis März 2029. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben wird sie von einer teilzeitbeschäftigten Referentin unterstützt. 2025 beliefen sich die Ausgaben des Ombudsdienstes auf 125.691,85 Euro. Die Dotation des Parlaments für 2026 beträgt 131.000 Euro.

Unter den Begriff „Behörde“ fallen nicht nur das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die neun Gemeinden, die neun ÖSHZ sowie alle anderen öffentlichen Einrichtungen im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Auch circa 30 private Einrichtungen, die eine Aufgabe öffentlichen Interesses wahrnehmen und zu mehr als 50 % von der Deutschsprachigen Gemeinschaft finanziert werden (von „A“ wie Agora VoG bis „Z“ wie Zeitkreis VoG), gelten als Behörden.

Im Zeitraum von September 2025 bis Juni 2026 erreichten den Ombudsdienst 160 Beschwerden. Sie wurden auf ihre Annehmbarkeit geprüft: Entweder hatten die Beschwerdeführer ihr Anliegen im Vorfeld bereits selbst bei der zuständigen Behörde vorgebracht oder sie wurden von dieser direkt an den Ombudsdienst verwiesen.

51 Beschwerden wurden zur Prüfung angenommen. Die Bearbeitungsdauer kann – je nach Fall – von einigen Monaten bis zu mehreren Jahren reichen.

Zwei von drei Beschwerden sind im Durchschnitt unbegründet. In diesen Fällen erläutert die Ombudsperson dem Beschwerdeführer die Gründe

für das Verhalten oder die Entscheidung der Behörde noch einmal. Ist die Kritik hingegen begründet, versucht sie zu vermitteln. Dies gelingt in den meisten Fällen.

Bei Informationsanfragen bzw. Beschwerden zu Behörden, für die der Ombudsdienst nicht zuständig ist, verweist dieser die Betroffenen an die zuständigen Stellen bzw. leitet die eingereichte Beschwerde weiter. Dies geschah im Berichtszeitraum in 160 Fällen.

Darüber hinaus wandten sich sechs Personen an den Ombudsdienst, um auf vermutete Unregelmäßigkeiten hinzuweisen. Zwei dieser Meldungen wurden geprüft. Bei den übrigen Meldungen handelte es sich entweder um anonyme Hinweise, um Informationsanfragen oder um persönliche Konflikte.

Der Ombudsdienst unterstützt Personen bei ihrem Vorhaben, ihre Rechte in puncto Sprachengesetzgebung durchzusetzen. Er schreibt die betreffenden Behörden an oder holt ein Gutachten bei der Ständigen Kommission für Sprachenkontrolle mit Sitz in Brüssel ein. Zwischen dem 1. September 2025 und dem 30. Juni 2026 wurde der Ombudsdienst mit insgesamt 31 Anfragen befasst. Die Hälfte davon betraf entweder föderale Behörden oder private Dienstleister, die einen föderalen Auftrag erfüllen, der das private Interesse übersteigt (wie Bpost oder Engie).

Ende 2025 nahmen die Ombudsperson und ihrer Referentin an einer mehrtägigen Weiterbildung zum Thema Künstliche Intelligenz und der Gefahr von diskriminierenden automatischen Entscheidungen teil.



**Ombudsperson
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens**

Aufgaben des Parlaments

Das Parlament ist das legislative Organ für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Es verabschiedet **Dekrete mit Gesetzeskraft** für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Das Parlament schafft so die gesetzlichen Rahmenbedingungen in den gemeinschaftseigenen Angelegenheiten, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom Föderalstaat übertragen wurden, sowie in den regionalen Angelegenheiten, deren Ausübung der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch die Wallonische Region übertragen wurde.

Die **Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft** umfassen die kulturellen Angelegenheiten, personalgebundene Angelegenheiten, wie Familie, Gesundheit und Soziales, das Unterrichtswesen, einschließlich des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen, sowie die zwischen-gemeinschaftliche und internationale Zusammenarbeit. Rechtsgrundlage für diese Zuständigkeiten bilden Artikel 130 der belgischen Verfassung und Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Seit 1994 wurde mehrfach die Ausübung von Befugnissen von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen. Daher kann das Parlament Dekrete in folgenden Regionalangelegenheiten verabschieden:

- Denkmal- und Landschaftsschutz (1994 und 2015) sowie Ausgrabungen (1999),
- Beschäftigungspolitik (1999 und 2015),
- Gemeindeorganisation und -finanzierung (2004, 2009, 2014 und 2025),
- Tourismus (2014),
- Raumordnung (2019),
- Wohnungswesen (2019),
- Teile der Energiepolitik (2019).

Neben Dekreten mit Gesetzeskraft verabschiedet das Parlament auch andere Beschlüsse, die im Wesentlichen auf dieselbe Art und Weise wie Dekrete vorbereitet, besprochen und verabschiedet werden. Dabei handelt es sich zum einen um interne **Beschlüsse** zur Organisation der parlamentarischen Arbeit und zur Regelung des Statuts der Abgeordneten und der Verwaltungsmitarbeiter. Zum anderen verabschiedet das Parlament **Resolutionen und Stellungnahmen**, die politische Aussagen, Aufforderungen, Empfehlungen, Absichten oder Ähnliches enthalten und nicht rechtsverbindlich sind.

Schließlich gibt das Parlament **Gutachten** zu föderalen Gesetzesinitiativen ab, die sich auf das Autonomiestatut der Deutschsprachigen Gemeinschaft und auf die auf das deutsche Sprachgebiet anwendbare Sprachengesetzgebung beziehen.



Abstimmung im Plenum

Arbeit in den Ausschüssen

**Auf einen Blick 96 Ausschusssitzungen
40 Regierungskontrollsitzenngen**

Dekrete, Resolutionen und Gutachten, die im Plenum beschlossen werden, werden in den Ausschüssen vorbereitet. Grundlage für die Beratungen bilden Erläuterungen von Regierung und Verwaltung, Anhörungen von Sachverständigen und Betroffenen sowie die Stellungnahmen der Fraktionen. Die Diskussionen im Ausschuss werden in einem Bericht zusammengefasst und veröffentlicht.

Seit der Parlamentsreform im Januar 2015 sind die Ausschüsse auch ein zentraler Ort der Kontrolle der Regierung: In öffentlichen Sitzungen werden dort einmal monatlich mündliche Fragen und Interpellationen behandelt.

Über ihre Gesetzgebungs- und Kontrollaufgaben hinaus widmen sich die Ausschüsse einer Vielzahl weiterer Themen innerhalb ihres jeweiligen Fachgebiets. Dabei arbeiten sie nicht nur mit Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen, sondern pflegen auch den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern – ein Austausch, der seit 2019 in strukturierter Form im Rahmen des permanenten Bürgerdialogs stattfindet. Erstmals in dieser Sitzungsperiode initiierten die Fachausschüsse einen strukturierten Dialog mit den lokalen Behörden, um das gegenseitige Verständnis zu fördern, die Zusammenarbeit zu vertiefen und praxisnahe Perspektiven für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft zu entwickeln.

AUSSCHUSS I

Ausschuss für allgemeine Politik und Zusammenarbeit, Finanzen, lokale Behörden, Raumordnung, Energie, nachhaltige Entwicklung und Wirtschaftsförderung

Mitglieder

Vorsitzende: Patricia CREUTZ-VILVOYE (CSP)

Vizevorsitzende: Evelyn JADIN (PFF)

Effektive Mitglieder (stimmberechtigt)	Ersatzmitglieder
Für ProDG: Elke COMOTH Freddy CREMER Ewald GANGOLF	Für ProDG: Kathy ELSEN Lisa GÖBBELS José GROMMES
Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Steffi PAUELS	Für die CSP: Etienne SIMAR Lukas TELLER
Für VIVANT: Michael BALTER	Für VIVANT: Alain MERTES bis zum 20.10.2025 Diana STIEL ab dem 20.10.2025
Für die SP: Mechtilde NEUENS bis zum 20.10.2025 Charles SERVATY ab dem 20.10.2025	Für die SP: Björn Klinkenberg
Für die PFF: Evelyn JADIN	Für die PFF: Gerhard LÖFGEN
Vertreter der nicht anerkannten Fraktionen (nicht stimmberechtigt)	Ersatzmitglieder
Für ECOLO: Fabienne COLLING	Für ECOLO: Andreas JERUSALEM

Rückblick

HAUSHALT

Ein zentraler Bestandteil des für Finanzen und Haushalt zuständigen Ausschusses I sind die jährlichen Haushaltsberatungen, die ihren Höhepunkt im Herbst erreichen: Die Festlegung des Ursprungshaushalts für das kommende Jahr, die zweite Haushaltsanpassung des laufenden Jahres und die dritte Haushaltsanpassung und Abrechnung des vergangenen Jahres werden dann besprochen. Im Frühjahr folgte dann auch in dieser Sitzungsperiode die erste Haushaltsanpassung für das Jahr 2026.

Dabei übernimmt Ausschuss I nicht nur die Federführung bei den gemeinsamen Sitzungen mit dem Rechnungshof, die im Herbst und Frühjahr stattfinden, sondern zeichnet auch verantwortlich für die Abstimmung der unterschiedlichen Dekretentwürfe. Die drei anderen Fachausschüsse beraten über die sie betreffenden Bereiche des Haushalts und übermitteln dem Ausschuss I eine Stellungnahme.

LOKALE BEHÖRDEN

Im Herbst befasste sich der Ausschuss mit zwei Dekretentwürfen im Bereich der lokalen Behörden: Der erste betraf die Übertragung der Zuständigkeit der Gemeindefusionen und Abänderung von Gemeindegrenzen von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft. Der zweite regelte die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren. Damit wurden einerseits Berechnungs- und Auszahlungsmodalitäten rückgängig gemacht, die mit dem Programmdekret 2024 (II) eingeführt worden waren. Andererseits wurden eine Sonderdotations zum Ausgleich sozialer Risiken sowie ein Solidaritätsfonds eingeführt.

Im Oktober trat der Ausschuss zudem im Rahmen des strukturierten Dialogs mit Vertretern der Gemeinderäte zusammen. Diskutiert wurden u. a. die finanziellen Auswirkungen der föderalen Reform der Unter-

stützung für (Langzeit-)Arbeitslose auf die Gemeinden, die Vertretung von Mehrheit und Opposition in den Verwaltungsräten kommunaler VoGs, Mindestanforderungen für virtuelle oder hybride Gemeinderatssitzungen, die Evaluierung von Baunormen sowie die Aufwertung des kommunalen Engagements.

Außerdem stellte die Regierung ihren Bericht über die Führung der Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 13. Oktober 2024 im Ausschuss vor.

INSTITUTIONELLES

Der Ausschuss hat sich in dieser Sitzungsperiode mit verschiedenen institutionellen Themen beschäftigt: So unterbreitete er dem Plenum einen Vorschlag eines begründeten Gutachtens zur Abschaffung des ideologischen und philosophischen Alarmglockenverfahrens. Auf Initiative des föderalen Innenministers diskutierte der Ausschuss über die Abschaffung des Devolutiveffekts der Stimme im Kopffeld für die Wahlen des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, verabschiedete einen gemeinsamen Text und stellte diesen dem Ministerpräsidenten zu. Darüber hinaus verfolgte der Ausschuss die Entwicklungen zur möglichen Abschaffung des Senats und ließ sich hierzu regelmäßig von der Regierung und der Senatorin berichten.

RAUMORDNUNG, ENERGIE

Der Ausschuss beriet über eine Anpassung des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, die die Teilumsetzung der EU-Gigabit-Infrastrukturverordnung beabsichtigte. Die vorgesehenen Änderungen sollen den Ausbau von Hochgeschwindigkeits- und Gigabitnetzen erleichtern.

Außerdem stellte die Regierung eine Analyse zur Entwicklung des Gewerbes sowie das Reformprojekt zum Raumordnungsgesetz im Rahmen des Fortschrittsberichts 2030 vor. Im Nachgang zur Vorstellung des Windkraftrahmenplans der Regierung im April 2025 informierte sich

der Ausschuss über die Hierarchie zwischen verschiedenen EU-Richtlinien im Bereich der erneuerbaren Energien. Auch stellte die Regierung ihre Orientierungsnote zum energieautarken Ostbelgien vor.

AUSSENBEZIEHUNGEN

Neben dem Bericht der Regierung über die Zusammenarbeit mit der Wallonischen Region sowie mit Flandern traf der Ausschuss in dieser Sitzungsperiode auch mit den jeweiligen Ausschüssen für Zusammenarbeit des Wallonischen Parlaments sowie des Flämischen Parlaments in gemeinsamen Sitzungen zusammen (siehe hierzu auch „Parlament interregional und international“).

WEITERE THEMEN

Im Frühjahr beriet der Ausschuss über den Dekretentwurf zur Zustimmung zum CETA-Abkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union und hörte in diesem Rahmen den ostbelgischen EU-Abgeordneten an.

Darüber hinaus befasste sich der Ausschuss mit zwei Resolutionsvorschlägen. Einer behandelte die Problematik von Billigimporten durch ausländische Online-Plattformen, der andere die strategische Neuausrichtung der DGG-Gemeinschaftszentren. In diesem Zusammenhang wurden der Sport- und Ferienpark Worriken sowie das Kloster Heidberg besucht. Nach eingehender Beratung lehnte der Ausschuss beide Resolutionsvorschläge ab.

Tätigkeiten von Ausschuss I für allgemeine Politik und Zusammenarbeit, Finanzen, lokale Behörden, Raumordnung, Energie, nachhaltige Entwicklung und Wirtschaftsförderung in der Sitzungsperiode 2025-2026

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur dritten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2023 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024 – Dokument 5-3-HH2024 (2025-2026)

Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024 – Dokument 6-HH2024 (2025-2026)

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2024 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2025 – Dokument 5-2-HH2025 (2025-2026)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2026 – Dokument 4-HH2026 (2025-2026)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 10. Dezember 2025 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2026 – Dokument 5-1-HH2026 (2025-2026)

Haushaltsplan 2025/2026 und Tätigkeitsbericht 2024 des DGG Gemeinschaftszentren

WEITERE DEKRETNITIAITIVEN

Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 über die

Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft – Dokument 88 (2024-2025)

Dekretentwurf zur Zustimmung zu folgenden internationalen Abkommen:

1. Rahmenabkommen über umfassende Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Thailand andererseits, geschehen zu Brüssel am 14. Dezember 2022;

2. Rahmenabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Regierung Malaysias andererseits, geschehen zu Brüssel am 14. Dezember 2022 – Dokument 99 (2024-2025)

Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 17. Januar 1994 zur Festlegung der Verfahrensweise der im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingesetzten Untersuchungsausschüsse – Dokument 106 (2025-2026)

Programmdekretentwurf 2025 (II) – Dokument 111 (2025-2026)

Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfeszentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft – Dokument 114 (2025-2026)

Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 13. November 2023 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung – Dokument 116 (2025-2026)

Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten andererseits, geschehen zu Brüssel am 30. Oktober 2016 – Dokument 134 (2025-2026)

Dekretentwurf zur Abänderung des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung – Dokument 146 (2025-2026)

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

Beschlussvorschlag zur Genehmigung des fünften Nachtrags zum Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgien (WFG) (2021-2026) – Dokument 59 (2025-2026)

RESOLUTIONEN

Resolutionsvorschlag an die föderale Abgeordnetenversammlung, die Föderalregierung, das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, den EU-Ministerrat und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur rechtlichen Verpflichtung ausländischer Onlineplattformen, die EU-Richtlinien zur Produktsicherheit und Produktanforderungen einzuhalten, Zollkontrollen zu verstärken, unlautere Wettbewerbspraktiken zu verbieten und Verstöße konsequent zu ahnden – Dokument 65 (2024-2025)

Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur strategischen Neuausrichtung des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung „Gemeinschaftszentren“ – Dokument 104 (2025-2026)

GUTACHTEN

Vorschlag eines begründeten Gutachtens zum Gesetzesvorentwurf zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft – Dokument 121 (2025-2026)

Vorschlag eines begründeten Gutachtens zum Sondergesetzesvorschlag zur Abänderung des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen und des Sondergesetzes vom 12. Januar 1989 über die Brüsseler Institutionen im Hinblick auf die Ausweitung des Wahlrechts der im Ausland leben-

den Belgier auf die Wahlen zu den Gemeinschafts- und Regionalparlamenten sowie zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, mit dem Ziel, im Ausland lebenden Belgiern das Wahlrecht für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu gewähren – Dokument 138 (2025-2026)

BERICHTE

Bericht 2024 über die Ausübung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets – Dokumente 32 (2025-2026) Nrn. 2 und 3

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Anforderungen und Empfehlungen des Parlaments an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Berichterstattungsaufträge – Februar 2026 – Dokument 41 (2025-2026) Nrn. 3 und 4

Bericht des Ombudsdienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Jahresbericht 2025 – Dokument 76 (2025-2026) Nr. 3

Bericht über die Führung der Gemeinde- und Provinzi-
alratswahlen vom 13. Oktober 2024 in Ausführung von Artikel L4146-24 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung – Dokument 92 (2024-2025)

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Zusammenarbeit mit Flandern in Ausführung des Zusammenarbeitsabkommens vom 28. März 2017 zwischen Flandern und der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Auswertung des Arbeitsprogramms der Jahre 2023-2025 und Arbeitsprogramm der Jahre 2026-2028 – Dokument 115 (2025-2026)

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Zusammenarbeit mit der Wallonischen Region – Evaluierungsbericht für die Jahre 2023-2024 und Kooperationsprogramm für das Jahr 2025 – Dokument 122 (2025-2026)

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Strukturierter Dialog mit den lokalen Behörden – 2025 – Austausch des für die Bereiche Finanzen, lokale Behörden und Raumordnung zuständigen Ausschusses mit den Gemeinderäten der deutschsprachigen Gemeinden – Dokument 113 (2025-2026) Nr. 3

Regierungsmitteilung zum Fortschrittsbericht „Ostbelgien 2030“ – Dokument 140 (2025-2026)

Austausch zur Abschaffung des Devolutiveffekts der Stimme im Kopffeld für die Wahlen zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 156 (2025-2026)

Berichterstattung zu verschiedenen Vertretungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Gipfel Großregion, IPR, CALRE, Benelux, Euregio Maas-Rhein EVTZ, AdR, KGRE und Senat

Windkraftrahmenplan – Informationen zur Hierarchie zwischen EU-Richtlinien

Entwicklung des Gewerbes

Stand der Dinge zur Übertragung der Provinzzuständigkeiten

Vorstellung der Arbeit des Referats Außenbeziehungen

Vorstellung des Konzepts „energieautarkes Ostbelgien“

Informationen zum Stand der Dinge garantierte Vertretung auf föderaler Ebene

Besuch der DGG Gemeinschaftszentren: Sport- und Ferienpark Worriken sowie Kloster Heidberg

Informationen des Studiendienstes zu Gemeindefusionen in Belgien

Anhörung zur Finanzierung der Hilfeleistungszone der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Berichterstattung der Gemeinschaftssenatorin zum Stand der Dinge in Sachen Abschaffung des Senats und garantierte Vertretung auf föderaler Ebene

Informationen zum Zwischenstand Vorsitz Großregion/ IPR

Resolution der Stadt St. Vith bzgl. der Schließung der Dienste des Finanzministeriums

Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Zusammenarbeit des Parlaments der Wallonie und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 18. Juni 2026 in Eupen

Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Zusammenarbeit des Flämischen Parlaments und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 3. Juli 2026 in Brüssel

AUSSCHUSS II

Ausschuss für Kultur, Erwachsenenbildung, Tourismus, Denkmal- und Landschaftsschutz

Mitglieder

Vorsitzende: Alain MERTES (VIVANT) bis 20.10.2025, Diana STIEL (VIVANT) ab 20.10.2025

Vizevorsitzende: Gerhard LÖFGEN (PFF)

Effektive Mitglieder (stimmberechtigt)	Ersatzmitglieder
Für ProDG: Freddy CREMER Kathy ELSER Karin MESSERICH	Für ProDG: Elke COMOTH Ewald GANGOLF José GROMMES
Für die CSP: Marcel HENN Lukas TELLER	Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Steffi PAUELS
Für VIVANT: Alain MERTES bis 20.10.2025 Diana STIEL ab 20.10.2025	Für VIVANT: Elena PETERS bis 20.10.2025 Marco HOFFMANN ab 20.10.2025
Für die SP: Björn KLINKENBERG	Für die SP: Mechtilde NEUENS bis 20.10.2025 Charles SERVATY ab 20.10.2025
Für die PFF: Gerhard LÖFGEN	Für die PFF: Evelyn JADIN
Vertreter der nicht anerkannten Fraktionen (nicht stimmberechtigt)	Ersatzmitglieder
Für ECOLO: Andreas JERUSALEM	Für ECOLO: Fabienne COLLING

Rückblick

HAUSHALT

Ab Oktober 2025 befasste sich der Ausschuss, wie in jedem Jahr, mit den Dekretentwürfen zur zweiten Haushaltsanpassung des laufenden Haushalts 2025 und zur Festlegung des neuen Haushalts 2026. In diesem Rahmen hörte er das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum (BRF) und das Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft an.

Im Frühling beschäftigte sich der Ausschuss zudem mit der ersten Anpassung des Haushalts 2026.

DEKRETE

Im Herbst 2025 beschäftigte sich der Ausschuss mit dem Programmdekretentwurf 2025 (II). Dieser führt eine Reihe von Neuerungen in den Bereichen Kultur, Jugend, Medien, Sport, Denkmalschutz und Touris-

mus ein. Außerdem nimmt er eine Anpassung vor, um die anstehende Reform der jährlichen Zuschüsse für die soziokulturellen Einrichtungen vorzubereiten.

Schließlich befasste sich der Ausschuss mit dem Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen und des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die durch den Dekretentwurf vorgenommenen Abänderungen dienen der Umsetzung von vier Verordnungen der Europäischen Union.

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

Anfang 2026 setzte sich der Ausschuss mit dem ersten Nachtrag zum Geschäftsführungsvertrag 2023-2027 zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemein-

schaft und dem Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft auseinander, der mehrere technische Änderungen am Geschäftsführungsvertrag vornimmt.

RESOLUTIONEN

Im Herbst 2025 setzte der Ausschuss seine Beratungen über den Resolutionsvorschlag fort, der ein Verbot der Nutzung von sozialen Medien für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren fordert. In diesem Zusammenhang organisierte er drei Anhörungen, um sich über die Inhalte und Risiken von sozialen Medien, deren Auswirkungen auf Minderjährige sowie den rechtlichen Rahmen zu erkundigen. An den Anhörungen nahmen zahlreiche Experten aus verschiedenen Bereichen teil, u. a. Polizeibeamte, ein Neuropsychiater, ein Medienpädagoge sowie Vertreter der Europäischen Kommission, des Medienrats der Deutschsprachigen Gemeinschaft, von Kaleido und

des Rates der deutschsprachigen Jugend. Nach intensiven Beratungen einigte sich der Ausschuss im März 2026 auf eine angepasste Fassung des Resolutionsvorschlags und das Parlamentsplenum verabschiedete die Resolution am 30. März 2026.

STRUKTURIERTER DIALOG MIT DEN LOKALEN BEHÖRDEN

Im Oktober trat der Ausschuss im Rahmen des strukturierten Dialogs mit Vertretern der Gemeinderäte zusammen. Besprochen wurden die Themen „Zuschüsse für von Vereinen organisierte Ferienbetreuung“, „die Zukunft der Dorfhäuser und Dorfsäle, die Vereinsfinanzierung sowie die Sicherheit bei Veranstaltungen“ und „die Zusammenarbeit im Bereich Tourismus“.

PROBLEME BEI DER THEORETISCHEN FÜHRERSCHEINPRÜFUNG

Da die niedrige Erfolgsquote bei den deutschsprachigen Prüfungen für den theoretischen Führerschein seit vielen Jahren immer wieder Anlass zu Diskussionen gibt, beschloss der Ausschuss im Frühjahr 2026, sich eingehender mit dem Thema auseinanderzusetzen. Zu diesem Zweck holte

er Informationen bei der zuständigen Behörde in der Wallonischen Region ein und organisierte eine Anhörung. Im Rahmen der Anhörung tauschte sich der Ausschuss mit Fahrlehrern darüber aus, wieso viele Prüflinge die deutschsprachigen Theorieprüfungen nicht bestehen. Außerdem informierte er sich über das Projekt „Führerschein für Alle“ der VoG Alteo und über die noch zu gründende Arbeitsgruppe, die sich mit möglichen Verbesserungen der deutschsprachigen Theorieprüfungen für den Führerschein befassen soll.

ANHÖRUNGEN, VORSTELLUNGEN UND BESUCHE

In dieser Sitzungsperiode setzte der Ausschuss sein Vorhaben fort, in der Legislaturperiode 2024-2029 Anhörungen aller anerkannten Erwachsenenbildungseinrichtungen und Kulturträger zu organisieren und sämtliche anerkannten Museen zu besuchen. In diesem Rahmen hörte er die sieben noch ausstehenden Erwachsenenbildungseinrichtungen sowie fünf weitere Kulturträger an. Außerdem besuchte er das IKOB – Museum für zeitgenössische Kunst in Eupen sowie das Töpferiemuseum in Raeren.

Im Bereich des Denkmalschutzes nutzte der Ausschuss den Besuch des Töpferiemuseums auch, um sich die laufenden Restaurierungsarbeiten an der Burg Raeren erläutern zu lassen. Zudem führte er eine Ortsbesichtigung der Eyneburg in Hergenrath durch.

Der Ausschuss befasste sich außerdem mit dem Fortschrittsbericht „Ostbelgien 2030“ und ließ sich die folgenden Projekte vorstellen: Projekt 1.06 – One Vision: Digitaler Gästeempfang an strategischen Orten, Projekt 3.01 – Lebenslanges lernen fördern: Reform der außerschulischen Erwachsenenbildung, Projekt 5.01 – Kulturelle Landschaft Ostbelgiens zukunftsfähig gestalten, Projekt 5.02 – NextGen Jugendleiter, Projekt 5.03 – Orte der Begegnung: die Zukunft der Bibliothekslandschaft und Projekt 5.04 – Die Sportlandschaft auf dem Weg ins Jahr 2040.

Der Ausschuss ließ sich die neue Webseite des Medienzentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und das Konzept für dessen neues Gebäude sowie die geplante Sportentwicklungsstudie vorstellen.

Zusätzlich besuchte er das Funkhaus des BRF.



Besuch des BRF



Tätigkeiten von Ausschuss II für Kultur, Erwachsenenbildung, Tourismus, Denkmal- und Landschaftsschutz in der Sitzungsperiode 2025-2026

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2024 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2025 – Dokument 5-2-HH2025 (2025-2026)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2026 – Dokument 4-HH2026 (2025-2026)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 10. Dezember 2025 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2026 – Dokument 5-1-HH2026 (2025-2026)

Haushaltsplan 2025/2026 und Tätigkeitsbericht 2024 des BRF

Haushaltsplan 2025/2026 und Tätigkeitsbericht 2024 des Medienzentrums

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Programmdekretentwurf 2025 (II) – Dokument 111 (2025-2026)

Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen

und des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 142 (2025-2026)

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

Beschlussvorschlag zur Genehmigung des ersten Nachtrags zum Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 117 (2025-2026)

RESOLUTIONEN

Resolutionsvorschlag an das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, den EU-Ministerrat, die föderale Abgeordnetenversammlung, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Einführung eines Gesetzes, das ein Mindestalter von 16 Jahren für die Nutzung sozialer Medien festlegt sowie Strafmaßnahmen für Plattformen, die es versäumen, eine korrekte Altersverifikation durchzuführen – Dokument 66 (2024-2025)

BERICHTE

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Anforderungen und Empfehlungen des Parlaments an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretele Berichterstattungsaufträge – Februar 2026 – Dokument 41 (2025-2026) Nrn. 3 und 4



Besuch des Töpferiemuseums am 24. März 2026



Besuch des IKOB am 21. April 2026



Besuch der Eyneburg am 23. Juni 2026

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Strukturierter Dialog mit den lokalen Behörden – 2025 – Austausch des für die Bereiche Kultur, Sport, Jugend, Ehrenamt und Tourismus zuständigen Ausschusses mit den Gemeinderäten der deutschsprachigen Gemeinden – Dokument 113 (2025-2026) Nr. 2

Anhörung der VoG ArsVitha Kulturforum – Dokument 126 (2025-2026)

Anhörung der VoG Die Eiche – Dokument 130 (2025-2026)

Regierungsmitteilung zum Fortschrittsbericht „Ostbelgien 2030“ – Dokument 140 (2025-2026)

Anhörung der VoG Ländliche Gilden – Verein für Bildung, Dorf und Land – Dokument 145 (2025-2026)

Anhörung der VoG Miteinander Teilen – Dokument 157 (2025-2026)

Anhörung der VoG Frauenliga – Dokument 158 (2025-2026)

Anhörung der VoG Volkshochschule (VHS) Bildungsinstitut

Anhörung der VoG Natagora-BNVS Ostbelgien

Anhörung der VoG ALTEO

Anhörung der VoG AGORA – Das Theater der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Anhörung der VoG Meakusma

Anhörung der VoG Fithe – das Figurentheater aus Ostbelgien

Vorstellung der Sportentwicklungsstudie

Probleme der theoretischen Führerscheinprüfung

Vorstellung des Konzepts für das neue Gebäude des Medienzentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Anhörung der VoG Chudoschnik Sunergia

BESUCHE UND BESICHTIGUNGEN

Besuch des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums (BRF)

Besuch des Töpfereimuseums und der Burg Raeren

Besuch des IKOB – Museum für zeitgenössische Kunst

Ortsbesichtigung der Eyneburg

AUSSCHUSS III

Ausschuss für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung

Mitglieder

Vorsitzende: Liesa SCHOLZEN (ProDG)

Vizevorsitzende: Kirsten NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) **bis 17.10.2025**, Charles SERVATY (SP) **ab 20.10.2025**

Effektive Mitglieder (stimmberechtigt)	Ersatzmitglieder
Für ProDG: Kathy ELSEN Ewald GANGOLF Liesa SCHOLZEN	Für ProDG: Patrick LASCHET Freddy CREMER Elke COMOTH
Für die CSP: Marcel HENN Steffi PAUELS bis 01.08.2026 Etienne SIMAR ab 01.08.2026	Für die CSP: Etienne SIMAR bis 01.08.2026 Patricia CREUTZ-VILVOYE ab 01.08.2026 Lukas TELLER
Für VIVANT: Elena PETERS	Für VIVANT: Alain MERTES bis 20.10.2025 Michael BALTER ab 20.10.2025
Für die SP: Kirsten NEYCKEN-BARTHOLEMY bis 17.10.2025 Charles SERVATY ab 20.10.2025	Für die SP: Björn KLINKENBERG bis 20.10.2025 Mechtilde NEUENS ab 20.10.2025
Für die PFF: Ralph SCHRÖDER bis 24.11.2025 Frederik WERTZ ab 08.12.2025	Für die PFF: Gerhard LÖFGEN
Vertreter der nicht anerkannten Fraktionen (nicht stimmberechtigt)	Ersatzmitglieder
Für ECOLO: Andreas JERUSALEM	Für ECOLO: Fabienne COLLING

Rückblick

HAUSHALT

Ab Oktober 2025 hat der Ausschuss über die zweite Haushaltsanpassung 2025 und die Festlegung des Haushalts 2026 beraten. In sechs Sitzungen wurden die wichtigsten Vorhaben und Neuerungen aus den Bereichen Pädagogik, Ausbildung, Unterrichtsorganisation, Unterrichtspersonal, Beschäftigung und Infrastruktur vorgestellt, außerdem präsentierten Kaleido Ostbelgien, die Autonome Hochschule (AHS), das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand (IAWM), das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft (ADG) sowie der Dienst mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik (zuständig für Reinigung, Unterhalt und Verpflegung insbesondere der Gemeinschaftsschulen) ihren Haushalt und ihren Tätigkeitsbericht.

Im Mai beschäftigte sich der Ausschuss mit der ersten Anpassung des Haushalts 2026, der wiederum von den zuständigen Fachbereichen des Ministeriums vorgestellt wurde.

DEKRETE

Einige im Dezember mit dem Programmdekretvorschlag 2025 verabschiedete Maßnahmen fielen in den Zuständigkeitsbereich von Ausschuss III. Im Bereich Beschäftigung wurden u. a. neue Datenschutzbestimmungen sowie ein befristeter Zuschlag der AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung eingeführt. Auch wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen, um den öffentlichen Sozialhilfezentren (ÖSHZ) eine finanzielle Entschädigung für ihre Tätigkeiten im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung zu gewähren.

Anfang des Jahres 2026 wurde der Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 25. Juni

1996 über die Durchführung pädagogischer Konferenztage im Ausschuss behandelt. Hintergrund des Dekretvorschlags war es, dekretal zu verankern, dass pädagogische Konferenztage grundsätzlich in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden. Nach dem Einholen eines Gutachtens des juristischen Dienstes der Parlamentsverwaltung, der Übermittlung von zusätzlichen Daten und Informationen durch die Regierung und mehrfachen Beratungen wurde der Dekretvorschlag im Ausschuss abgelehnt.

Der Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen im Frühjahr 2026 zielte darauf ab, einen rechtssicheren Rahmen für die bestehende Praxis der Datenverarbeitung durch Kaleido zu gewährleisten.

Außerdem hat der Ausschuss im Mai 2026 das alljährliche Dekret

über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2026 verabschiedet. Zu den wichtigsten Neuerungen, die mit diesem Dekretentwurf eingeführt wurden, gehören die Angleichung der Gehälter im Unterrichtswesen für Inhaber eines Meisterbriefes an die Besoldung eines Bachelordiploms, der Zugang mit Meisterbrief zu den Bachelorstudiengängen an der AHS sowie ein Rechtsrahmen zur Gleichstellung von ausländischen Abschlüssen in der mittelständischen Ausbildung. Auch wurde die Entschädigung von Ausbildungsbegleitern im Unterrichtswesen an das neue Modell der berufspraktischen Ausbildung an der AHS angepasst, das Brevet als Krankenpflegeassistent eingeführt und der Beitrag der Mittel zur Reduzierung der Schulbesuchskosten künftig einheitlich auf 135 Euro für die Grund- und Sekundarschule festgelegt.

BÜRGERDIALOG

Im Rahmen der Bürgerversammlung zum Thema „Schülerkompetenzen: Wie können emotionale Fähigkeiten an ostbelgischen Schulen vermittelt werden, damit Schüler fit für die Zukunft sind?“ wurde im September 2025 die AHS zum Forschungsstand in Bezug auf Klassenwiederholungen sowie zur Förderung des sozial-emotionalen Lernens in der Lehreraus- und -weiterbildung angehört. Im Februar 2026 fand im Rahmen einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses III der Abschluss des sechsten Bürgerdialogs statt.

Zum siebten Bürgerdialog zum Thema „Senioren von morgen: Wie können unsere Politiker gewährleisten, dass das Leben im Alter in Ostbelgien attraktiv und bereichernd ist?“ beriet der Ausschuss über eine Empfehlung, die seine Zuständigkeit berührte. Die Stellungnahme des Ausschusses III wurde in der öffentlichen Sitzung des federführenden Ausschusses IV im März 2026 vorgestellt und anschließend mit Vertretern des Bürgerdialogs diskutiert.

WELTLEHRERTAG

Seit 2016 organisiert der Ausschuss gemeinsam mit der AHS Diskussionsabende rund um die Beziehung zwischen den Lehrkräften und den Schülern. Am 2. Oktober 2025 fand in dieser Reihe die Veranstaltung „Wachsen statt Wanken: Lernfreude stärken, Potenziale entfalten“ im Parlament statt. Die Referate von Dozenten der AHS thematisierten zentrale psychologische Konzepte zur Lernmotivation und deren Bedeutung für den schulischen Alltag. Darauf folgte eine Podiumsdiskussion mit verschiedenen Akteuren aus dem Unterrichtswesen und ein Austausch mit dem Publikum. Damit bot die Veranstaltung nicht nur fundierte wissenschaftliche Einblicke, sondern auch viele praktische Impulse für den Schulalltag.

ANHÖRUNGEN, PRÄSENTATIONEN UND BESUCHE

Im Bereich Beschäftigung besuchte der Ausschuss im Oktober das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft (ADG) in Eupen. Bei einem Rundgang wurde der Ausschuss durch das moderne Skills-Center geführt, das eine Vielzahl an niederschwelligen Qualifizierungsangeboten bereithält. Im Mittelpunkt des Besuchs standen neben der Umsetzung des Vermittlungsdekrets auch die Herausforderungen im Zuge der bevorstehenden Reform des Arbeitslosengeldes.

Mit den ersten Rückmeldungen zur Umsetzung der Maßnahmen im Zuge der föderalen Arbeitsmarktreform beschäftigte sich der Ausschuss im Frühjahr 2026.



Besuch des ADG

Dabei stellten Vertreter des ADG eine Übersicht der Statistiken und Prognosen, das Konzept „Fokus Job“ sowie das dazugehörige Kompetenzfeststellungsverfahren vor. In der kommenden Sitzungsperiode soll eine Aktualisierung der Entwicklungen in Bezug auf die Statistiken und Prognosen folgen.

Darüber hinaus befasste sich der Ausschuss mit der Analyse der Schulabgängervermittlung durch das ADG.

Im Januar besuchte der Ausschuss das Zentrum für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands (ZAWM). Nach einer Führung durch verschiedene Ausbildungswerkstätten wurden die zentralen Entwicklungen im Bereich der dualen Ausbildung, insbesondere das neue pädagogische Konzept, vorgestellt.

In der Zuständigkeit Unterricht präsentierte die Kontrollärztin der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Herbst eine Analyse der krankheitsbedingten Fehlzeiten im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Schuljahre 2019-2020, 2020-2021, 2021-2022, 2022-2023 und 2023-2024. Im Januar stellte die AHS die Reform des pädagogischen Befähigungsnachweises (CAP) und der Lehrbefähigung Pädagogik (CAP+) im Ausschuss vor.

Außerdem erhielt der Ausschuss im März einen ersten Einblick in zwei geplante Reformen der Regierung. Mit der Anpassung des bestehenden Systems des Stellenkapitals sollen personelle Ressourcen gezielter, effizienter und gerechter in den Schulen eingesetzt werden. Zudem soll ein kohärenter Rahmenplan mit klar definierten Zielkompetenzen von Kindergarten bis Abitur geschaffen werden. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den fächerübergreifenden Kompetenzen, darunter das sozial-emotionale Lernen sowie Informations- und Medienkompetenzen, die verpflichtend verankert werden sollen. Die entsprechenden Dekretentwürfe der Regierung sind in den kommenden Jahren zu erwarten.

Zusätzlich gab das Ministerium einen Überblick über die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Hausunterricht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die Vorstellung fand vor dem Hintergrund geplanter Anpassungen der dekreten Bestimmungen statt, die für die kommende Sitzungsperiode von der Regierung angekündigt wurden.

Der Ausschuss III hörte die Université catholique de Louvain zu den konkreten Ergebnissen der DELF-Testungen 2025 und die Alliance Française Bruxelles-Europe zum Prozess der Testungen an. Ergänzend dazu wurde vonseiten des Ministeriums ein Überblick über die Maßnahmen zur Verbesserung der Schülerkompetenzen in Französisch erste Fremdsprache vorgestellt.

Zum Abschluss der Sitzungsperiode befasste sich der Ausschuss mit den Rahmenbedingungen und Prozeduren zur Anerkennung von Diplomen.

Zudem fand am 2. April 2026 im Parlament der mittlerweile jährliche Austausch zwischen Schülerratsvertretern des César-Franck-Athenäums Kelmis (CFA), des Robert-Schuman-Instituts Eupen (RSI), der Pater-Damian-Sekundarschule Eupen (PDS), der Bischöflichen Instituts Büllingen (BIB), der Maria-Goretti-Sekundarschule St. Vith (MG) und des Königlichen Athenäums St. Vith (KAS) einerseits und Mitgliedern des Ausschusses III sowie dem Bildungsminister andererseits statt. Dazu hatte der Ausschuss im Vorfeld die Schüler um Stellungnahmen zu den Themen „sozial-emotionales Lernen“ und „digitale Kompetenzen“ gebeten. Auch haben die Schüler eigene Themen vorbereitet und gemeinsam Fragen und Lösungsvorschläge erarbeitet.



Besuch im ZAWM

Tätigkeiten von Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung, und Beschäftigung in der Sitzungsperiode 2025-2026

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2024 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2025 – Dokument 5-2-HH2025 (2025-2026)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2026 – Dokument 4-HH2026 (2025-2026)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 10. Dezember 2025 zur Festlegung des Haushaltsplanes der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2026 – Dokument 5-1-HH2026 (2025-2026)

Haushaltsplan 2025/2026 und Tätigkeitsbericht 2024 des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Haushaltsplan 2025/2026 und Tätigkeitsbericht 2024 des Dienstes für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen – Kaleido Ostbelgien

Haushaltsplan 2025/2026 und Tätigkeitsbericht 2024 des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand

Haushaltsplan 2025/2026 und Tätigkeitsbericht 2024 des

Dienstes mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik

Haushaltsplan 2025/2026 und Tätigkeitsbericht 2024 der Autonomen Hochschule Ostbelgien

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 25. Juni 1996 über die Durchführung pädagogischer Konferenztage – Dokument 107 (2025-2026)
Programmdekretentwurf 2025 (II) – Dokument 111 (2025-2026)

Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen – Dokument 129 (2025-2026)

Dekretentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2026 – Dokument 136 (2025-2026)

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der 6. Bürgerversammlung vom 14. November 2024 zum Thema „Schülerkompetenzen: Wie können emotionale Fähigkeiten an ostbelgischen Schulen vermittelt werden, damit Schüler fit für die Zukunft sind?“ – Dokument 33 (2024-2025)

Empfehlungen der 7. Bürgerversammlung vom 8. November 2025 zum Thema „Senioren von morgen: Wie können unsere Politiker gewährleisten, dass das Leben im Alter in Ostbelgien attraktiv und bereichernd ist?“ – Dokument 112 (2025-2026)

BERICHTE

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlaments an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Berichterstattungsaufträge – Februar 2026 – Dokument 41 (2025-2026) Nrn. 3 und 4

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Anhörung der Autonomen Hochschule zum Forschungsstand in Bezug auf Klassenwiederholungen sowie zur Förderung des sozial-emotionalen Lernens in der Lehreraus- und -weiterbildung – Dokument 109 (2025-2026)

Vorstellung der krankheitsbedingten Fehlzeitenanalyse des Unterrichtswesens der Deutschsprachigen Gemeinschaft der Schuljahre 2019-2020, 2020-2021, 2021-2022, 2022-2023 und 2023-2024 – Dokument 123 (2025-2026)

Anhörung der Autonomen Hochschule zur Reform des pädagogischen Befähigungsnachweises (CAP) und der Lehrbefähigung Pädagogik (CAP+) – Dokument 127 (2025-2026)

Anhörung des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Analyse der Schulabgängervermittlung – Dokument 139 (2025-2026)

Regierungsmitteilung zum Fortschrittsbericht „Ostbelgien 2030“ – Dokument 140 (2025-2026)

Austausch der Schülerratsvertreter der Sekundarschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit Vertretern des Ausschusses III für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung – 2026 – Dokument 143 (2025-2026) Nr. 2

Vorstellung der Rahmenplanreform, einschließlich der Einbindung von sozial-emotionalem Lernen in die Rahmenpläne – Dokument 147 (2025-2026)

Vorstellung der Stellenkapitalreform – Dokument 151 (2025-2026)

Vorstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Hausunterricht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der geplanten Anpassungen

Anhörung des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Umsetzung der Maßnahmen im Zuge der föderalen Arbeitsmarktreform

Anhörung der Université catholique de Louvain und der Alliance Française Bruxelles-Europe zu den DELF-Testungen 2025

Vorstellung der Rahmenbedingungen und Prozeduren zur Diplomanerkennung

BESUCHE UND BESICHTIGUNGEN

Besuch des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des Skills-Centers

Besuch des Zentrums für Aus- und Weiterbildung des Mittelstandes (ZAWM)

AUSSCHUSS IV

Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Familie und Wohnungswesen

Mitglieder

Vorsitzender: José GROMMES (ProDG)
Vizevorsitzende: Mechtilde NEUENS (SP)

Effektive Mitglieder (stimmberechtigt)	Ersatzmitglieder
Für ProDG: Elke COMOTH José GROMMES Patrick LASCHET	Für ProDG: Ewald GANGOLF Lisa GÖBBELS Liesa SCHOLZEN
Für die CSP: Etienne SIMAR Lukas TELLER	Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Steffi PAUELS
Für VIVANT: Diana STIEL bis 20.10.2025 Marco HOFFMANN ab 20.10.2025	Für VIVANT: Michael BALTER bis 20.10.2025 Elena PETERS ab 20.10.2025
Für die SP: Mechtilde NEUENS	Für die SP: Kirsten NEYCKEN-BARTHOLEMY bis 17.10.2025 Björn KLINKENBERG ab 20.10.2025
Für die PFF: Gerhard LÖFGEN	Für die PFF: Ralph SCHRÖDER bis 24.11.2025 Frederik WERTZ ab 08.12.2025
Vertreter der nicht anerkannten Fraktionen (nicht stimmberechtigt)	Ersatzmitglieder
Für ECOLO: Fabienne COLLING	Für ECOLO: Andreas JERUSALEM

Rückblick

HAUSHALT UND DEKRETE

In den Monaten Oktober und November befasste sich der Ausschuss mit den klassischen Beratungen zur zweiten Anpassung des Haushalts 2025 und Festlegung des Haushalts 2026. In diesem Rahmen wurden auch die Verantwortlichen der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben und des Zentrums für Kinderbetreuung angehört.

Parallel zu den Haushaltsberatungen setzte sich der Ausschuss auch federführend mit dem Programmdekretvorschlag 2025 (II) auseinander. Die im Ausschuss IV behandelten Artikel dieses Dekretvorschlags betrafen verschiedene Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit, Senioren, Familie, Soziales und Wohnungswesen. Insbesondere wurde die Bezuschussung der Sozialen Treffpunkte überarbeitet, die künftig nicht mehr in Form einer Personalbezuschussung, sondern pauschal erfolgt.

Zu Beginn des Jahres 2026 befasste sich der Ausschuss zunächst mit einem Zusammenarbeitsabkommen, das den Zugang von Pflegediensten zwischen den verschiedenen belgischen Teilstaaten regelt. Im April folgte der Dekretentwurf über Maßnahmen in den Bereichen Familie und Soziales, der in erster Linie der Umsetzung verschiedener europäischer Vorgaben im Bereich der Gleichbehandlung und zur Bekämpfung von Menschenhandel dient.

RESOLUTIONEN

Im Juni schließlich verabschiedete der Ausschuss eine Resolution, der den Föderalstaat auffordert, ein Sozialstatut für Menschen zu schaffen, die die Pflege von Angehörigen übernehmen und darum dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.

PETITIONEN

In der Sitzungsperiode 2025-2026 wurde eine Petition zur Beibehal-

tung des als „Schulbonus“ bekannten Jahreszuschlags zu den Familienleistungen eingereicht, die dem Ausschuss IV zur Behandlung zugewiesen wurde. Die Petition wurde am 1. September 2025 hinterlegt, die Vertreter der Petenten wurden am 8. Oktober 2025 im Ausschuss angehört. Im Rahmen der darauffolgenden Beratungen erläuterte die Regierung den Ausschussmitgliedern ihre Pläne, die durch die Petenten geforderte finanzielle Unterstützung für Familien erneut einzuführen – allerdings nicht in Form des bisherigen Schulbonus, sondern als zielgerichtete Entlastung vonseiten der Schulen. Vor diesem Hintergrund wurde beschlossen, die Behandlung der Petition nicht weiterzuverfolgen.

BÜRGERDIALOG

Ab Dezember 2025 hat sich der Ausschuss zudem federführend mit den Empfehlungen der siebten Bürgerversammlung zum Thema „Senioren von morgen“ befasst.

In diesem Rahmen organisierte der Ausschuss mehrere Anhörungen, zu denen auch Vertreter des Bürgerrats eingeladen waren. Im März 2026 hörten die Ausschussmitglieder die verschiedenen sozialen Fahrdienste an, die älteren Menschen in Ostbelgien zur Verfügung stehen. Im Mai folgten dann die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft geförderten Sozialen Treffpunkte.

In Reaktion auf die Empfehlung der Bürgerversammlung zur Einrichtung von Seniorenwohndörfern besuchten die Ausschussmitglieder zudem eine Servicewohnanlage des Wohlfahrtsverbands AWO Köln, bei der auch Vertreter der Gemeinden und der Zivilgesellschaft anwesend waren.

ANDERE BERICHTE UND ANHÖRUNGEN

Im Verlauf der gesamten Sitzungsperiode organisierte der Ausschuss eine Dialogrunde mit Dienstleistern aus dem Gesundheitssektor. Dazu gehörte ein Austausch mit dem Palliativpflegeverband Ostbelgien, eine Anhörung der Krankenkassen zum Thema Langzeitpflege, ein Austausch mit der Vereinigung der Allgemeinmediziner des Nordens der Deutschsprachigen Gemeinschaft (VANDG) sowie Anhörungen sowohl der beiden Krankenhäuser der Deutschsprachigen Gemeinschaft als auch des übergreifenden Krankenhausnetzwerks „MOVE“.

Einen außergewöhnlichen Moment in der Ausschussarbeit markierte der strukturierte Dialog mit den lokalen Behörden vom 1. Oktober 2025. Gemeinsam mit dem für die Beschäftigung zuständigen Ausschuss III empfing der Ausschuss IV Vertreter der Gemeinde- und Sozialhilferäte der neun deutschsprachigen Gemeinden zu einem parteiübergreifenden Austausch darüber, welchen Herausforderungen sich die Deutschsprachige Gemeinschaft und ihre ÖSHZ infolge der föderalen Reformen im Bereich der Arbeitslosengesetzgebung ausgesetzt sehen.

Im Rahmen weiterer Anhörungen empfing der Ausschuss im Frühjahr 2026 die Arbeitgeberverbände des nicht-kommerziellen Sektors (AnikoS und AGV329) sowie die verschiedenen Dienstleister, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Betreuung von Kleinkindern zuständig sind. Ende Mai organisierte er zudem einen Austausch mit den Gerichtsdiensten und verschiedenen Einrichtungen aus dem Sozialbereich, um sich über deren Erfahrungen mit dem neuen Dekret über die Jugendhilfe und den Jugendschutz zu informieren, das Ende 2023 durch das Parlament verabschiedet worden war.

Außerhalb des üblichen Sitzungsrahmens besuchte der Ausschuss im September 2025 das Vorschalt- und Integrationszentrum „Intego“ der VoG CAB Integra und im Januar 2026 das durch das ÖSHZ St. Vith betriebene und 2025 eröffnete Wohnprojekt RESET.



Besuch des Wohlfahrtsverbands AWO Köln am 17. Juni 2026



Gemeinsame Anhörung am 1. Oktober 2025



Besuch von Intego am 17. September 2025

Tätigkeiten von Ausschuss IV für Gesundheit, Soziales, Familie und Wohnungswesen in der Sitzungsperiode 2025-2026

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2024 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2025 – Dokument 5-2-HH2025 (2025-2026)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2026 – Dokument 4-HH2026 (2025-2026)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 10. Dezember 2025 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2026 – Dokument 5-1-HH2026 (2025-2026)

Haushaltsplan 2025/2026 und Tätigkeitsbericht 2024 der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben

Haushaltsplan 2025/2026 und Tätigkeitsbericht 2024 des Zentrums für Kinderbetreuung

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Programmdekretentwurf 2025 (II) – Dokument 111 (2025-2026)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 3. Oktober 2025 zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 31. Dezember 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Finanzierung der Pflege bei Inanspruchnahme von Pflegediensten über die Grenzen des Teilstaates hinaus – Dokument 119 (2025-2026)

Dekretentwurf über Maßnahmen in den Bereichen Familie und Soziales – Dokument 135 (2025-2026)

RESOLUTIONEN

Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Schaffung eines sozialen Schutzstatuts für pflegende Angehörige – Dokument 133 (2025-2026)

PETITIONEN

Petition Nr. 1 in Bezug auf die Beibehaltung des Jahreszuschlags zu den Familienleistungen, genannt „Schulbonus“ – Dokument 118 (2025-2026)

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der 6. Bürgerversammlung vom 14. November 2025 zum Thema „Schülerkompetenzen: Wie können emotionale Fähigkeiten an ostbelgischen Schulen vermittelt werden, damit Schüler fit für die Zukunft sind?“ – Dokument 33 (2024-2025)

Empfehlungen der 7. Bürgerversammlung vom 8. November 2025 zum Thema „Senioren von morgen: Wie können unsere Politiker gewährleisten, dass das Leben im Alter in Ostbelgien attraktiv und bereichernd ist?“ – Dokument 112 (2025-2026)

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Anforderungen und Empfehlungen des Parlaments an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretele Berichterstattungsaufträge – Februar 2026 – Dokument 41 (2025-2026) Nrn. 3 und 4

Bericht des Interföderalen Zentrums für Chancengleichheit – Unia – 2024 – „Gemeinsam!“ – Dokument 50 (2025-2026) Nr. 2

Strukturierter Dialog mit den lokalen Behörden – 2025 – Austausch der für die Bereiche Beschäftigung und Soziales zuständigen Ausschüsse mit den Gemeinde- und Sozialhilferäten der deutschsprachigen Gemeinden – Dokument 113 (2025-2026) Nr. 1

Anhörung des St.-Nikolaus-Hospitals Eupen und der Klinik St. Josef St. Vith über Situation und Bedarf der Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 131 (2025-2026)

Anhörung des Palliativpflegeverbands Ostbelgien zur Palliativpflege in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 132 (2025-2026)

Regierungsmitteilung zum Fortschrittsbericht „Ostbelgien 2023“ – Dokument 140 (2025-2026)

Anhörung der Sektorenverbände AnikoS und AGV329 – Dokument 148 (2025-2026)

Anhörung der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätigen sozialen Fahrdienste – Dokument 149 (2025-2026)

Anhörung der Dienstleister in der Kinderbetreuung – Dokument 150 (2025-2026)

Anhörung der durch die Deutschsprachige Gemeinschaft geförderten sozialen Treffpunkte – Dokument 151 (2025-2026)

Anhörung der Plattform der Krankenkassen zum Thema Langzeitpflege in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Vorstellung der geplanten Maßnahmen im Bereich Eigentumserwerb

Vorstellung des Krankenhausnetzwerks „MOVE“

Anhörung der Akteure zur Umsetzung des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz

Anhörung der Vereinigung der Allgemeinmediziner des Nordens der Deutschsprachigen Gemeinschaft

BESUCHE UND BESICHTIGUNGEN

Besuch des Vorschalt- und Integrationszentrums „Intego“

Besuch des Wohnprojekts RESET des ÖSHZ St.Vith

Besichtigung eines Seniorenwohnprojekts des Wohlfahrtsverbands AWO Köln

AUSSCHUSS V

Ausschuss zur Kontrolle der öffentlichen Mitteilungen, der Wahlausgaben und des Deontologiekodex sowie betreffend die Erklärungspflichten in Bezug auf Mandate und Patrimonien

Mitglieder

Vorsitzende: Patricia CREUTZ-VILVOYE (CSP)

Vizevorsitzender: Freddy CREMER (ProDG)

Effektive Mitglieder (stimmberechtigt)	Ersatzmitglieder
Für ProDG: Elke COMOTH Freddy CREMER Ewald GANGOLF	Für ProDG: Kathy ELSEN Lisa GÖBBELS José GROMMES
Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Steffi PAUELS	Für die CSP: Marcel HENN Lukas TELLER
Für VIVANT: Michael BALTER	Für VIVANT: ALAIN MERTES
Für die SP: Kirsten NEYCKEN-BARTHOLEMY bis 17.10.2025 Mechtilde NEUENS ab 20.10.2025	Für die SP: Mechtilde NEUENS bis 20.10.2025 Charles SERVATY ab 20.10.2025
Für die PFF: Evelyn JADIN	Für die PFF: Gerhard LÖFGEN
Vertreter der nicht anerkannten Fraktionen (nicht stimmberechtigt)	Ersatzmitglieder
Für ECOLO: Fabienne COLLING	Für ECOLO: Andreas JERUSALEM

Rückblick

Der Ausschuss hat in der Sitzungsperiode 2025-2026 nicht getagt.

THEMENDEBATTEN

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist auch ein Meinungsforum für politische Debatten. In den Ausschüssen und in der Plenarsitzung ist es grundsätzlich und unter Voraussetzung bestimmter Bedingungen möglich, über die Dekret- und Beschlussvorlagen hinaus, weitere Angelegenheiten zu behandeln oder eine Aussprache über ein bestimmtes Thema im Rahmen einer Themendebatte zu führen.

In der Sitzungsperiode 2025-2026 fand keine Themendebatte statt.

PETITIONEN

Grundsätzlich kann sich jeder Bürger, einzeln oder zu mehreren, an das Parlament wenden, um eine Bitte oder eine Beschwerde vorzubringen. Petitionen sind in schriftlicher Form einzureichen und werden an die Parlamentspräsidentin gerichtet.

Das Präsidium und die Plenarversammlung werden über eingetroffene Petitionen informiert, das Präsidium entscheidet über die Zulässigkeit der Petitionen. Zulässige Petitionen werden im zuständigen Fachausschuss behandelt. Der Unterzeichner einer Petition wird im Ausschuss angehört und nach Abschluss der Beratungen über die Schlussfolgerungen und weitere Schritte informiert.

In der Sitzungsperiode 2025-2026 wurde eine Petition behandelt:

Petition Nr. 1 in Bezug auf die Beibehaltung des Jahreszuschlags zu den Familienleistungen, genannt „Schulbonus“ (Dokument 118 (2025-2026) Nr. 1).

Die Petition wurde am 1. September 2025 hinterlegt. Vertreter der Petenten wurden am 8. Oktober 2025 im Ausschuss IV für Gesundheit, Soziales, Familie und Wohnungswesen angehört. Der Ausschuss beschloss abschließend, die Behandlung der Petition auf der Grundlage der Ausschussberatungen nicht weiterzuverfolgen.

Arbeit im Plenum

Auf einen Blick **12 Plenarsitzungen**
25 Dekrete und Beschlüsse
2 Resolutionen
2 Gutachten

Die gesetzgeberische Tätigkeit ist die Kernaufgabe des Parlaments, die sich im Wesentlichen in der Verabschiedung von Dekreten niederschlägt. Dekrete sind Gemeinschaftsgesetze, die ihre Wirkung auf dem Territorium der Deutschsprachigen Gemeinschaft entfalten. Das Parlament legt damit im Rahmen der Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft Regeln fest.

Die Dekretvorlagen, die in den Parlamentsgremien diskutiert werden, sind entweder Dekretentwürfe oder Dekretvorschläge.

Dekretentwürfe werden von der Regierung hinterlegt und enthalten neben dem eigentlichen Text eine Begründung sowie Staatsratsgutachten und gegebenenfalls andere notwendige Gutachten.

Dekretvorschläge können von einem oder mehreren Abgeordneten eingereicht werden. Auch sie enthalten eine Begründung und können dem Staatsrat ebenfalls zur Begutachtung vorgelegt werden.

Die Präsidentin verweist die Dekretentwürfe und Dekretvorschläge an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung und informiert die Plenarversammlung darüber. Die Frage, an welchen Ausschuss ein Dekretentwurf bzw. ein Dekretvorschlag verwiesen werden soll, kann sie auch der Plenarversammlung zur Beschlussfassung unterbreiten.

Auf Vorschlag des erweiterten Präsidiums oder der Präsidentin kann die Plenarversammlung ebenfalls beschließen, einen Dekretentwurf oder einen Dekretvorschlag ohne Verweisung an einen Ausschuss direkt in der Plenarversammlung zu behandeln und zu verabschieden, wenn eine Dringlichkeit vorliegt oder eine vorherige Beratung im Ausschuss aufgrund der begrenzten Tragweite des Textes nicht gerechtfertigt ist.

In der Sitzungsperiode 2025-2026 haben insgesamt 12 Plenarsitzungen stattgefunden:

2025: 15.09., 22.09., 20.10., 08.12., 09.12., 10.12., 22.12.

2026: 26.01., 30.03., 27.04., 01.06., 22.06.



Abstimmung anlässlich der letzten Plenarsitzung am 22. Juni 2026

Im Plenum getroffene Entscheidungen

In der Sitzungsperiode 2025-2026 verabschiedete das Plenum insgesamt 20 Dekrete, davon 5 Haushaltsdekrete und 6 Dekrete zur Zustimmung zu internationalen Abkommen und zur Billigung innerbelgischer Vereinbarungen. Darüber hinaus verabschiedete es 5 Beschlüsse, 2 Resolutionen und 2 Gutachten.

DEKRETE - zur Regelung verschiedener Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
15.09.2025	88	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft
22.12.2025	111	Programmdekret 2025 (II)
22.12.2025	114	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft
22.12.2025	116	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 13. November 2023 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung
27.04.2026	135	Dekret über Maßnahmen in den Bereichen Familie und Soziales
01.06.2026	129	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen
01.06.2026	136	Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2026
01.06.2026	142	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen und des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft
22.06.2026	146	Dekret zur Abänderung des dekretalen Teils des Gesetzbuches über räumliche Entwicklung

HAUSHALTSDEKRETE - zur Steuerung und Verteilung der Einnahmen und der Ausgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
10.12.2025	5-3-HH2024	Dekret zur dritten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2023 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024
10.12.2025	6-HH2024	Dekret zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024
10.12.2025	5-2-HH2025	Dekret zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2024 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2025
10.12.2025	4-HH2026	Dekret zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2026
22.06.2026	5-1-HH2026	Dekret zur ersten Anpassung des Dekrets vom 10. Dezember 2025 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2026

ZUSTIMMUNGS- UND BILLIGUNGSDEKRETE - internationaler und innerbelgischer Zusammenarbeitsabkommen:

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
22.09.2025	96	Dekret zur Zustimmung zu folgenden internationalen Rechtsakten: 1. Abkommen zwischen der Republik Uganda und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuervermeidung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, geschehen zu Kampala am 26. Juli 2007; 2. Protokoll zur Änderung des am 26. Juli 2007 in Kampala unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Uganda und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuervermeidung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, geschehen zu Kampala am 25. April 2014
20.10.2025	99	Dekret zur Zustimmung zu folgenden internationalen Abkommen: 1. Rahmenabkommen über umfassende Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Thailand andererseits, geschehen zu Brüssel am 14. Dezember 2022; 2. Rahmenabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Regierung Malaysias andererseits, geschehen zu Brüssel am 14. Dezember 2022
22.12.2025	110	Dekret zur Zustimmung zu folgenden internationalen Rechtsakten: 1. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Tadschikistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll, geschehen zu Brüssel am 10. Februar 2009; 2. Protokoll zur Änderung des am 24. Oktober 1973 in Kuala Lumpur unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung Belgiens und der Regierung Malaysias zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, in der geänderten Fassung des am 25. Juli 1979 in Kuala Lumpur unterzeichneten Zusatzabkommens, geschehen zu Brüssel am 18. Dezember 2009; 3. Abkommen zwischen der Regierung des Königreichs Belgien und der Regierung der Republik Botswana zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll, geschehen zu Pretoria am 30. November 2017
26.01.2026	119	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 3. Oktober 2025 zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 31. Dezember 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Finanzierung der Pflege bei Inanspruchnahme von Pflegediensten über die Grenzen des Teilstaates hinaus
27.04.2026	120	Dekret zur Zustimmung zu dem Übereinkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zur Einrichtung eines operativen Koordinierungsbüros dieser Organisation in Belgien, geschehen zu Brüssel am 14. März 2025
22.06.2026	134	Dekret zur Zustimmung zu dem umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten andererseits, geschehen zu Brüssel am 30. Oktober 2016

BESCHLÜSSE ohne Gesetzescharakter (Bezeichnung von Mandatsträgern, Geschäftsführungsverträge, Organisation der internen Arbeitsweise):

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
15.09.2025	11	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 1. Juli 2024 zur Wahl des Präsidiums des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Legislaturperiode 2024-2029
26.01.2026	59	Beschluss zur Genehmigung des fünften Nachtrags zum Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgien (WFG) (2021-2026)
26.01.2026	117	Beschluss zur Genehmigung des ersten Nachtrags zum Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft (2023-2027)
26.01.2026	128	Invorschlagbringung der Kandidaten für die Ständige Sprachenkontrollkommission
22.06.2026	155	Beschluss zur Abänderung des Parlamentsbeschlusses vom 25. Juni 1985 zur Pensionsregelung der Parlamentsmitglieder der Deutschsprachigen Gemeinschaft

GUTACHTEN zur Abgabe von Stellungnahmen zu föderalen Gesetzesinitiativen, die das Autonomiestatut oder den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten im deutschen Sprachgebiet betreffen:

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
26.01.2026	121	Begründetes Gutachten zum Vorentwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft
01.06.2026	138	Begründetes Gutachten zum Sondergesetzesvorschlag zur Abänderung des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen und des Sondergesetzes vom 12. Januar 1989 über die Brüsseler Institutionen im Hinblick auf die Ausweitung des Wahlrechts der im Ausland lebenden Belgier auf die Wahlen zu den Gemeinschafts- und Regionalparlamenten sowie zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, mit dem Ziel, im Ausland lebenden Belgiern das Wahlrecht für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu gewähren

RESOLUTION - mit Aufruf an bestimmte Instanzen (Regierung, Föderalregierung, Europäische Kommission usw.), in Bereichen, in denen das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht selbst handeln kann, aktiv zu werden:

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
30.03.2026	66	Resolution an das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, den Rat der Europäischen Union, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Einführung klarer Altersregelungen für die Nutzung sozialer Medien, von Spieleplattformen mit Chatfunktionen und des Internets im Allgemeinen sowie zur Einführung von Sanktionsmaßnahmen gegenüber Plattformen, die keine sichere Altersverifikation durchführen
22.06.2026	133	Resolution an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Schaffung eines sozialen Schutzstatuts für pflegende Angehörige

Beziehungen zur Regierung

In einer parlamentarischen Demokratie spielen die Regierung (Exekutive) und das Parlament als Volksvertretung (Legislative) eine wichtige Rolle. Beide Einrichtungen erfüllen ihre Aufgaben, wobei sie keine Gegner sind, sondern Hand in Hand arbeiten.

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht weiterhin aus vier Mitgliedern:

- Oliver Paasch, Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen
- Jérôme Franssen, Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung
- Gregor Freches, Minister für Kultur, Sport, Tourismus und Medien
- Lydia Klinkenberg, Ministerin für Familie, Soziales, Wohnen und Gesundheit

Eine wichtige Aufgabe des Parlaments ist die Regierungskontrolle, bei der die Arbeit der Regierung kritisch hinterfragt wird. Hierzu sind verschiedene Instrumente vorgesehen, die in der Geschäftsordnung näher erläutert werden.

Die Mehrzahl der Kontrollinstrumente wird im Rahmen von öffentlichen Ausschusssitzungen angewandt. Die Behandlung zu Beginn der Plenarsitzung ist weiterhin möglich, bildet jedoch die Ausnahme.



Die Mitglieder der Regierung

MÜNDLICHE FRAGEN

Die parlamentarischen Instrumente der mündlichen Kontrolle umfassen mündliche Fragen, dringende mündliche Fragen sowie aktuelle Fragen.

Der Abgeordnete stellt einem Regierungsmitglied eine mündliche Frage, um kurze Auskünfte über einen präzisen Sachverhalt im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachige Gemeinschaft oder über konkrete Aspekte der Regierungspolitik zu erfragen. Die herkömmliche mündliche Frage wird in den Regierungskontrollsitzen der Ausschüsse gestellt und muss zwei Arbeitstage vor der Sitzung hinterlegt werden.

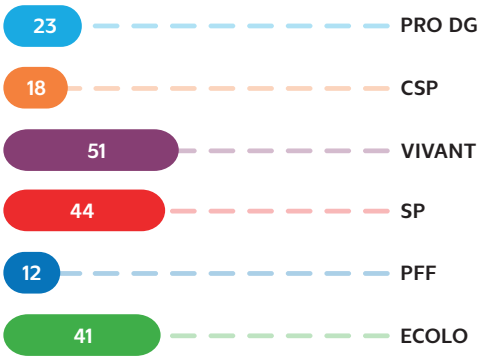
Im Vergleich zur Frist für mündliche Fragen können dringende mündliche Fragen noch am Tag der Sitzung bis 10

Uhr morgens eingereicht werden. Die Dringlichkeit muss ausreichend begründet sein. Dringende mündliche Fragen können sowohl in der Ausschusssitzung als auch in der Plenarsitzung gestellt werden.

Seit Februar 2020 besteht zu Beginn der Plenarsitzung die Möglichkeit, aktuelle Fragen zu stellen, um kurze Auskünfte über einen präzisen Sachverhalt im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder über konkrete Aspekte der Regierungspolitik zu erfragen. Die Frage muss aktuell sein, d. h. sich auf einen Sachverhalt beziehen, der sich nach der letzten Plenarversammlung ergeben hat. Diese Fragen müssen schriftlich vor 10 Uhr am Tag der Plenarsitzung eingereicht werden.

In der Sitzungsperiode 2025-2026 wurden insgesamt 189 mündliche Fragen gestellt. (Stand 31.08.2026)

AUFTEILUNG NACH FRAKTIONEN



AUFTEILUNG NACH BEFRAGTEM MINISTER



Fraktion Fragensteller	befragter Minister	Anzahl	Insgesamt
PRO DG	Paasch (ProDG)	5	23
	Franssen (CSP)	6	
	Freches (PFF)	4	
	Klinkenberg (ProDG)	8	
CSP	Paasch (ProDG)	5	18
	Franssen (CSP)	4	
	Freches (PFF)	3	
	Klinkenberg (ProDG)	6	
VIVANT	Paasch (ProDG)	11	51
	Franssen (CSP)	3	
	Freches (PFF)	14	
	Klinkenberg (ProDG)	23	
SP	Paasch (ProDG)	14	44
	Franssen (CSP)	9	
	Freches (PFF)	11	
	Klinkenberg (ProDG)	10	
PFF	Paasch (ProDG)	3	12
	Franssen (CSP)	8	
	Freches (PFF)	1	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
ECOLO	Paasch (ProDG)	11	41
	Franssen (CSP)	13	
	Freches (PFF)	3	
	Klinkenberg (ProDG)	14	
		189	

(Stand 31.08.2026)



Einblick in eine Regierungskontrolle

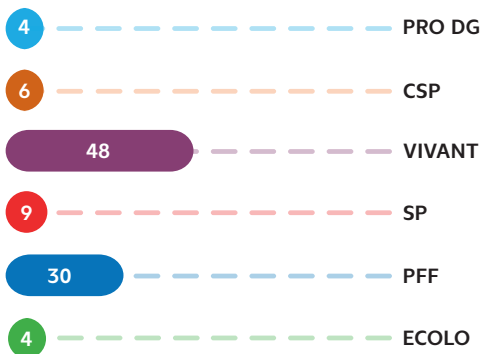
SCHRIFTLICHE FRAGEN

In schriftlichen Fragen fordert der Abgeordnete ein Regierungsmitglied auf, ausführliche Auskünfte über einen präzisen Sachverhalt im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder konkrete Aspekte

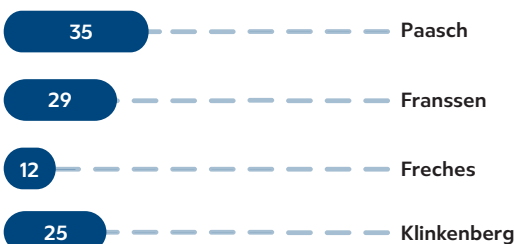
der Regierungspolitik zu geben. Das Regierungsmitglied hat in der Regel 21 Arbeitstage Zeit, um seine Antwort ebenfalls schriftlich einzureichen.

In der Sitzungsperiode 2025-2026 wurden 101 schriftliche Fragen gestellt. (Stand 31.08.2026)

AUFTEILUNG NACH FRAKTIONEN



AUFTEILUNG NACH BEFRAGTEM MINISTER



(Stand 31.08.2026)

Fraktion Fragensteller	befragter Minister	Anzahl	Insge- samt
PRO DG	Paasch (ProDG)	1	4
	Franssen (CSP)	1	
	Freches (PFF)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	2	
CSP	Paasch (ProDG)	1	6
	Franssen (CSP)	1	
	Freches (PFF)	3	
	Klinkenberg (ProDG)	1	
VIVANT	Paasch (ProDG)	17	48
	Franssen (CSP)	13	
	Freches (PFF)	5	
	Klinkenberg (ProDG)	13	
SP	Paasch (ProDG)	3	9
	Franssen (CSP)	3	
	Freches (PFF)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	3	
PFF	Paasch (ProDG)	12	30
	Franssen (CSP)	8	
	Freches (PFF)	4	
	Klinkenberg (ProDG)	6	
ECOLO	Paasch (ProDG)	1	4
	Franssen (CSP)	3	
	Freches (PFF)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
		Total	101

INTERPELLATIONEN

Durch eine Interpellation fordert ein Abgeordneter ein Regierungsmitglied dazu auf, sich bezüglich einer politischen Handlung oder Unterlassung, eines präzisen Sachverhalts im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder konkreter Aspekte der Regierungspolitik zu rechtfertigen. Das Regierungsmitglied hat mindestens fünf Arbeitstage Zeit, um seine Antwort vorzubereiten.

Interpellationen werden in der Regel im zuständigen Ausschuss eingereicht, können aber auch in der Plenarsitzung behandelt werden, wenn mindestens sieben Abgeordnete dies beantragen.

In der Sitzungsperiode 2025-2026 wurden 4 Interpellationen behandelt.

ENTWICKLUNG DER KONTROLLINSTRUMENTE

Die Entwicklung der Nutzung der Kontrollinstrumente in der aktuellen Legislaturperiode 2024-2029 ergibt sich aus der folgenden Übersicht:

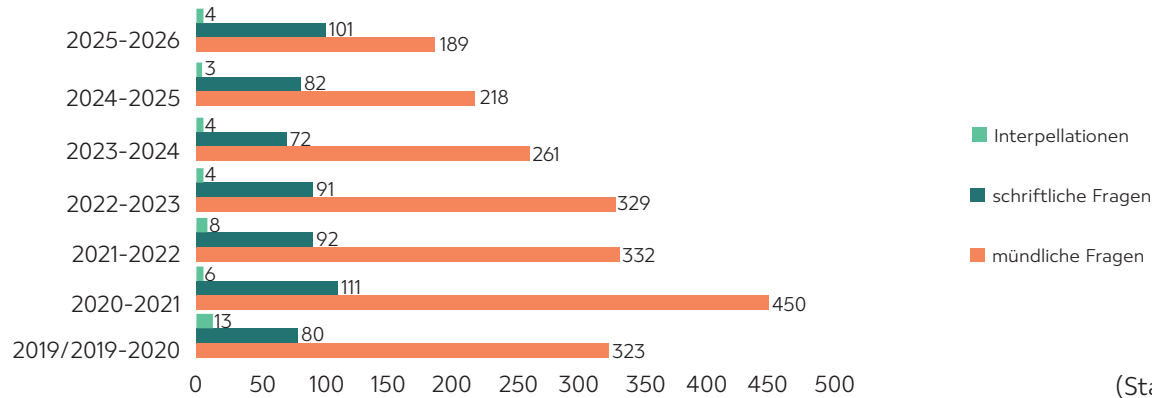
BEGRÜNDETE ANTRÄGE

Nachdem ein Regierungsmitglied eine Stellungnahme zu einer Interpellation, einer mündlichen Frage oder einer Debatte in der Plenarsitzung abgegeben hat, hat jeder Abgeordnete das Recht, darauf in Form eines begründeten Antrags zu reagieren.

Mit einem begründeten Antrag billigt oder missbilligt er die Amtsführung der Regierung oder eines ihrer Mitglieder und formuliert Empfehlungen jeglicher Art an die Adresse der Regierung.

Im Berichtszeitraum sind keine begründeten Anträge behandelt worden.

Fraktion Interpellant	Interpelliertes Regierungsmitglied	pro Fraktion
CSP	Klinkenberg (ProDG)	1
ECOLO	Paasch (ProDG)	1
ProDG	Paasch (ProDG)	1
SP	Paasch (ProDG)	1
		4



(Stand 31.08.2026)

Sitzungsperiode	mündliche Fragen	schriftliche Fragen	Interpellationen
2019/2019-2020	323	80	13
2020-2021	450	111	6
2021-2022	332	92	8
2022-2023	329	91	4
2023-2024	261	72	4
2024-2025	218	84	3
2025-2026	189	101	4
TOTAL	2102	631	42

(Stand 31.08.2026)

Das Parlament im Dialog

BESUCHER- UND SCHÜLERGRUPPEN IN ZAHLEN

Die Sitzungsperiode 2025–2026 zeigte erneut das große Interesse an politischer Bildung und an der Arbeit des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Insgesamt 133 Besuchergruppen besuchten zwischen September 2025 und September 2026 das Parlament; das entspricht 3.224 Besucherinnen und Besuchern, die sich vor Ort über demokratische Prozesse und die Deutschsprachige Gemeinschaft informierten. Die Besuchergruppen erhielten zunächst Einblicke in die Besonderheiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft anhand einer Ausstellung, die die Themenbereiche Grenzgeschichte, Kultur und Tradition, Natur und Tourismus, Wirtschaft und Sprachenreichtum hervorhob. Anschließend wurde den Besuchern im Plenarsaal die Arbeits- und Funktionsweise des Parlaments nähergebracht. Darüber hinaus stieß der Bürgerdialog in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei vielen Besuchergruppen auf großes Interesse, sodass die Information zu diesem Thema inzwischen fester Bestandteil zahlreicher Führungen ist.

Einen besonders großen Anteil der Besucherinnen und Besucher stellten junge Menschen dar: 1.850 Schüler, Studierende und Lehrlinge nahmen an einem Besuch teil. Die Zahl setzt sich wie folgt zusammen:

- 1.429 Schülerinnen und Schüler; davon 492 aus der Grundschule und 937 aus der Sekundarstufe,
- 421 Lehrlinge und Studierende.

Diese Zahlen unterstreichen die Bedeutung des Parlaments als Lernort für politische Bildung und demokratische Teilhabe.

Die Besuche von Schüler- und Studentengruppen werden interaktiv gestaltet mit dem Ziel, die Teilnehmenden für politische Prozesse zu sensibilisieren und sie darüber zu informieren. Durch altersangepasste praktische Herangehensweisen wie Rollenspiele oder Rallyes entwickeln die Schüler, Lehrlinge und Studenten ein besseres Verständnis für die Hintergrundarbeit in einer repräsentativen Demokratie.

Besucher aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Von den insgesamt 3.224 Besucherinnen und Besuchern stammten 1.599 aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, wovon 1.350 Schüler, Lehrlinge und Studenten waren. Diese Gruppe lässt sich wie folgt aufschlüsseln:

- 492 Grundschüler
- 776 Sekundarschüler
- 82 Lehrlinge und Studierende

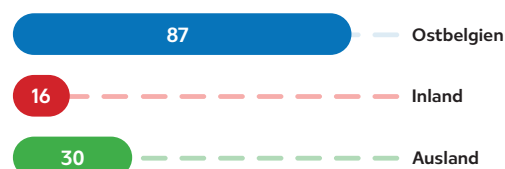
Besuchergruppen aus anderen Landesteilen und dem Ausland

Insgesamt besuchten 46 Gruppen von außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft das Parlament, darunter 30 Gruppen aus dem Ausland (vorwiegend aus Deutschland).

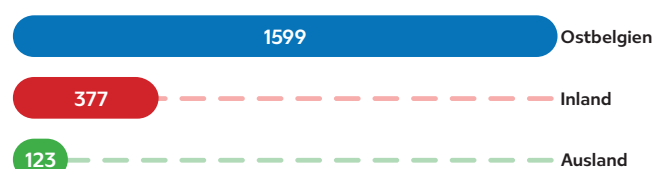
Darunter befanden sich auch zahlreiche Schulklassen und Studierendengruppen aus anderen Landesteilen sowie aus dem Ausland:

- 5 Schüler- und Studierendengruppen aus Flandern mit insgesamt 85 Teilnehmenden,
- 11 Gruppen aus dem französischsprachigen Landesteil mit 292 Schülerinnen und Schülern, darunter mehrere Hochschulklassen angehender Grundschullehrer, die sich gezielt über politische Bildung informierten,
- 5 Studentengruppen aus Deutschland mit 123 Teilnehmenden.

BESUCHERGRUPPEN



ANZAHL SCHÜLER





Die Gäste aus dem Landkreis Vorpommern-Greifswald

GÄSTE

Besuch von Abgeordneten des Landkreises Vorpommern-Greifswald

Am 14. Oktober 2025 besuchte eine Delegation von Abgeordneten des Landkreises Vorpommern-Greifswald das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Landkreis besteht bereits seit mehreren Jahrzehnten eine enge Partnerschaft. Bei dem Besuch stand der Austausch über die Arbeit des Parlaments und den Bürgerdialog im Mittelpunkt.

Als Grenzgebiete, die Länder und Kulturen verbinden, stehen beide Regionen vor ähnlichen Herausforderungen – umso wichtiger war der Austausch, um voneinander zu lernen und gemeinsame Lösungsansätze zu erörtern.

Besuch der Luxemburger Abgeordnetenkommission

Am 20. Oktober 2025 besuchte eine Delegation der Luxemburger Abgeordnetenkommission das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Angeführt wurde die Delegation von Herrn Claude Wiseler, dem Präsidenten der Abgeordnetenkommission. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Kapitel „Vernetzung des Parlaments“.

Besuch Delegation aus der niederländischen Provinz Fryslân

Am 3. Dezember 2025 stattete eine Delegation aus der niederländischen Provinz Fryslân dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen offiziellen Besuch ab. Die Delegation wurde vom Kommissar des Königs, Arno Brok, geleitet. Begleitet wurde sie von der niederländischen Botschafterin in Belgien, Brechje Schwachöfer, sowie der Regionalministerin Eke Folkerts. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Kapitel „Vernetzung des Parlaments“.



Claude Wiseler hält eine Rede vor dem Plenum



Die Delegation aus Fryslân

VERANSTALTUNGEN

Kolloquium zur Zukunft des Senats

Am 19. September 2025 organisierte das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit der Gemeinschaftssenatorin Liesa Scholzen ein wissenschaftliches Kolloquium unter dem Titel: Zwischen Effizienz und Teilhabe: Welche Zukunft für den Senat?

Im Mittelpunkt des Kolloquiums standen die historische Entwicklung des Senats und die Frage, wie sich seine Rolle im Laufe der Zeit verändert hat. Darüber hinaus wurde diskutiert, welche Institutionen oder Akteure die Aufgaben des Senats in Zukunft übernehmen könnten. Dabei wurden sowohl mögliche demokratische Lücken als auch neue Formen der Zusammenarbeit beleuchtet.

Die Beiträge zu diesem Kolloquium wurden in der Schriftenreihe des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Band 24) veröffentlicht.

Kolloquium zu den grenzüberschreitenden Herausforderungen des Arbeitsmarkts in der Großregion

Am 27. März 2026 fand im Konferenzzentrum Kloster Heidberg in Eupen ein Kolloquium zum Thema Grenzüberschreitende Herausforderungen

des Arbeitsmarkts in der Großregion statt. Organisiert wurde die Fachkonferenz vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das im ersten Halbjahr 2026 den Vorsitz für die belgischen Partner im Interregionalen Parlamentarier-Rat der Großregion innehatte. Die Großregion ist ein Verbund bestehend aus Luxemburg, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, der französischen Region Grand Est, der Wallonie, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Mit Akteuren aus Wissenschaft, Institutionen und Unternehmen wurden anhand konkreter Beispiele die grenzüberschreitenden Potenziale der Mobilität von Arbeitskräften zur Bekämpfung des Fachkräftemangels diskutiert.

Veranstaltung zum Weltlehrertag

Am 2. Oktober 2025 fand im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft die gemeinsam mit der Autonomen Hochschule Ostbelgien (AHS) organisierte Veranstaltung „Wachsen statt Wanken: Lernfreude stärken, Potenziale entfalten“ statt. Bereits seit 2016 organisieren Parlament und AHS anlässlich des Weltlehrertags gemeinsam Diskussionsabende rund um die Beziehung zwischen den beiden wichtigsten Bildungsakteuren: den Lehrern und den Schülern.



Das IPR-Kolloquium fand im Kloster Heidberg statt



Die vier Referentinnen der Podiumsdiskussion: Stephanie Stickelmann (Kindergärtnerin), Hannah Scheiff (Primarschullehrerin), Sabrina Emonts (Sekundarschullehrerin) und Cathérine Mattar (Hochschullehrerin)



Einblick in das Kolloquium vom 19. September 2025

Empfang zum Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Am 16. November 2025 fand der traditionelle Empfang zum Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Dorfsaal Jaspesch in Mürringen (Gemeinde Büllingen) statt.

Musikalisch untermalt wurde der Festakt von der Musikgruppe La Recherche.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die ost-belgischen Preisträger der Aktion „Be Heroes“.

Ausstellungen Menschenpflichten – Kinderrechte

In Zusammenarbeit mit dem Belgischen Roten Kreuz präsentierte das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Werke des Aachener Künstlers Detlef Kellermann, die die Themen Kinderrechte und Menschenpflichten veranschaulichen.

Im Rahmen der Vernissage am 20. November 2025 gab Prof. Dr. phil. Guido Meyer mit seinem Vortrag „Ethischer Universalismus und Menschenrechtsethos“ einen vertiefenden inhaltlichen Impuls. Den Abschluss der Ausstellung bildete eine Veranstaltung am 12. Dezember 2025, dem Internationalen Tag der Menschenrechte. Sie bot einen würdigen Rahmen, um die zentralen Botschaften der Aus-

stellung nochmals aufzugreifen, gemeinsam zu reflektieren und zu vermitteln, welche Kraft Kunst entfalten kann, wenn sie gesellschaftliche Fragen aufgreift und zum Nachdenken anregt.

Besuch der Sternsinger

Auch in diesem Jahr besuchten stellvertretend für alle Sternsingergruppen aus den neun Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft rund vierzig Kinder das Parlament und brachten den Segen in den Plenarsaal des Parlaments. Dabei erinnerten sie an die Wichtigkeit der schulischen Bildung für alle Kinder.

Das diesjährige Motto lautete: „Schule statt Fabrik. Sternsinger gegen Kinderarbeit.“

Auch in diesem Jahr wurden die Kinder von der Parlamentspräsidentin sowie mehreren Abgeordneten im Parlament empfangen.

Empfang der Alten Weiber – Karneval 2026

Am Altweiberdonnerstag, 12. Februar 2026 fand der Empfang der Alten Weiber statt. Wie im vergangenen Jahr haben die Feierlichkeiten im Kolpinghaus in Eupen stattgefunden. Auch in diesem Jahr waren die Jecken, trotz des Dauerregens, in Feierlaune.



Die Parlamentspräsidentin beglückwünscht die Preisträger der Aktion „Be Heroes“



Musikgruppe La Recherche



Vernissage der Ausstellungen in Anwesenheit von Detlef Kellermann



Traditionelles Gruppenfoto mit den Sternsängern. Copyright Lothar Klinges



Empfang der Alten Weiber in Eupen

Rhetorika

Bereits seit einigen Jahren unterstützt das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Rednerwettbewerb Rhetorika als Sponsor und bietet den Teilnehmenden die Möglichkeit, ihre Generalprobe im Parlament abzuhalten. Das ermöglicht den jungen Rednerinnen und Rednern, sich in einer authentischen Rednersituation zu erproben. Organisiert wird Rhetorika von Ocarina Ostbelgien.

Blutspendeaktion

Bereits zum vierten Mal organisierten die Nachbarn vom Kehrweg (BRF, HLZ DG, KAS Eupen und das Parlament) eine Blutspendeaktion zugunsten des Roten Kreuzes. Die Aktion fand am 23. April 2026 erstmals in den Räumlichkeiten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft statt.

Europa kreativ: Junge Ideen für ein gemeinsames Europa ausgezeichnet

Mit dem Wettbewerb „Europa kreativ“ wird jedes Jahr ein starkes Zeichen für die Förderung von Kreativität und europäischem Bewusstsein bei jungen Menschen gesetzt. Der Wettbewerb wird von Europe Direct Ostbelgien organisiert.

Die Preisverleihung fand am 23. Juni 2026 unter der Schirmherrschaft der Parlamentspräsidentin im Plenarsaal des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft statt.

Ziel der Initiative ist es, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv mit Europa zu beschäftigen und ihre persönliche Verbindung zum europäischen Gedanken auszudrücken.

Tirolerempfang

Am 1. August 2026 statteten die Gäste des Eupener Tirolerfestes dem Parlament ihren traditionellen Besuch ab. In diesem Jahr war die Region Sankt Johann in Tirol die Partnerregion des Eupener Tirolerfestes, das unter der Schirmherrschaft der Parlamentspräsidentin Patricia Creutz-Vilvoye stand.



Am 1. August 2026 statteten die Gäste des Eupener Tirolerfestes dem Parlament ihren traditionellen Besuch ab. In diesem Jahr war die Region Sankt Johann in Tirol die Partnerregion des Eupener Tirolerfestes, das unter der Schirmherrschaft der Parlamentspräsidentin Patricia Creutz-Vilvoye stand.



Die Preisträger des diesjährigen Wettbewerbs „Europa kreativ“

PREISE DES PARLEMENTS

Schülerpreis

Wie in jedem Jahr verlieh das Parlament am 27. Juni 2026 die Schülerpreise für gute Leistungen in Deutsch.

Wer sich im letzten Primarschuljahr, in den Abschlussklassen des Sekundarunterrichts, im Förderunterricht, bei der Gesellenprüfung oder in den Weiterbildungsklassen mit guten Leistungen im Fach Deutsch auszeichnet, erhält im Parlament den Schülerpreis. Der mit einem Gutschein für Bücher in deutscher Sprache dotierte Preis wird am Ende des Schuljahres im Rahmen einer Feierstunde im Parlament verliehen.

Preis des Parlaments

Der Preis des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird seit 1976 verliehen und zeichnet qualitativ wertvolle Publikationen über die Deutschsprachige Gemeinschaft aus.

Für das Jahr 2025 wurde der Preis in den drei Fachbereichen Staatswissenschaften, Kunst und Kultur sowie Biografien vergeben. Über die Vergabe entschied eine Jury, die sich aus Abgeordneten des Parlaments und externen Gutachtern zusammensetzte.

Die Preisträgerinnen und Preisträger des Jahres 2025 waren:

- im Bereich Staatswissenschaften: Cédric Istasse, « Les spécificités institutionnelles de la Communauté germanophone au fil des réformes de l'État » (CRISP, 2024);
- im Bereich Kunst und Kultur: Sabine Rixen, „Zink“ (Eigenverlag), und
- im Bereich Biografien: Ronald Goffard, „Lily – Eine beschlagnahmte Jugend in annektiertem Land“ (Rhein-Mosel-Verlag).

Die Preisverleihung fand am 29. März 2026 im Rahmen eines Festakts in Anwesenheit der Parlamentspräsidentin sowie weiterer Mitglieder des Parlaments statt.

Für das Jahr 2026 wurde der Preis in den Bereichen Staatswissenschaften, Heimatgeschichte sowie Bibliotheks- und Archivwesen ausgeschrieben. Das Auswahlverfahren ist noch nicht abgeschlossen.



Die Preisträger des Schülerpreises



v.l.n.r.: Dr. Philippe Beck (Laudator), Ronald Goffart (Preisträger) und Patricia Creutz-Vilvoye



v.l.n.r.: Frank-Thorsten Moll (Laudator), Sabine Rixen (Preisträgerin) und Patricia Creutz-Vilvoye



v.l.n.r.: Rolf Lennertz (Laudator), Cédric Istasse (Preisträger) und Patricia Creutz-Vilvoye

POLITISCHE BILDUNG IM PARLAMENT: INTERAKTIV, NACHHALTIG UND ALTERSGERECHT

Der Besucherdienst des Parlaments bietet seit vielen Jahren ein breit gefächertes Bildungsangebot an, das darauf ausgerichtet ist, politische Bildung lebendig und interaktiv zu vermitteln.

Die Programme verfolgen mehrere pädagogische Ziele: Sie sollen das Interesse an demokratischen Prozessen stärken, Eigeninitiative fördern, zukünftige Wählerinnen und Wähler sensibilisieren, durch fundierte Informationen Vorurteile abbauen und einen Raum schaffen, in dem Meinungsbildung und Argumentation aktiv erprobt werden können.

Alle Workshops finden im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft statt. Dadurch erhalten die Teilnehmenden nicht nur Einblicke in die Inhalte der Module, sondern lernen auch die Räumlichkeiten, die Arbeitsweise und die Aufgaben des Parlaments unmittelbar kennen.

Die Module sind so konzipiert, dass sie aufeinander aufbauen und sowohl für Grund- als auch für Sekundarschulen geeignet sind. Dadurch lassen sich mehrere Besuche sinnvoll miteinander kombinieren. Je nach Modulwahl dauert ein Besuch zwischen zwei und sieben Stunden.

Zahlreiche interessierte Gruppen nahmen das Angebot wahr – mehr dazu im Kapitel „Besucher- und Schülergruppen in Zahlen“.

Programme für Grundschüler: Politik spielerisch entdecken

Für die Unterstufe der Grundschulen wird häufig das zweistündige Modul „Im Dschungel wird gewählt“ genutzt, das demokratische Grundprinzipien kindgerecht und spielerisch vermittelt. Indem immer wie-

der die Brücke zur Lebenswelt der Kinder geschlagen wird, werden die Impulse für demokratische Vorgehensweisen in allen Lebenslagen gesetzt: in der Familie, der Schule, in der Gesellschaft.

Die Mittel- und Oberstufe der Grundschulen entscheidet sich meist für ein halbtägiges Programm, das die Kombination mehrerer Module ermöglicht. Besonders beliebt ist die Verbindung aus der „Entdeckungsreise durch Ostbelgien“ – einer altersgerechten Einführung in zentrale Themen, ergänzt durch eine Rallye – und dem Rollenspiel „Eine neue Straße für Felddorf“. In diesem Planspiel übernehmen die Kinder selbst politische Rollen, entwickeln Lösungsvorschläge für eine überlastete Hauptstraße, formulieren Argumente und vertreten ihre Positionen vor der Gruppe. So erleben sie selbst, wie politische Entscheidungsprozesse funktionieren und wie Kompromisse entstehen können. Das Modul vermittelt anschaulich die Aufgaben eines Parlaments, die Bedeutung demokratischer Strukturen und das Prinzip der Mehrheitsentscheidung.

Politische Bildung für Jugendliche der Sekundarstufe

Auch für die Sekundarstufe stehen mehrere Module zur Verfügung, die teilweise als ganztägige Programme angeboten werden.

Besonders häufig wird das Modul „Demokratie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Was geht mich das an?“ gebucht. Ein Animationsfilm führt in zentrale demokratische Strukturen und Abläufe ein. Die Jugendlichen beschäftigen sich aktiv mit Fragen wie: Welche Aufgaben hat das Parlament? Wie unterscheidet sich seine Arbeit von der Arbeit der Regierung? Welche Möglichkeiten der Beteiligung gibt es für Bürgerinnen und Bürger? Und warum ist es wichtig, wählen zu gehen?

Je nach Alter und Vorwissen wird das Modul individuell vertieft.

Ergänzend wählen viele Gruppen das Rollenspiel „Democracy“, bei dem die Teilnehmenden wie Abgeordnete argumentieren, Positionen vertreten, auf andere Meinungen reagieren und Entscheidungen treffen – stets im Rahmen demokratischer Regeln, die Vielfalt und Dialog fördern.

Ein weiteres oft genutztes Angebot ist die „Demokratiefabrik“, eine interaktive Ausstellung zu kontroversen und alltagsnahen Themen. In Kleingruppen setzen sich die Jugendlichen mit provokanten Fragen auseinander, diskutieren gesellschaftliche Vorurteile und hinterfragen gewohnte Denkmuster. Ziel ist es, kritisches Denken zu stärken, demokratische Werte erfahrbar zu machen und Reflexion im Alltag anzuregen.

Besuche von Studierenden, Auszubildenden und Erwachsenenbildung

Neben den Schulklassen besuchten auch zahlreiche Studierende und Auszubildende das Parlament – darunter angehende Kindergärtner, Grundschullehrer und andere pädagogische Fachkräfte. Dieser Austausch ist besonders wertvoll, da politische Bildung zunehmend im schulischen Alltag verankert wird. Die angehenden Lehrkräfte erhalten praktische Einblicke in verschiedene didaktische Formate, erleben diese selbst und lernen Angebote kennen, die sie später im eigenen Unterricht einsetzen können.

Neben den zahlreichen Besuchergruppen organisierte der Besucherdienst weitere Aktivitäten der politischen Bildung, die das Gesamtangebot ergänzten und vertieften.

Aktivitäten der politischen Bildung

Dialogklassen

Das jährlich stattfindende Projekt Dialogklassen fand in diesem Schuljahr 2025-2026 am 29. und 30. Januar in Brüssel statt.

Eine Schulklasse des Athenäums Karel Buls Laken und eine Schulklasse des Bischöflichen Instituts St. Vith haben sich im Parlament der Flämischen Gemeinschaftskommission zu einem Austausch getroffen. Dabei ging es u. a. um die Themen Mobilität, Sprachenvielfalt und das Unterrichtswesen. Die Schülerinnen und Schüler verglichen ihre Erfahrungswerte aus Brüsseler und ostbelgischer Sicht.

Der Austausch bietet den ostbelgischen Teilnehmenden auch immer die Möglichkeit, Brüssel besser kennenzulernen. Im kommenden Jahr finden die Dialogklassen, ein Gemeinschaftsprojekt der beiden Parlamente, wieder in Ostbelgien statt.

Zug der Demokratie

Bereits zum fünften Mal brachte der „Zug der Demokratie“ Kinder und Politiker im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zusammen. Das Thema in diesem Jahr lautete: Online sicher, offline glücklich: Was brauchen Kinder, um im Internet geschützt zu sein und die Freizeit ohne Bildschirm gut zu gestalten?

Aufgrund der zahlreichen Anmeldungen zum Zug der Demokratie fand das Projekt in diesem Jahr sogar zwei Mal statt, sodass insgesamt circa 170 Schüler das Parlament im Rahmen des Zuges der Demokratie besuchten. Am 31. März 2026 nahmen zwei Klassen der Pater-Damian-Grundschule sowie zwei Klassen der Grundschule Königliches Athenäum Eupen an dem Projekt teil und

am 2. Juni 2026 kamen die vierten Schuljahre der Gemeindegrundschulen Amel und Raeren mit ihren Anliegen und Ideen zum Thema zu einem Austausch mit den Politikern ins Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

In einer intensiven Vorarbeit in der Schule hatten sich die Viertklässler viele Gedanken gemacht, die sie bei ihrem Besuch im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit den anwesenden Politikern besprechen konnten. Zum einen wurde festgehalten, was die Schüler selbst zum Thema tun können, und zum anderen, bei welchen Punkten die Politik gefragt ist. Die Politiker konnten bei dieser Gelegenheit die Belange der Schüler hören und darauf reagieren.

Unterstützung der Arbeit der Schüllerräte

Am 2. April 2026 trafen sich die Schülervertreter der Sekundarschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu einem gemeinsamen Austausch im Parlament.

Zunächst diskutierten sie untereinander über Gemeinsamkeiten und Unterschiede ihrer Schulen und bereiteten den Dialog mit den Mitgliedern des Ausschusses III für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung vor.

Im Mittelpunkt standen u. a. die Themen politische und gesellschaftspolitische Bildung, sozio-emotionales Lernen, Schülerpraktika sowie digitale Kompetenzen. Ziel war es, die Perspektiven der Schülerinnen und Schüler sichtbar zu machen und aktiv in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.

Der anschließende zweistündige Austausch mit den politischen Vertretern brachte zahlreiche Fragen und Impulse hervor, die der Ausschuss weiter besprechen wird.

Wie geht denn Politik?

Auch in diesem Jahr bot die Arbeitsgruppe Wie geht denn Politik? (bestehend aus Vertretern des RDJ, der Jugendinfo, von Ocarina, des IDP, von Europe Direct und des Besucherdienstes des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft) in Zusammenarbeit mit dem Centre européen Robert Schuman aus Szy-Chazelles und mit der Unterstützung von Erasmus+ wieder Veranstaltungen zur Demokratievermittlung an.

Die Schülerinnen und Schüler der 5. Sekundarschuljahre waren eingeladen, zwischen dem 4. und dem 13. März 2026 an einer der acht angebotenen Veranstaltungen teilzunehmen. Rund 360 Schüler und Schülerinnen aus sieben Sekundarschulen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft konnten im Rahmen des Planspiels „Natur und Macht“ einen Vor- oder Nachmittag lang in eine Rolle schlüpfen, deren Interessen sie vertreten sollten. Ob als Anwohner, Fledermausexperte, Politiker oder Vertreter der Vereinigung für Schrebergärten: Jedes Anliegen hatte seinen Platz in der Diskussion rund um den Bau einer grenzüberschreitenden Straße.

Auch wenn es in der Kürze der Zeit nicht immer zu einer Einigung kommen konnte, wurde doch anschaulich dargestellt, wie schwierig eine Lösungsfindung in der Politik sein kann.



Die Teilnehmer des Zugs der Demokratie
am 31. März 2026



Diana Stiel und Marcel Henn nahmen u. a. am Projekt
Zug der Demokratie teil



Die Teilnehmer des Zugs der Demokratie
am 2. Juni 2026



Beim Zug der Demokratie am 2. Juni 2026 Frederik
Wertz und Marko Hoffmann



Die Schülerratsvertreter im Parlament



Einblick in die Veranstaltung Wie geht denn Politik?

Parlament international und interregional

Das Parlament misst den Außenbeziehungen eine grundlegende Bedeutung zu. Dabei steht dieses Engagement vor allem unter der Prämisse des Mehrwerts für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Vielfältige Kontakte und Vernetzungen sollen die Autonomie der Gemeinschaft festigen, die Arbeit des Parlaments optimieren und neue Ideen entstehen lassen.

Grundlage für die Aktivitäten des Parlaments in diesem Bereich ist die 2012 verabschiedete Grundsatzerklärung zur Gestaltung der Außenbeziehungen. Sie wurde 2022 mit einem Konzept zur Entwicklung der Außenbeziehungen aktualisiert und konkretisiert. Unter „Außenbeziehungen“ sind demnach alle Tätigkeiten mit einem Anknüpfungspunkt außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu verstehen, was beispielsweise auch Beziehungen zu anderen staatlichen Ebenen Belgiens einschließt. Die Aktivitäten der Außenbeziehungen gliedern sich laut Konzept in folgende Felder:

- die gesetzgeberische Tätigkeit;
- die Subsidiaritätskontrolle;
- die Vertretung des Parlaments in Gremien;
- die Vernetzung des Parlaments;
- die Begleitung der Außenbeziehungen der Regierung.

GESETZGEBERISCHE TÄTIGKEIT

Die gesetzgeberische Tätigkeit des Parlaments im Bereich der Außen-

beziehungen beinhaltet die Bearbeitung und Verabschiedung von Zustimmungsdekreten zu internationalen Abkommen sowie Dekreten zur Umsetzung von EU-Recht.

Zur Sicherung der Qualität der Gesetzgebungsarbeit ist eine enge Kooperation mit der Regierung unerlässlich. Entwürfe von Zustimmungsdekreten – insofern sie nicht aufgrund ihrer geringen inhaltlichen Bedeutung für die Deutschsprachige Gemeinschaft direkt im Plenum behandelt werden – müssen mit dem notwendigen zeitlichen Vorlauf eingereicht werden, damit die Ausschüsse die betroffenen Richtlinien und Abkommen erörtern können.

Die Liste der in der Sitzungsperiode 2025-2026 verabschiedeten Zustimmungsdekrete ist im Kapitel „Arbeit im Plenum“ aufgeführt.

SUBSIDIARITÄTSKONTROLLE

Dem Subsidiaritätsprinzip zufolge darf die EU nur dann tätig werden, wenn die gesteckten Ziele einer Maßnahme auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene nicht ausreichend erreicht werden können und daher eine europäische Regelung wirksamer ist. Darüber hinaus dürfen gemäß dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz die von der EU ergriffenen Maßnahmen nicht über das zur Erreichung des Ziels erforderliche Maß hinausgehen. Durch die Einführung dieser beiden Prinzipien in die europäischen Verträge soll die Aus-

übung der Befugnisse so bürgernah wie möglich erfolgen.

Aufgrund der Zuständigkeiten der einzelnen staatlichen Ebenen haben die belgischen Parlamente 2017 in einem Zusammenarbeitsabkommen eine koordinierte Vorgehensweise für die Subsidiaritätskontrolle festgehalten. In der Praxis wurde das komplexe Verfahren seitens des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft jedoch noch nie aktiviert. Es setzt wie viele Parlamente in der Europäischen Union eher auf den wesentlich flexibler handhabbaren politischen Dialog und bringt seine Position mit Bezug zu EU-Gesetzgebungsinitiativen zu Gehör, indem es Stellungnahmen – zumeist gemeinsam mit anderen Regionalparlamenten – an die EU-Institutionen formuliert oder den direkten Austausch mit der EU-Ebene beispielsweise im Rahmen von Interparlamentarischen Konferenzen sucht – siehe auch Kapitel „Vernetzung des Parlaments“.

Zur Filterung von Informationen und zur Abstimmung von Positionen arbeitet die Parlamentsverwaltung eng mit der EU-Koordinierungsstelle des Senats zusammen, aber auch mit den EU-Referaten anderer teilstaatlicher Parlamente in Belgien und dem deutschsprachigen Ausland sowie mit dem in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählten Mitglied des Europäischen Parlaments.

VERTRETUNG DES PARLAMENTS IN GREMIEN

INNERBELGISCHE ZUSAMMENARBEIT

Die Konferenz der belgischen Parlamentspräsidenten

Die Konferenz der Präsidenten setzt sich aus den Vorsitzenden aller neun parlamentarischen Versammlungen Belgiens zusammen.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird auf dieser Ebene entsprechend vertreten durch:

- **Parlamentspräsidentin Patricia Creutz-Vilvoye.**

Die Konferenz tauscht über Fragen der parlamentarischen Arbeit aus und vereinbart gegebenenfalls eine Zusammenarbeit der parlamentarischen Gremien. Themen sind die Statute der Parlamentarier, die Arbeitsweise in den Parlamenten, die Statute des Verwaltungspersonals, die Vor- und Nachbereitung von Wahlen, die Subsidiaritätskontrolle usw.

Der Vorsitz der Konferenz wechselt jede Sitzungsperiode. In der Sitzungsperiode 2025-2026 hatte der Präsident des Senats den Vorsitz inne. Vorgesehen ist, dass sich die Konferenz mindestens jährlich trifft. Nach dem Treffen im Frühjahr 2025 wurde in verschiedenen Arbeitsgruppen auf Ebene der Verwaltungen an Themen wie der Resilienz der Parlamente gegenüber digitalen Gefahren (Desinformation, Hackerangriffe, ...), der Nutzung Künstlicher Intelligenz in den Parlamentsverwaltungen oder der Immunität der Abgeordneten gearbeitet. Beim Treffen der Präsidenten am 30. Juni 2026 ging es u. a. um das Thema der Immunität, aber auch um Fragen der Entschädigung und der Berechnung der Pensionen von Abgeordneten.

Interparlamentarischer Dialog zum Thema Klima

2017 wurde der Interparlamentarische Klimadialog als Plattform für den Austausch zwischen den für Klimafragen zuständigen Parlamenten Belgiens ins Leben gerufen. Ziel ist es, aktuelle Informationen zur Klimapolitik der einzelnen staatlichen Ebenen Belgiens, aber auch der europäischen und internationalen Institutionen auszutauschen. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft nimmt im Rahmen seiner Zuständigkeit für die Energiepolitik an diesem Dialog teil. Es wird hier in der Regel vertreten durch:

- Parlamentspräsidentin Patricia Creutz-Vilvoye.

2025 hat die Abgeordnetenversammlung den Vorsitz des Interparlamentarischen Klimadialogs turnusgemäß übernommen. So fand im Oktober 2025 eine Anhörung mit dem Generaldirektor der zuständigen Generaldirektion der EU-Kommission statt, der über den aktuellen Stand der Klimapolitik auf EU-Ebene berichtete. 2026 ging der Vorsitz des Interparlamentarischen Klimadialogs an das Flämische Parlament über. In diesem Jahr hat bisher noch keine Sitzung stattgefunden.

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Benelux-Parlament



Das Benelux-Parlament ist neben dem Ministerrat, dem Rat der hohen Beamten, dem Generalsekretariat und dem Gerichtshof eines der fünf Gremien der Benelux-Union.

Aufgrund der Zuständigkeitsverteilung in Belgien entsenden das föderale Parlament sowie die Parlamente der Gemeinschaften und Regionen Belgiens Vertreter in die parlamentarische Versammlung der Benelux-

Union. Vertreterin des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist:

- Parlamentspräsidentin Patricia Creutz-Vilvoye.

Als beratendes Organ des Ministerrats ergreift das Benelux-Parlament Initiativen – in Form von Stellungnahmen oder Empfehlungen –, um Themen für die Zusammenarbeit beim Ministerrat der Benelux-Union bzw. an die Regierungen der Mitgliedsländer nach vorne zu bringen.

So hat das Benelux-Parlament den Abschluss eines multilateralen Abkommens der Benelux-Union mit den baltischen Staaten zur gegenseitigen automatischen Anerkennung von Hochschuldiplomen angestoßen. Polen und Irland werden in Kürze beitreten und auch weitere europäische Staaten haben bereits Interesse bekundet, sich diesem Abkommen anzuschließen. Darüber hinaus wurden Pilotprojekte zur Anerkennung beruflicher Qualifikationen für strategisch wichtige Berufe wie Pflegehelfer und Industrieelektriker auf den Weg gebracht. Die Parlamentspräsidentin ist Berichterstatterin im Benelux-Parlament für dieses gerade für Grenzregionen wichtige Thema. Ebenso ist sie Berichterstatterin für die Beratungen zum Einstein-Teleskop. Hierzu verabschiedete das Benelux-Parlament einstimmig eine Empfehlung, dieses wissenschaftliche Großprojekt in der Euregio Maas-Rhein anzusiedeln. Ein weiterer wichtiger Meilenstein im Berichtszeitraum war der Abschluss eines Benelux-Polizeivertrags, mit dem die polizeiliche Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg eine neue Basis erhält. Der Vertrag hat aufgrund der mit ihm geschaffenen Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung weltweit Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

In der laufenden Mandatsperiode leitet Patricia Creutz-Vilvoye zudem die belgische Delegation im Benelux-Parlament. In dieser Eigenschaft – sowie als ehemalige Vorsitzende und Vize-Vorsitzende des Organs – diskutierte sie beim Festakt zum



Rundtisch-Gespräch Le Parlement Benelux en mouvement : les leçons du passé, la vision pour demain beim Festakt im belgischen Senat zum 70-jährigen Jubiläum der Benelux-Union - vlnr: Bart Tommelein (ehem. flämischer Minister und ehem. Präsident des Benelux-Parlaments), René Cupurus (Institut Clingendael), Patricia Creutz-Vilvoye, Wouter De Vriendt (Moderation). Copyright Kevin Oeyen, Senat



Versammlung der CALRE am 4. November 2025. Copyright Giedre Daugelaite



v.l.n.r: Harald Sonderegger (Landtag Vorarlberg), Tobias Reiß (Baye-rischer Landtag), Andrey Novakov (Europäisches Parlament), Tobias Linnemann (Direktor für parlamen-tarische Arbeit der EVP-Fraktion), Carlo Borghetti (Consiglio regionale della Lombardia), Willy Borsus (Parlement de Wallonie), Patricia Creutz-Vilvoye (Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft), Copyright Giedre Daugelaite

70-jährigen Jubiläum der Benelux-Union bei einem Rundtisch-Gespräch mit weiteren Experten über die Entwicklungsperspektiven des Bündnisses.

Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente – CALRE



Die Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Versammlungen, CALRE, vereint gemeinschaftliche und regionale Parlamente aus Belgien, Österreich, Deutschland, Spanien, Portugal, Italien sowie den autonomen Ålandinseln (Finnland). Sie werden durch ihre Präsidenten vertreten. Vertreterin des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist seit Juli 2024:

- Parlamentspräsidentin Patricia Creutz-Vilvoye.

Seit der Gründungserklärung von Oviedo im Jahr 1997 besteht die Aufgabe der CALRE darin, die Verbindungen zwischen den regionalen Parlamenten mit Gesetzgebungsbefugnis zu stärken, die Werte und Prinzipien der regionalen Demokratie zu verteidigen und die Grundsätze von Demokratie und Mitbestimmung im Rahmen der Europäischen Union zu vertiefen. Das bedeutet auch, dass die CALRE gegenüber der EU als Vertreterin der spezifischen Interessen der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis auftritt.

Der Vorsitz der CALRE wird von den Mitgliedern jeweils für ein Jahr gewählt. Für 2025 und 2026 fiel die Wahl auf die Präsidentin des Parlaments der Kanarischen Inseln. In dieser Zeit beschäftigte sich die CALRE vor allem mit dem kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union, aber auch mit einer Neuauftellung des Ver-

bunds. Die Überlegungen werden in einer Arbeitsgruppe zur Reform der CALRE geführt, in die sich auch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, vertreten durch seine Präsidentin, aktiv einbringt. Ziel ist es, die Ausrichtung der Aktivitäten und interne Abläufe der CALRE effizienter zu gestalten, um so gemeinsamen Anliegen der Regionalparlamente mehr Gehör auf EU-Ebene zu verschaffen. Damit verbunden ist eine engere Vernetzung mit EU-Organen, die in die Arbeiten der Arbeitsgruppe eingebunden werden. Dies trägt auch zu neuen Kontakten bei, die die Position der Deutschsprachigen Gemeinschaft und ihres Parlaments im europäischen Gefüge festigen.

Die CALRE zeichnet unter ihren Mitgliedsparlamenten auch immer wieder herausragende Initiativen aus, die einen deutlichen Mehrwert für das wirtschaftliche, kulturelle oder soziale Leben in ihren Regionen schaffen. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft bewarb sich mit seinem Modell des permanenten Bürgerdialogs für die VII. Ausgabe des CALRE Award „Stars of Europe“ und erhielt diese Auszeichnung von der Plenarversammlung der CALRE im Januar 2026.

Euregio Maas-Rhein¹³



Die Euregio Maas-Rhein, EMR, wurde im Jahr 1976 gegründet und ist einer der ältesten grenzüberschreitenden Kooperationsverbände. 2019 hat die EMR die Rechtsform eines Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) angenommen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist seit 1992 Partnerregion der EMR und beherbergt den Sitz des EVTZ mit dem EMR-Verwaltungsbüro in Eupen. Weitere Partner bzw. Mitglieder im EVTZ sind die belgischen Provinzen Lüttich und Limburg, die niederländische Provinz Limburg sowie der Region Aachen Zweckverband.

Das Parlament entsendet vier der sieben stimmberechtigten Mitglieder der Deutschsprachigen Gemeinschaft in die Versammlung des EVTZ. Für die Legislaturperiode 2024-2029 wurden für die parlamentarischen Mandate benannt:

- Ewald Gangolf (ProDG),
- Stephanie Pauels (CSP),
- Liesa Scholzen (ProDG) und
- Diana Stiel (VIVANT).

Die Versammlung des EVTZ ist das Entscheidungsgremium der EMR und beschließt über das Budget und den Arbeitsplan. Exekutivgremium ist der Vorstand, gebildet aus Regierungsmitgliedern. Auch sie nehmen an den Versammlungen des EVTZ teil. Der Vorsitz der Versammlung und des Vorstands wechselt alle drei Jahre. Im November 2025 übernahm Jos Lantmeeters, Gouverneur der belgischen Provinz Limburg, die Präsidentschaft von Emile Roemer, Kommissar des Königs in der niederländischen Provinz Limburg.

Hauptaufgabe der EMR ist die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Hürden abbauen, innovative Lösungen entwickeln, Vernetzen und Vermitteln stehen im Zentrum ihrer Aktivitäten, verbunden mit dem Einsatz für die Interessen der Bürger, Unternehmen, Organisationen und Kommunen im Grenzgebiet. Im Herbst 2025 wurde auf Basis des Strategiepapiers EMR 2030 von der EVTZ-Versammlung eine inhaltliche Fokussierung vorgenommen, die von den Parlamentsvertretern unterstützt wurde. Schwerpunkte sind u. a die unbürokratische Förderung von grenzüberschreitenden Kleinprojekten mit dem Small Project Fund – People to People, die Zusammenarbeit in der Qualifizierung von Fachkräften, die Kooperation der Krankenhäuser, Rettungsdienste und der Polizei sowie im Bereich Landschaft und Klima. Das INTERREG-Programm der EU ist hierbei ein zentrales Finanzierungsinstrument. Ein besonderes Augenmerk liegt weiterhin auf den gemeinsamen Bemühungen zur Ansiedlung des Einstein-Teleskops,

einem Giga-Projekt für Wirtschaft und Innovation in der EMR.

Die Euregio Maas-Rhein ist – ebenso wie die Deutschsprachige Gemeinschaft – auch Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG), der einzigen europaweiten Organisation, die Grenzregionen repräsentiert, vernetzt und berät sowie verschiedene Projekte durchführt, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verbessern und Best Practices auszutauschen.

Europäischer Ausschuss der Regionen (AdR)¹⁴



Europäischer Ausschuss der Regionen

Der Ausschuss der Regionen, AdR, ist ein seit 1994 bestehendes, beratendes EU-Organ mit Sitz in Brüssel, das die Interessen der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften vertritt. Er setzt sich aus 329 gewählten regionalen und kommunalen Vertretern aller EU-Mitgliedstaaten zusammen, d. h. aus Regierungsmitgliedern oder Abgeordneten aus den Regionen, Bürgermeistern oder Mitgliedern von Gemeinderäten. Hinzu kommen 329 stellvertretende Mitglieder. Belgien verfügt über zwölf Sitze im AdR (zuzüglich zwölf Stellvertreter).

Auch die Deutschsprachige Gemeinschaft ist mit einem effektiven Mitglied im AdR vertreten. Dieses Mandat wird im Auftrag der Regierung wahrgenommen. Sie hat im November 2024 – wie bereits in vorigen Mandatsperioden – hierfür ein Mitglied des Parlaments benannt:

- Liesa Scholzen (ProDG).

Als Ort der Interessenvertretung sowie des Aufbaus und der Pflege von Kontakten zu anderen Regionen und den EU-Institutionen ist die Vertretung im AdR ein wichtiger Baustein

in der Vernetzung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und ihres Parlaments. Informationen zu europäischen Initiativen werden zudem ins Parlament getragen, z. B. zu Entwicklungen in der auch für unsere Region wichtigen Kohäsionspolitik. In diesem sowie allen weiteren Bereichen, die regionale oder kommunale Interessen berühren, verabschiedet der AdR Stellungnahmen zu EU-Gesetzesvorschlägen. Dies gilt etwa für die EU-Politikbereiche Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Sozialpolitik, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, Verkehr, Energie und Klimawandel. Zudem kann der AdR auf eigene Initiative erarbeitete Stellungnahmen zu selbst gewählten Themen beschließen. Die sachpolitische Arbeit des AdR findet in Fachkommissionen statt. Liesa Scholzen ist Mitglied in der Kommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER), in der u. a. über die EU-Strukturfonds beraten wird, sowie in der die Gemeinschaftszuständigkeiten betreffenden Kommission für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur (SEDEC). In der ersten Hälfte der laufenden Mandatsperiode 2025-2030 ist sie zudem Stellvertreterin des wallonischen Parlamentspräsidenten im Präsidium des AdR.

Interregionaler Parlamentarierrat der Großregion – IPR



Der Interregionale Parlamentarierrat der Großregion, IPR, wurde 1986 von den Präsidenten parlamentarischer Versammlungen in der Großregion gegründet. Ziel war und ist es, mit der institutionalisierten parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Regionen die ökonomische, soziale sowie kulturelle Rolle der Großregion und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Zuständigkeitsbereichen der einzelnen Regionen zu fördern. Zu-

dem begleitet der IPR die Aktivitäten des Zusammenschlusses der Regierungen der Großregion – des sogenannten Gipfels – und kann Empfehlungen sowie seit 2002 auch Interregionale Anfragen an die Exekutiven richten.

Mitglieder des IPR sind Abgeordnete der Parlamente bzw. der Räte der französischen Region Grand Est, Luxemburgs, der deutschen Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland sowie der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft wird im IPR vertreten durch die Parlamentsmitglieder:

- Parlamentspräsidentin Patricia Creutz-Vilvoye und
- Liesa Scholzen (ProDG).

Stellvertretende Mitglieder sind die Abgeordneten:

- Stephanie Pauels (CSP) und
- Ewald Gangolf (ProDG).

Die Themen des IPR werden in Fachkommissionen besprochen, wo gegebenenfalls entsprechende Empfehlungen vorbereitet werden, die der zweimal jährlich stattfindenden Plenarversammlung zur Abstimmung vorgelegt werden. In den Kommissionen Wirtschaftliche Fragen und Soziale Fragen tagt Patricia Creutz-Vilvoye (Stellvertreterin: Stephanie Pauels), in den Kommissionen Schulwesen, Ausbildung, Forschung und Kultur und Innere Sicherheit, Katastrophenschutz und Rettungsdienste tagt Liesa Scholzen (Stellvertreter: Ewald Gangolf).

2025 und 2026 haben die Parlamente der Wallonie, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemeinsam die IPR-Präsidentschaft inne, mit einem je halbjährlichen Turnus für den operativen Vorsitz durch eines der drei Parlamente. Ihre Präsidentschaft nutzen die belgischen Partner zum Abbau von Hemmnissen an den Grenzen der Großregion für Unter-



Die Teilnehmer am Kolloquium im März 2026



*Die 74. Plenarsitzung des IPR am 27. November 2026.
Copyright reporters.be*



*v.l.n.r: Benoît Dispas (Parlement de la Fédération Wallonie-Bru-
xelles), Willy Borsus (Parlement de
Wallonie), Patricia Creutz-Vilvoye
(Parlament der Deutschsprachigen
Gemeinschaft), Matthias Lammert
(Landtag Rheinland-Pfalz), Brigitte
Torloting (Région Grand Est), Clau-
de Wiseler (Abgeordneten-kammer
Luxemburg) und Heike Winzent
(Landtag des Saarlandes)*



*Die Teilnehmer der Plenarsitzung
am 19. Juni 2026 im Parlament der
Deutschsprachigen Gemeinschaft*

nehmen und Bürger. So wurden im Herbst 2025 eine Empfehlung zu den Binnengrenzkontrollen, in der die Bedeutung der Freizügigkeit für die Großregion unterstrichen wird, sowie eine Empfehlung zur Einrichtung einer intelligenten Schnittstelle der Unternehmensschalter für einen vereinfachten grenzüberschreitenden Zugang zu Informationen für Unternehmen in der Großregion verabschiedet.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft übernahm im ersten Halbjahr 2026 die operative Präsidenschaft des IPR. Es realisierte aus Anlass des 40-jährigen Jubiläums des IPR, dessen Gründungsvertrag am 17. Februar 1986 in Metz unterzeichnet wurde, einen Videoclip mit Grußbotschaften der Parlamentspräsidenten und -präsidentinnen aus den Partnerregionen des IPR. Der Fokus seiner Präsidenschaft lag aber auf den praktischen Fragen der Menschen im grenzüberschreitenden Kontext – als Arbeitnehmer, Unternehmer oder Auszubildende. Vor diesem Hintergrund lud das Parlament im März 2026 Akteure aus der Praxis zu einem Fachkolloquium „Grenzüberschreitende Herausforderungen des Arbeitsmarkts in der Großregion“ in das Kloster Heidberg in Eupen ein, um über die konkreten Probleme, aber auch mögliche Lösungswege für Unternehmen und Grenzpendler zu diskutieren. Dabei weitete man den Blick durch die Einbindung benachbarter grenzüberschreitender Verbünde, wie der Benelux-Union, der Euregio Maas-Rhein und der Oberrhein-Konferenz.

Auf der Grundlage der Erkenntnisse des Kolloquiums verabschiedete das Plenum des IPR im Juni 2026 eine „Empfehlung für einen integrierten grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt in der Großregion“, die die Erfordernisse für einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt als wesentlichen Faktor einer wettbewerbsfähigen Grenzregion formuliert und Wege dahin aufzeigt. Adressiert ist diese Empfehlung an die regionalen Exekutiven der Großregion und ihre jeweiligen nationalen Regierungen sowie an die Entscheidungsebenen der EU. Ebenfalls einstimmig verabschiedet wurden Empfehlungen zum grenzüberschreitenden autonomen Fahren sowie zur Nutzung der Potenziale städtischer und ländlicher Gebiete für die Energiewende. Die Präsentation des Interreg-Projekts CAPACITI, das die Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Großregion in den Fokus nimmt, sowie ein Austausch mit dem Europaabgeordneten Pascal Arimont zu den aktuellen Diskussionen über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für die Zeit nach 2028 waren weitere Themen der Plenarversammlung im Juni, mit der das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft seine operative Präsidenschaft abschloss.

Der Staffel der belgischen Partner-Präsidenschaft des Interregionalen Parlamentarierrats geht nun für das zweite Halbjahr 2026 an das Wallonische Parlament.

Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates



Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, KGRE, ist das beratende Organ, das diese Ge-

bietskörperschaften beim Europarat vertritt. Er setzt sich aus 306 gewählten Vertretern (hinzu kommen 306 stellvertretende Delegierte) der Regionen, Städte und Gemeinden aus den 46 Mitgliedstaaten des Europarats zusammen und besteht aus zwei Kammern, einer regionalen und einer lokalen Kammer. Belgien stellt drei effektive Mitglieder und vier Ersatzmitglieder in der Kammer der Gemeinden sowie vier effektive Mitglieder und drei Ersatzmitglieder in der Kammer der Regionen.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat neben der Flämischen und der Wallonischen Region sowie der Region Brüssel-Hauptstadt einen effektiven Sitz in der Kammer der Regionen inne. Die Besetzung erfolgt – wie auch im Europäischen Ausschuss der Regionen – durch die Regierung. Im Juli 2024 wurde hierfür wiederum ein Mitglied des Parlaments benannt:

- Liesa Scholzen (ProDG)

Die Zielsetzung des Kongresses ist es, die Teilnahme der lokalen und regionalen Behörden an der europäischen Integration sowie an den Arbeiten des Europarats für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sicherzustellen. Außerdem bietet der Kongress besondere Plattformen für junge Menschen.

Liesa Scholzen ist seit Beginn der aktuellen Mandatsperiode 2026-2030 des Kongresses Vizepräsidentin im Komitee Governance, das sich mit Fragen zur Arbeitsweise lokaler und regionaler Gebietskörperschaften sowie mit Themen wie Bürgerbeteiligung, Umwelt, Bildung und Kultur beschäftigt.

Deutsch-österreichische Konferenz der Landtagspräsidenten

Seit Juni 2017 nimmt der Präsident bzw. aktuell die Präsidentin des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft an der „Konferenz der Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtags unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ teil. Die Beobachterfunktion bietet die Gelegenheit, mit den Amtskollegen über parlamentarische Themen zu diskutieren, über Best-Practice-Beispiele auszutauschen und gemeinsame Standpunkte zu wichtigen gesellschaftlichen Themen zu verabschieden.

Das jährliche Treffen im Berichtszeitraum fand unter Vorsitz des Landtags Saarland im Januar 2026 in Luxemburg statt. Die Parlamentspräsidentin diskutierte hier mit den anderen Vorsitzenden der deutschsprachigen Regionalparlamente über parlamentarische Initiativen zum Schutz der Demokratien gegen autokratische Entwicklungen in Europa und die Nutzung der Potenziale der Grenzregionen für den europäischen Zusammenhalt. Als Gäste und Impulsgeber nahmen an dem Luxemburger Treffen der Konferenz auch die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Katarina Barley, der ehemalige Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, sowie wissenschaftliche Experten teil.

Konferenz der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der deutschsprachigen Länder

Informelle Treffen der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der deutschsprachigen Länder finden seit 2016 einmal jährlich reihum in einem der Partnerländer statt, um sich über Entwicklungen und Herausforderungen des Parlamentarismus auszutauschen. Gemäß einer innerbelgischen Absprache vertritt der Präsident bzw. aktuell die Präsidentin des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft dabei Belgien. Weitere Beteiligte sind die Vorsitzenden der nationalen parlamentarischen Versammlungen aus Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich und der Schweiz.

Die Konferenz 2026 fand im Mai auf Einladung des Präsidenten der Luxemburger Abgeordnetenkammer, Claude Wiseler, in Luxemburg-Stadt statt. Im Zentrum des Treffens standen die Präsentation und der Austausch zum

Demokratiestresstest, der von der Abgeordnetenkammer Luxemburg entwickelt wurde, sowie ein Austausch der Präsidentinnen und Präsidenten zu aktuellen politischen Themen. Hier wurden insbesondere die Auswirkungen der internationalen Krisen auf die Wirtschaft und Gesellschaft der jeweiligen Länder thematisiert.

VERNETZUNG DES PARLAMENTS

Der Aufbau von Netzwerken mit dem Ziel, von guten Beispielen zu lernen, Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten und Synergien für eine effiziente Arbeit zu schaffen, sind für die Deutschsprachige Gemeinschaft und ihr Parlament von großer Bedeutung, insbesondere vor dem Hintergrund der Autonomieentwicklung als Kleingliedstaat und des Statuts als Minderheit. Persönliche Kontakte und ein aktiver Meinungsaustausch jenseits der eigenen regionalen Grenzen optimieren die interne Entscheidungsfindung, stärken die Außendarstellung und die Position des Parlaments sowie der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowohl innerbelgisch als auch über die Landesgrenzen hinaus.

Das Parlament pflegt durch die Teilnahme an institutionalisierten Strukturen (siehe Vertretung in Gremien) und durch bilaterale Kontakte gute Beziehungen zu anderen Parlamenten und Institutionen, die für die Expertise der Abgeordneten oder der Parlamentsverwaltung von Mehrwert sind. Der Blick ist dabei auf die Partner in Belgien, auf die direkten Nachbarn jenseits der Grenzen und darüber hinaus auf andere Regionen in Europa mit ähnlichen Herausforderungen gerichtet.



Die Konferenz der Deutschsprachigen Parlamentspräsidenten in Luxemburg – Copyright chd.LU Anthony Dehez



*Gemeinsame Sitzung von
Ausschuss I und dem Wallonischen
Parlament*



*Gemeinsame Sitzung von
Ausschuss I und dem Flämischen
Parlament*



*Gemeinsame Sitzung von
Ausschuss I und dem Flämischen
Parlament*

AUF BELGISCHER EBENE

Neben zahlreichen informellen Kontakten der Abgeordneten und der Verwaltung des Parlaments besteht auf innerbelgischer Ebene eine besondere Form des Austauschs in Form von gemeinsamen Sitzungen der parlamentarischen Ausschüsse für Zusammenarbeit.

Gemeinsame Sitzungen mit den Ausschüssen für Zusammenarbeit

Der für Zusammenarbeit zuständige Ausschuss I tagte in dieser Sitzungsperiode sowohl mit dem Ausschuss für Zusammenarbeit des Wallonischen Parlaments als auch mit dem Pendant des Flämischen Parlaments.

Am 18. Juni 2026 empfing das Parlament zunächst die wallonischen Kollegen zu einem Austausch, der neben dem Bericht der Regierung zur Zusammenarbeit zwischen den beiden Teilstaaten auch mögliche Zuständigkeitsübertragungen, die Abschaffung der Provinzen und die Brückenfunktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu deutschsprachigen Ländern thematisierte.

Am 3. Juli 2026 war der Ausschuss I seinerseits zu Gast im Flämischen Parlament. Bei dieser gemeinsamen Sitzung standen vor allem der Bericht der Regierung zur Umsetzung des Zusammenarbeitsabkommens und das aktuelle gemeinsame Arbeitsprogramm im Fokus. Auch hier wurde im Austausch die mögliche Brückenfunktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu deutschsprachigen Ländern sowie anderen Grenzregionen hervorgehoben.

AUF INTERREGIONALER UND EUROPÄISCHER EBENE

Neben der Arbeit in multilateralen interregionalen Gremien pflegt das Parlament auch bilaterale Beziehungen zu Regional- und benachbarten Nationalparlamenten, um über aktuelle Herausforderungen und Perspektiven von Politikgestaltung auszutauschen und Möglichkeiten der

Zusammenarbeit auszuloten.

Auch im europäischen Kontext ist die Netzwerkpflege ein wichtiger Faktor, um die Interessen der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf Ebene der EU, die in vielen Politikbereichen Einfluss nimmt, zu Gehör zu bringen. So beteiligte sich das Parlament im Berichtszeitraum an verschiedenen Gesprächen mit EU-Verantwortlichen und Stellungnahmen an die entsprechenden EU-Institutionen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2028. Es besteht Anlass zur Sorge, dass der Vorschlag der EU-Kommission sich negativ auf die Europäischen Sozial- und Regionalfonds und das Interreg-Programm, die für die Grenzregion von großer Bedeutung sind, auswirken könnte.

Austausch mit der Luxemburger Abgeordnetenkommission

Im Oktober 2025 empfing das Parlament eine Delegation der Luxemburger Abgeordnetenkommission unter Leitung von Kammerpräsident Claude Wiseler. Auf dem Programm standen u. a. ein Austausch zu den Themen Bürgerbeteiligung, politische Bildung und Stärkung der parlamentarischen Demokratie sowie eine Besichtigung des Robert-Schuman-Instituts in Eupen. Gespräche über die duale Ausbildung, die Bi-Diplomierung und den neuen Ausbildungszweig „Sicherheit und Prävention“ sowie ein Austausch zum Stand und zu den Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen dem Großherzogtum und der Deutschsprachigen Gemeinschaft waren ebenfalls Teil des Programms.

Austausch mit der niederländischen Provinz Fryslân

Eine Delegation aus der niederländischen Provinz Fryslân (Friesland) kam im Dezember 2025 zu einem offiziellen Besuch ins Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Im Mittelpunkt des Treffens standen der Austausch über regionale Sprachen, kulturelle Identität und die Rolle, die öffentliche Einrichtungen und Akteure hierbei spielen können.

Ein weiterer Schwerpunkt galt den jeweiligen Sprachpolitiken. Die Delegationen diskutierten unterschiedliche Ansätze sowie gemeinsame Herausforderungen – von der Rolle der Bildung und der Medien bis hin zur Sichtbarkeit regionaler Sprachen im Alltag und Fragen der Modernisierung.

Austausch mit dem Landtag Brandenburg

Mit ihrem Besuch in Potsdam vom 2.-4. September 2026 frischte die Delegation rund um Parlamentspräsidentin Patricia Creutz-Vilvoye den zuletzt 2023 in Eupen stattgefundenen Austausch mit dem Landtag Brandenburg auf. Die Abgeordneten informierten sich zu parlamentarischen Initiativen zur Stärkung der Demokratie und zur Förderung der ländlichen Entwicklung. Darüber hinaus ging es um die Herausforderungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, den Minderheitenschutz und die Nutzung Künstlicher Intelligenz in der parlamentarischen Arbeit.

Interparlamentarischer Austausch auf EU-Ebene

Das Europäische Parlament lädt die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten regelmäßig zu Information und Austausch ein. Aufgrund der Zuständigkeitsverteilung im föderalen Belgien können hier neben föderalen Abgeordneten auch Vertreter der Parlamente der Regionen und Gemeinschaften teilnehmen. Koordiniert wird dies durch den Senat.

Auch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft entsendet bei relevanten Themen Abgeordnete zu diesen Treffen. So nahm Parlamentspräsidentin Patricia Creutz-Vilvoye an der Interparlamentarischen Konferenz im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche teil, die im Februar 2026 in Brüssel stattfand. Sie bringt jedes Jahr nationale und regionale Abgeordnete aus den EU-Mitgliedstaaten sowie aus Beitritts- und

Beobachterländern mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments zusammen, um wirtschafts-, haushalts- und sozialpolitische Fragen zu erörtern. Zentral bei der Konferenz im Februar war der Austausch mit Enrico Letta zu seinem Bericht zur Zukunft des Europäischen Binnenmarktes. Als Leiterin der belgischen Delegation betonte die Parlamentspräsidentin hier die besondere Rolle der Grenzregionen für die Zukunft Europas. Als konkretes Beispiel führte sie die Initiative zur Ansiedlung des Einstein-Teleskops in der Euregio Maas-Rhein an, die schon jetzt spürbare Impulse für Forschung, Innovation und wirtschaftliche Entwicklung setzt.

Darüber hinaus beteiligte sich der Vorsitzende des für Wohnungswesen zuständigen Ausschusses IV des Parlaments, José Grommes, an den Arbeiten des Sonderausschusses des Europäischen Parlaments zur Wohnraumkrise in der EU. Er informierte über die Arbeit von Sozialen Immobilienagenturen, der Investitionsgesellschaft Inclusio Ostbelgien sowie der Öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft Ostbelgien (ÖWOB) als Beispiele für Initiativen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

Begleitung der Außenbeziehungen der Regierung

Die Zusammenarbeit des Parlaments und der Regierung im Bereich Außenbeziehungen legt den Fokus auf gegenseitige Information und mögliche Synergien. Der Austausch ist ausgerichtet auf die thematische und institutionelle Einbindung des Parlaments in die auswärtigen Kontakte und Vertretungen der Regierung. Gemäß der 2012 verabschiedeten Grundsatzerklärung sowie dem ausführenden Konzept zur Entwicklung der Außenbeziehungen informiert die Regierung das Parlament über anstehende Kooperationsabsichten und berichtet nach Abschluss eines Abkommens über dessen Inhalt. Auch das Parlament informiert unter denselben Prämissen die Regierung über seine auswärtigen Kontakte. Ergänzend übermittelt die Regierung dem Parlament die Tagesordnungen und Beschlussfassungen des föderalen Konzentrationausschusses.



Die Delegation der Luxemburger Abgeordneten kammer besuchte u. a. das RSI



Die Parlamentspräsidentin bei der europäischen Woche in Brüssel

Permanenter Bürgerdialog

Nachdem das Parlament im Februar 2019 das Dekret zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedet hatte, war die Institutionalisierung von permanenter Bürgerbeteiligung in Ostbelgien in die Wege geleitet worden. Somit konnte die Einrichtung der beiden Gremien des Bürgerdialogs beginnen: die punktuellen Bürgerversammlungen, die Handlungsempfehlungen zu einem bestimmten Diskussionsthema an die Politik ausarbeiten, und der ständige Bürgerrat, der eben diese Bürgerempfehlungen nachverfolgt, d.h. bei der Politik nachfragt, inwieweit diese Empfehlungen bereits umgesetzt wurden.

Der erste Bürgerrat war im September 2019 eingesetzt worden und konnte somit die erste Bürgerversammlung zum Thema „Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“ in den Monaten März 2020 bis September 2020 organisieren. Seitdem sind bereits mehrere Bürgerversammlungen organisiert worden und haben bereits mehrere Mitgliederwechsel im Bürgerrat stattgefunden.

Es folgt eine Beschreibung der Ereignisse in der letzten Sitzungsperiode – in Bezug auf die Bürgerversammlungen 6 „Schülerkompetenzen“ und 7 „Senioren“ sowie in Bezug auf die Arbeit des Bürgerrats. Berichte zu allen Sitzungen von Bürgerrat und Bürgerversammlung findet man auf der Internetseite www.buergerdialog.be.

Alle bisherigen Bürgerversammlungen wurden auch von Mitarbeitern der UCL Leuven ausgewertet. Dazu

haben entsprechende Mitarbeiter als stille Beobachter an den Sitzungen teilgenommen und Fragebögen von den teilnehmenden Bürgern ausfüllen lassen. Entsprechende Auswertungsberichte wurden dem Parlament und dem Bürgerrat gestellt. Ab der 7. Bürgerversammlung wurde zusätzlich ein wissenschaftlicher Beirat zum Bürgerdialog eingesetzt. Weitere Informationen dazu weiter unten.

Das Parlament hat zudem Band 23 seiner Schriftenreihe der Auswertung (2019-2024) des permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens gewidmet.

Die sechste Bürgerversammlung zum Thema „Schülerkompetenzen“

Die Bürgerversammlung zum Thema „Schülerkompetenzen: Wie können emotionale Fähigkeiten an ostbelgischen Schulen vermittelt werden, damit Schüler fit für die Zukunft sind?“ schloss ihre Arbeit im November 2024 ab. Am 5. Dezember 2024 folgte die erste öffentliche Ausschusssitzung zur inhaltlichen Vorstellung der Empfehlungen (nachzulesen im Parlamentsdokument 33 (2024-2025) Nr. 1) und am 30. Januar 2025 folgte die zweite öffentliche Ausschusssitzung, in der der zuständige Ausschuss eine erste Stellungnahme zur Machbarkeit der Empfehlungen veröffentlichte (nachzulesen im Parlamentsdokument 33 (2024-2025) Nr. 2).

Mit dieser Sitzung startete das sogenannte „Umsetzungsjahr“ und der zuständige 7. Bürgerrat begann mit seiner Arbeit zur Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen. In diesem Rahmen unternahm der

Bürgerrat in der Sitzungsperiode 2025-2026 folgende Schritte:

- Teilnahme an einer Ausschusssitzung zur Präsentation wissenschaftlicher Erkenntnisse zu Klassenwiederholungen (25. September 2025),
- Austausch mit Regierung und Ausschussvorsitzenden zum Stand der Umsetzung (4. Dezember 2025),
- Teilnahme an der Abschlusssitzung des Umsetzungsprozesses (29. Januar 2026),
- Teilnahme an einer weiteren Ausschusssitzung zur Vorstellung neuer Rahmenpläne mit Fokus auf sozial-emotionale Kompetenzen (19. März 2026).

Am 5. Februar 2026 fand die Abschlusssitzung statt – eine dritte öffentliche Ausschusssitzung, die dazu dient, dass Politiker und Bürger gemeinsam Rückblick halten und den Stand der Umsetzung der Empfehlungen auswerten. Der Stand der Dinge der Umsetzung der Empfehlungen und die Diskussionen dazu sind nachzulesen im sogenannten „Abschlussbericht“: Parlamentsdokument 33 (2025-2026) Nr. 3.

Am 30. März 2026 wurde das Thema zudem im Plenum des Parlaments debattiert. Damit fand die politische Auseinandersetzung mit den Bürgerempfehlungen ihren vorläufigen Abschluss.

Die siebte Bürgerversammlung zum Thema „Senioren“

Die Bürgerversammlung zum Thema „Senioren von morgen: Wie können unsere Politiker gewährleisten, dass das Leben im Alter in Ostbelgien attraktiv und bereichernd ist?“ nahm ihre Arbeit im September 2025 auf. Anlässlich fünf ganztägiger Arbeits-

treffen arbeiteten die Mitglieder ihre Handlungsempfehlungen zu diesem Thema an die Politik aus und überreichten diese feierlich am 8. November 2025.

Die erste öffentliche Ausschusssitzung zur inhaltlichen Vorstellung der Empfehlungen fand am 17. Dezember 2025 statt – diesmal in einem neuen Format: Im Anschluss an den öffentlichen Teil fand ein Austausch zwischen Bürgern und Politikern an Rundtischen statt. Die Bürgerempfehlungen sind nachzulesen im Parlamentsdokument 112 (2025-2026) Nr. 1.

Am 4. März 2026 folgte die zweite öffentliche Ausschusssitzung, in der der zuständige Ausschuss eine erste Stellungnahme zur Machbarkeit der Empfehlungen veröffentlichte und mit den Bürgern diskutierte. Stellungnahme und Diskussion sind nachzulesen im Parlamentsdokument 112 (2025-2026) Nr. 2.

Mit dieser Sitzung startete das sogenannten „Umsetzungsjahr“ und der zuständige 8. Bürgerrat begann mit seiner Arbeit zur Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen.

Zudem lud der Ausschuss IV Bürgerratsvertreter zu verschiedenen Anhörungen und Fachveranstaltungen ein: zur Anhörung der sozialen Fahrdienste (11. März 2026), zur Anhörung der sozialen Treffpunkte (6. Mai 2026) und zu einem Studienbesuch eines Best-Practice-Projekts für Seniorenwohnen (17. Juni 2026). Die Beteiligung an diesen Ausschussformaten ermöglichte den Bürgerratsvertretern aufschlussreiche Einblicke in die politische Arbeit.

Im Frühjahr 2027 wird voraussichtlich die Abschlussitzung stattfinden – eine dritte öffentliche Ausschusssitzung, die dazu dient, dass Politiker und Bürger gemeinsam Rückblick halten und den Stand der Umsetzung der Empfehlungen auswerten.

Der ständige Bürgerrat

Der Bürgerrat ist im Gegensatz zu den punktuellen Bürgerversammlungen das permanente Gremium des Bürgerdialogs. Die Mitglieder versammeln sich etwa einmal im Monat und treffen organisatorische Entscheidungen. So legen sie beispielsweise das Diskussionsthema einer jeden Bürgerversammlung fest. Aber auch die Nachverfolgung der Umsetzung durch die Politik liegt in ihrer Verantwortung.

Der Bürgerrat setzt sich aus rund 24 Bürgern zusammen, die vorher bereits an einer Bürgerversammlung teilgenommen haben und somit schon eine gewisse Erfahrung in Bürgerbeteiligung mitbringen. Nach Abschluss einer Bürgerversammlung wird ein Drittel der Mitglieder ausgetauscht. Ehemalige Mitglieder der abgeschlossenen Bürgerversammlungen rücken dann in den Bürgerrat nach und ein neues Mandat beginnt.



Die Mitglieder der 7. Bürgerversammlung



Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse III und IV und der 7. Bürgerversammlung



Vorstellung der Empfehlungen



Bürgerdialog
in Ostbelgien



Die Mitglieder des 8. Bürgerrats

Der inzwischen siebte Bürgerrat bereitete die 7. Bürgerversammlung zum Thema „Senioren“ vor. Diese nahm, wie weiter oben beschrieben, ihre Arbeit im September 2025 auf.

Des Weiteren verfolgte der siebte Bürgerrat, wie bereits weiter oben in den Absätzen zur jeweiligen Bürgerversammlung beschrieben, die Umsetzung der Empfehlungen der 6. Bürgerversammlung zum Thema „Schülerkompetenzen“.

Im Januar 2026 fand ein weiterer Mitgliederwechsel im Bürgerrat statt und der somit achte Bürgerrat nahm seine Arbeit auf. Da das Vorgängermandat gerade einen Aufruf zur Einreichung von Themenvorschlägen für die nächste Bürgerversammlung gestartet hatte, zeichnete der nun achte Bürgerrat für die Themenauswahl für die 8. Bürgerversammlung verantwortlich. Er wählte schlussendlich das Thema „Raumordnung“ für die 8. Bürgerversammlung, die im Herbst 2026 ihre Arbeit aufnehmen wird, aus.

Des Weiteren verfolgte der achte Bürgerrat, wie bereits weiter oben in den Absätzen zur jeweiligen Bürgerversammlung beschrieben, die Umsetzung der Empfehlungen der 7. Bürgerversammlung zum Thema „Senioren“. In diesem Rahmen erhielt

das Parlament auch erstmals einen Bericht der Regierung zum Stand der Umsetzung zu allen bisherigen Bürgerempfehlungen seit 2020.

Zudem startete der achte Bürgerrat das Losverfahren für die Ermittlung der Teilnehmer an der siebten Bürgerversammlung und organisierte die siebte Bürgerversammlung, u. a. indem er eine Liste anzuhörender Experten zusammenstellte.

Der siebte und achte Bürgerrat entsendete jeweils Vertreter in den wissenschaftlichen Beirat zum Bürgerdialog bezüglich der entsprechenden Auswertung (Weitere Informationen zum Beirat: siehe weiter unten).

Nicht zuletzt standen erneut zahlreiche Bürgerratsvertreter interessierten Journalisten, Projektinitiatoren und anderen Interessierten im Rahmen von Interviews, Austauschgesprächen und Vortragsformaten Rede und Antwort. Dabei berichteten sie über ihre Erfahrungen und Erkenntnisse aus ihrer Mitwirkung am Bürgerdialog. Eine Liste von externen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Bürgerdialog sowie eine Auflistung von Presseartikeln zu diesem Thema sind auf der Internetseite des Bürgerdialogs (www.buergerdialog.be) verfügbar.

Im Frühjahr 2027 wird voraussichtlich der nächste Mitgliederwechsel im Bürgerrat stattfinden und der somit neunte Bürgerrat eingesetzt.

Der wissenschaftliche Beirat des Bürgerdialogs

Seit seiner Einsetzung wird der permanente Bürgerdialog wissenschaftlich begleitet und untersucht. Die Wissenschaftler haben zu jeder bislang durchgeführten Bürgerversammlung einen Auswertungsbericht erstellt. Dieser basiert sowohl auf ihren Beobachtungen als auch auf den Rückmeldungen der Teilnehmenden, die mittels Fragebögen erhoben wurden. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchungen haben zur Formulierung von Verbesserungsvorschlägen geführt, die teilweise direkt umgesetzt wurden oder in die 2024 erfolgte Dekretänderung eingeflossen sind.

Seit 2025 wird die wissenschaftliche Untersuchung des permanenten Bürgerdialogs wissenschaftlich begleitet. Diese Aufgabe übernimmt der wissenschaftliche Beirat des Bürgerdialogs, der sich zusammensetzt aus Experten für partizipative Demokratie und Bürgerbeteiligung sowohl von Universitäten als auch von zivilgesellschaftlichen Organisa-

tionen und Stiftungen, den mit der wissenschaftlichen Untersuchung beauftragten Forschenden, der Ständigen Sekretärin des Bürgerdialogs, Vertretern des Bürgerrats, Mitgliedern des Parlamentspräsidiums und der Parlamentsverwaltung.

Der wissenschaftliche Beirat erstellt das Konzept der wissenschaftlichen Untersuchung und begleitet diese. Zudem soll er die Ergebnisse der Untersuchung analysieren und Empfehlungen zur Weiterentwicklung des permanenten Bürgerdialogs aussprechen. Der wissenschaftliche Beirat ist auch Ansprechpartner für Anfragen von externen Wissenschaftlern, die den permanenten Bürgerdialog zum Forschungsgegenstand haben.

Der international besetzte Beirat hat sich bereits mehrmals getroffen, um das Konzept der wissenschaftlichen Untersuchung festzulegen. Der Hauptschwerpunkt der Untersuchung des permanenten Bürgerdialogs liegt in den nächsten zwei Jahren auf „Mehrwert und Impact“ – und dies in drei unterschiedlichen Themenbereichen. Dabei soll untersucht werden, welche Auswirkungen der permanente Bürgerdialog auf die politischen Entscheidungsfindungsprozesse hat und welchen konkreten Einfluss die Empfehlungen auf die getroffenen politischen Entscheidungen haben. Zudem wurde festgehalten, dass die Wirkung des permanenten Bürgerdialogs auf Institutionen und die politische Kultur insgesamt untersucht werden soll.

Auswertung des Bürgerdialogs 2019-2024

Mit Unterstützung des Studierendendienstes des Parlaments erschien im Berichtszeitraum eine Publikation zur Auswertung des Bürgerdialogs seit seiner Einführung bis zum Ende der Legislaturperiode 2024. Veröffentlicht wurde sie im Rahmen der Schriftenreihe des Parlaments, Band 23: „Der permanente Bürgerdialog in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens – Auswertung (2019-2024)“.

Europäische Auszeichnung

Der permanente Bürgerdialog der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens ist Ende Januar 2026 mit dem CALRE Award „Stars of Europe“ für das Jahr 2025 ausgezeichnet worden. Mit diesem Preis würdigt die Konferenz der Europäischen Regionalgesetzgeber (CALRE) jährlich herausragende Initiativen ihrer Mitgliedsregionen, die einen deutlichen Mehrwert für das wirtschaftliche, kulturelle oder soziale Leben in ihren Gebieten schaffen. Bei der Verleihung des CALRE Awards wurde hervorgehoben, dass der permanente Bürgerdialog nicht nur innovative Werkzeuge der deliberativen Demokratie nutze, sondern zugleich einen praktischen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leiste.



Einblick in eine Bürgerratssitzung



Der CALRE Award „Stars of Europe“

ANLAGE I – REGIERUNGSKONTROLLE

Abkürzungen:

BIF Bulletin Interpellationen und Fragen

AF Aktuelle Frage

DF Dringende Frage

MÜNDLICHE FRAGEN 2025-2026 (Stand 31.08.2026)

Nr.	Datum	Fragesteller	Fraktion	Gegenstand der Frage	Befragter Minister	Gremium	BIF
242	06.10.2025	E. Jadin	PFF	Wirtschaftsförderung als Antwort auf Fachkräftemangel	O. Paasch	AI	12
243	06.10.2025	B. Klinkenberg	SP	Geplante Schließung der Dienststelle des Finanzministeriums in St. Vith	O. Paasch	AI	12
244	06.10.2025	B. Klinkenberg	SP	Verteilung der Einnahmen aus der Versteigerung der 5G-Lizenzen	O. Paasch	AI	12
245	06.10.2025	F. Colling	Ecolo	Alternative Finanzierungen für Schulbauten	O. Paasch	AI	12
246	06.10.2025	F. Colling	Ecolo	Anlagestrategien der Gemeinden	O. Paasch	AI	12
247	06.10.2025	F. Colling	Ecolo	Masterplan Eifel	O. Paasch	AI	12
248	06.10.2025	F. Cremer	ProDG	Bau einer Umgehungsstraße zur N62	O. Paasch	AI	12
249	06.10.2025	F. Cremer	ProDG	Zukunft der Ostbelgieninvest	O. Paasch	AI	12
250	06.10.2025	M. Balter	Vivant	Eyneburg	O. Paasch	AI	12
251	07.10.2025	B. Klinkenberg	SP	Arbeitsgruppe Jugend der Großregion	G. Freches	AII	12
252	08.10.2025	E. Simar	CSP	Demenz und motorische, alltagspraktische, kognitive und soziale Aktivierung	L. Klinkenberg	AIV	12
253	08.10.2025	F. Colling	Ecolo	Projekt „Zurück ins Arbeitsleben“	L. Klinkenberg	AIV	12
254	08.10.2025	E. Comoth	ProDG	Finanzielle Auswirkungen einer neuen Wohnungssteuer in Kelmis auf die ÖWOB	L. Klinkenberg	AIV	12
255	08.10.2025	E. Simar	CSP	Zulassung von Ärzten in Belgien, die in anderen EU-Ländern nicht mehr praktizieren dürfen	L. Klinkenberg	AIV	12
256	09.10.2025	R. Schröder	PFF	Umsetzung der Reform des Arbeitslosengelds	J. Franssen	AIII	12
257	09.10.2025	M. Henn	CSP	Auswirkungen der Arbeitsmarktreform auf die Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren	J. Franssen	AIII	12
258	09.10.2025	K. Elsen	ProDG	AHS-Studiengang „Soziale Arbeit“	J. Franssen	AIII	12
259	09.10.2025	K. Neycken-Bartholemy	SP	Kürzung der Jahresendprämie des Personals des Unterrichtswesens	J. Franssen	AIII	12
260	20.10.2025	A. Jerusalem	Ecolo	AF: Bevorstehende Massenentlassung beim Unternehmen NMC in Eynatten	J. Franssen	Plenum	12
261	03.11.2025	S. Pauels	CSP	Digitalisierung und Einsatz von künstlicher Intelligenz im Wirtschaftssektor	O. Paasch	AI	13
262	03.11.2025	C. Servaty	SP	VoG Ternell	O. Paasch	AI	13
263	03.11.2025	C. Servaty	SP	Beziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Republik Österreich und ihren Bundesländern	O. Paasch	AI	13
264	03.11.2025	M. Balter	Vivant	Evaluierung baurechtlicher Normen	O. Paasch	AI	13
265	03.11.2025	M. Balter	Vivant	Absage einer Versammlung mit dem Beirat der Gemeinschaftszentren	O. Paasch	AI	13

266	03.11.2025	E. Jadin	PFF	Finanzierung kommunaler Bürgerbeteiligungsprojekte in Zeiten der Haushaltskonsolidierung	O. Paasch	AI	13
267	04.11.2025	B. Klinkenberg	SP	Mögliche Austragung der Special Olympics Belgium in Ostbelgien	G. Freches	AII	13
268	05.11.2025	D. Stiel	Vivant	Verbesserung der Sprachkenntnisse von Einwanderern	L. Klinkenberg	AIV	13
269	05.11.2025	D. Stiel	Vivant	Kommunikationsdefizit des ZKB	L. Klinkenberg	AIV	13
270	05.11.2025	D. Stiel	Vivant	Saisonale Impfkampagne 2025/2026 in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	13
271	05.11.2025	F. Colling	Ecolo	Streichung des föderalen Fonds für Teilhabe und soziale Aktivierung	L. Klinkenberg	AIV	13
272	05.11.2025	E. Comoth	ProDG	Streichung des föderalen Fonds für Teilhabe und soziale Aktivierung	L. Klinkenberg	AIV	13
273	05.11.2025	B. Klinkenberg	SP	Versorgungslage im Bereich der mentalen Gesundheit	L. Klinkenberg	AIV	13
274	06.11.2025	M. Henn	CSP	Auswirkungen der föderalen Arbeitsmarktreform auf das ADG	J. Franssen	AIII	13
275	06.11.2025	K. Elsen	ProDG	Zukunft und Wertigkeit des Meisterbriefs	J. Franssen	AIII	13
276	06.11.2025	C. Servaty	SP	Weiterbeschäftigung von verrenteten Lehrkräften	J. Franssen	AIII	13
277	06.11.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Neues Sprachlernprogramm für Personen in beruflicher Eingliederung	J. Franssen	AIII	13
278	06.11.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Einführung neuer Pflichtfächer im Sekundarschulunterricht	J. Franssen	AIII	13
279	24.11.2025	F. Colling	Ecolo	Anpassung an die fortschreitende Schädigung der Ökosysteme	O. Paasch	AI	14
280	24.11.2025	F. Colling	Ecolo	Verlust von Agrarflächen	O. Paasch	AI	14
281	24.11.2025	C. Servaty	SP	Aufarbeitung der Infraktionsakten in Raumordnungsangelegenheiten	O. Paasch	AI	14
282	24.11.2025	C. Servaty	SP	Aktuelle Planungen betreffend den Bau einer Umgehungsstraße zur N62	O. Paasch	AI	14
283	24.11.2025	E. Jadin	PFF	Zugänglichkeit in deutscher Sprache zum Angebot an PEB-Dienstleistungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	14
284	25.11.2025	B. Klinkenberg	SP	Jüngste Entwicklung in Sachen Special Olympics Belgium	G. Freches	AII	14
285	25.11.2025	B. Klinkenberg	SP	Aussagen der scheidenden Direktorin der TAO	G. Freches	AII	14
286	26.11.2025	D. Stiel	Vivant	Insolvenzantrag des Krankenhauses St. Joseph in Prüm	L. Klinkenberg	AIV	14
287	26.11.2025	D. Stiel	Vivant	Zunahme der Anzahl Suizidversuche von jungen Menschen	L. Klinkenberg	AIV	14
288	26.11.2025	J. Grommes	ProDG	Stärkung der Krisenresilienz im Gesundheitswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	14
289	26.11.2025	B. Klinkenberg	SP	Auswirkungen der föderalen Arbeitslosengeldreform auf die ostbelgischen ÖSHZ	L. Klinkenberg	AIV	14
290	26.11.2025	B. Klinkenberg	SP	Kleinkindbetreuung in Manderfeld	L. Klinkenberg	AIV	14
291	26.11.2025	F. Colling	Ecolo	Klage vor dem Verfassungsgericht gegen die Kürzung der Mietbeihilfen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	14
292	26.11.2025	F. Colling	Ecolo	Rahmenabkommen im nicht kommerziellen Sektor	L. Klinkenberg	AIV	14
293	27.11.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Festlegung des Schuljahreskalenders für die Schuljahre 2026-2027 und folgende	J. Franssen	AIII	14
294	27.11.2025	C. Servaty	SP	Versicherungsschutz des Unterrichtspersonals	J. Franssen	AIII	14
295	27.11.2025	L. Scholzen	ProDG	Kontrolle der Unterrichtspflicht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	AIII	14
296	27.11.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Zu erwartende Einsparungen infolge der föderalen Sparmaßnahmen	J. Franssen	AIII	14

297	27.11.2025	E. Peters	Vivant	Dokumentenpflicht in der Schülerakte und Prüfungszulassung	J. Franssen	AIII	14
298	22.12.2025	A. Jerusalem	Ecolo	AF: Deckelung der Beträge zur Förderung von Sport- und Ferienlagern	G. Freches	Plenum	14
299	12.01.2026	C. Servaty	SP	Zuständigkeit für den Fachkräftemangel	O. Paasch	AI	15
300	12.01.2026	C. Servaty	SP	Reorganisation der wallonischen Provinzen	O. Paasch	AI	15
301	13.01.2026	A. Jerusalem	Ecolo	Administrative Unterstützung der Vereine in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	G. Freches	All	15
302	13.01.2026	B. Klinkenberg	SP	Reaktivierung der Bahnstrecke Verviers-Eupen-Stolberg	G. Freches	All	15
303	14.01.2026	L. Teller	CSP	Förderung der Krebsstiftung nach besserer Begleitung von Rauchern	L. Klinkenberg	AIV	15
304	14.01.2026	F. Colling	Ecolo	Platz der Pflege in unserer Gesellschaft	L. Klinkenberg	AIV	15
305	14.01.2026	D. Stiel	Vivant	Anliegen des nicht kommerziellen Sektors	L. Klinkenberg	AIV	15
306	14.01.2026	M. Hoffmann	Vivant	Eventueller Erwerb der Immobilie des Finanzministeriums in St. Vith durch die Klinik St. Josef	L. Klinkenberg	AIV	15
307	14.01.2026	D. Stiel	Vivant	Bedarf an Kinderbetreuerinnen und Kinderbetreuern	L. Klinkenberg	AIV	15
308	14.01.2026	B. Klinkenberg	SP	Neuerungen für die ÖSHZ im Zuge des Inkrafttretens der föderalen Arbeitsmarktreform zum 1. Januar 2026	L. Klinkenberg	AIV	15
309	15.01.2026	E. Peters	Vivant	Akkulaufzeit der Schullaptops	J. Franssen	AIII	15
310	15.01.2026	C. Servaty	SP	System der Studienbeihilfen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	AIII	15
311	15.01.2026	F. Wertz	PFF	Entwicklung der Informations- und Medienkompetenz bei Primar- und Sekundarschülern	J. Franssen	AIII	15
312	05.02.2026	E. Gangolf	ProDG	Bau eines Technologiecampus in St. Vith	J. Franssen	AIII	16
313	05.02.2026	C. Servaty	SP	Aktuelle Entwicklung und Perspektiven der beruflichen und dualen Ausbildung in Ostbelgien	J. Franssen	AIII	16
314	05.02.2026	K. Elsen	ProDG	Kinderschutz	J. Franssen	AIII	16
315	05.02.2026	S. Pauels	CSP	Leistungsermittlung und -bewertung im Gemeinschaftsunterrichtswesen	J. Franssen	AIII	16
316	09.02.2026	E. Gangolf	ProDG	Abkommen zwischen der Föderalregierung, der Landesverteidigung und den Gliedstaaten	O. Paasch	AI	16
317	09.02.2026	S. Pauels	CSP	Zukunft der Provinzen im belgischen Staatsgefüge	O. Paasch	AI	16
318	09.02.2026	C. Servaty	SP	Übertragung der Provinzzuständigkeiten an die Deutschsprachige Gemeinschaft	O. Paasch	AI	16
319	09.02.2026	F. Cremer	ProDG	Übertragung der Provinzzuständigkeiten an die Deutschsprachige Gemeinschaft	O. Paasch	AI	16
320	09.02.2026	C. Servaty	SP	Zukünftige Haushaltspolitik der Regierung	O. Paasch	AI	16
321	09.02.2026	F. Colling	Ecolo	Zukunft des Windparks Raeren	O. Paasch	AI	16
322	09.02.2026	F. Colling	Ecolo	Stand der Verhandlungen mit der Landesverteidigung über die Windparks in der Eifel	O. Paasch	AI	16
323	09.02.2026	M. Balter	Vivant	Von Ministerpräsident Paasch getätigte Aussagen zu einem dritten Sparpaket	O. Paasch	AI	16
324	10.02.2026	M. Henn	CSP	Digital Services Act und Arbeit des Medienrats	G. Freches	All	16
325	10.02.2026	K. Elsen	ProDG	Grenzüberschreitender Tourismus	G. Freches	All	16
326	10.02.2026	D. Stiel	Vivant	Krise im Schiedsrichterwesen im Handballsport	G. Freches	All	16

327	10.02.2026	B. Klinkenberg	SP	Arbeitstreffen mit der NRW-Landesregierung	G. Freches	All	16
328	11.02.2026	J. Grommes	ProDG	Beteiligung der Deutschsprachigen Gemeinschaft am nationalen „One-Health“- Aktionsplan	L. Klinkenberg	AIV	16
329	11.02.2026	M. Hoffmann	Vivant	Ferienbetreuung des ZKB in Eupen	L. Klinkenberg	AIV	16
330	11.02.2026	D. Stiel	Vivant	Altersbeschränkung für den Verkauf von Energydrinks	L. Klinkenberg	AIV	16
331	11.02.2026	E. Simar	CSP	Charta „Demenzfreundliche Stadt und Gemeinde“	L. Klinkenberg	AIV	16
332	11.02.2026	F. Colling	Ecolo	Zukunft der Krankenhauslandschaft in Ost-belgien	L. Klinkenberg	AIV	16
333	11.02.2026	C. Servaty	SP	Auswirkungen der geplanten Reform der belgischen Krankenhauslandschaft auf die ost-belgischen Krankenhäuser	L. Klinkenberg	AIV	16
334	11.02.2026	L. Teller	CSP	Zukunft der ostbelgischen Krankenhäuser	L. Klinkenberg	AIV	16
335	11.02.2026	F. Colling	Ecolo	Auswirkungen der Arbeitslosengeldreform auf pflegende Angehörige	L. Klinkenberg	AIV	16
336	11.02.2026	F. Colling	Ecolo	Zukunft der Kinderbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	16
337	11.02.2026	D. Stiel	Vivant	Existenzgefährdung der selbstständigen Kinderbetreuungsstrukturen durch die Monopolstellung des Zentrums für Kinderbetreuung	L. Klinkenberg	AIV	16
338	11.02.2026	C. Servaty	SP	Rahmenabkommen zwischen dem Königreich Belgien und dem Großherzogtum Luxemburg über die grenzüberschreitende Gesundheitszusammenarbeit	L. Klinkenberg	AIV	16
339	16.03.2026	S. Pauels	CSP	Einführung der elektronischen Bauakte	O. Paasch	AI	17
340	16.03.2026	M. Balter	Vivant	Besteuerung von Geldautomaten	O. Paasch	AI	17
341	16.03.2026	F. Colling	Ecolo	Verwendung der Mittel aus dem EU-Klima-Sozialfonds	O. Paasch	AI	17
342	16.03.2026	M. Balter	Vivant	Föderales Haushaltsdefizit	O. Paasch	AI	17
343	17.03.2026	K. Elsen	ProDG	Erfolgsquote bei der theoretischen Führerscheinprüfung und Unterstützungsmaßnahmen für Prüfungsanwärter	G. Freches	All	17
344	17.03.2026	D. Stiel	Vivant	Nachhaltigkeit im Denkmalschutz und Lehren aus Fehlrestaurierungen am Beispiel der Kapelle Krewinkel	G. Freches	All	17
345	17.03.2026	M. Hoffmann	Vivant	KI-Tool des Medienrates	G. Freches	All	17
346	17.03.2026	B. Klinkenberg	SP	Sportentwicklungsstudie der Deutschsprachigen Gemeinschaft	G. Freches	All	17
347	17.03.2026	M. Hoffmann	Vivant	Sportentwicklungsstudie der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Zusammenarbeit mit externen Partnern	G. Freches	All	17
348	18.03.2026	E. Comoth	ProDG	Sicherung der Finanzierung der ESF-Projekte in der Übergangszeit zwischen den Förderperioden	L. Klinkenberg	AIV	17
349	18.03.2026	D. Stiel	Vivant	Abwasseranalysen von Sciensano	L. Klinkenberg	AIV	17
350	18.03.2026	D. Stiel	Vivant	Hinweise auf potenzielle strukturelle und qualitative Mängel im WPZS „Golden Morgen“ in Walhorn	L. Klinkenberg	AIV	17
351	18.03.2026	D. Stiel	Vivant	Prävention von Übergriffen mit K.-o.-Tropfen und Projekt „Check It Straw“	L. Klinkenberg	AIV	17
352	18.03.2026	E. Simar	CSP	Einsatz von künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen	L. Klinkenberg	AIV	17

353	18.03.2026	B. Klinkenberg	SP	Zukunft des Sankt Vither Krankenhauses	L. Klinkenberg	AIV	17
354	18.03.2026	J. Grommes	ProDG	Reform im Krankenhauswesen	L. Klinkenberg	AIV	17
355	18.03.2026	D. Stiel	Vivant	Ostbelgische Krankenhauslandschaft zwischen Reformdruck und Expansion	L. Klinkenberg	AIV	17
356	18.03.2026	E. Comoth	ProDG	Rufbus-Angebot in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	17
357	18.03.2026	F. Colling	Ecolo	Sachstand in Bezug auf die Fachpflegefamilien	L. Klinkenberg	AIV	17
358	18.03.2026	J. Grommes	ProDG	Mögliche nächtliche Schließung der Notaufnahmen	L. Klinkenberg	AIV	17
359	19.03.2026	M. Henn	CSP	Feinstaubbelastung in Klassenräumen	J. Franssen	AIII	17
360	19.03.2026	A. Jerusalem	Ecolo	Schulische Konsequenzen für Schüler, die wegen eines TEC-Streiks dem Unterricht fernbleiben oder verspätet im Unterricht eintreffen	J. Franssen	AIII	17
361	19.03.2026	F. Wertz	PFF	Integration von Lebens-, Gesundheits- und Wirtschaftskompetenzen in den Unterricht	J. Franssen	AIII	17
362	19.03.2026	F. Wertz	PFF	Vermittlung von Französischkompetenzen in der dualen Ausbildung	J. Franssen	AIII	17
363	19.03.2026	C. Servaty	SP	Aussetzung der DELF-Testung von Schülern der diesjährigen Primarabschlussklassen	J. Franssen	AIII	17
364	13.04.2026	S. Pauels	CSP	Klima-Sozialplan der Wallonischen Region	O. Paasch	AI	18
365	13.04.2026	M. Balter	Vivant	Neue föderale Regeln für die Haushaltsdisziplin	O. Paasch	AI	18
366	13.04.2026	C. Servaty	SP	Neues innerbelgisches Abkommen zum Haushaltspfad	O. Paasch	AI	18
367	13.04.2026	M. Balter	Vivant	Neubauten in Wohngebieten	O. Paasch	AI	18
368	13.04.2026	F. Colling	Ecolo	Zusammensetzung der Vermögenswerte der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	18
369	14.04.2026	L. Teller	CSP	Kooperationsabkommen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Rheinland-Pfalz	G. Freches	AII	18
370	14.04.2026	D. Stiel	Vivant	Finanzierung und nachhaltige Nutzung der Plattform Demino	G. Freches	AII	18
371	14.04.2026	D. Stiel	Vivant	Nachhaltigkeit öffentlicher Investitionen in digitale Infrastruktur am Beispiel der App Go Ostbelgien	G. Freches	AII	18
372	14.04.2026	G. Löfgen	PFF	Programm Bel'J und dessen Möglichkeiten	G. Freches	AII	18
373	14.04.2026	B. Klinkenberg	SP	Denkmalschutz	G. Freches	AII	18
374	14.04.2026	B. Klinkenberg	SP	Internationale Vernetzung und ihre konkrete Wirkung auf die lokale Vereinsarbeit	G. Freches	AII	18
375	15.04.2026	F. Colling	Ecolo	Indexierung des Kindergelds	L. Klinkenberg	AIV	18
376	15.04.2026	D. Stiel	Vivant	Nationale Sensibilisierungskampagne zu endokrinen Disruptoren	L. Klinkenberg	AIV	18
377	15.04.2026	F. Colling	Ecolo	Profil der Nutzer der Kinderbetreuung	L. Klinkenberg	AIV	18
378	15.04.2026	F. Colling	Ecolo	Anlaufstellen für Opfer KI-generierter Missbrauchsinhalte	L. Klinkenberg	AIV	18
379	15.04.2026	B. Klinkenberg	SP	Familien- und Seniorenhelfer	L. Klinkenberg	AIV	18
380	15.04.2026	D. Stiel	Vivant	Aufnahmestopp im WPZS Hof Bütgenbach	L. Klinkenberg	AIV	18
381	16.04.2026	A. Jerusalem	Ecolo	Projekt „Bank in der Klasse“	J. Franssen	AIII	18
382	16.04.2026	A. Jerusalem	Ecolo	Einsatz von KI in den schulischen Lern- und Bewertungsprozessen	J. Franssen	AIII	18

383	16.04.2026	F. Wertz	PFF	Raumbedarf der Autonomen Hochschule Ost-belgien	J. Franssen	AIII	18
384	16.04.2026	C. Servaty	SP	Angestrebte stärkere Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitsamt und der mittelständischen Ausbildung	J. Franssen	AIII	18
385	07.05.2026	C. Servaty	SP	Auswirkungen der Entwicklung im Bereich des Fachkräftemangels auf die Beschäftigungspolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	AIII	19
386	07.05.2026	A. Jerusalem	Ecolo	Datenschutz bei der Datenerhebung zwecks Neuberechnung des Stellenkapitals im Unterrichtswesen	J. Franssen	AIII	19
387	07.05.2026	A. Jerusalem	Ecolo	Unumkehrbarkeit der Altersteilzeitregelung im Unterrichtswesen vor dem Hintergrund der föderalen Rentenreform	J. Franssen	AIII	19
388	07.05.2026	A. Jerusalem	Ecolo	Einsatz von Schulhunden	J. Franssen	AIII	19
389	07.05.2026	F. Wertz	PFF	Weiterentwicklung des Partnerportals des ADG und der ÖSHZ für die Arbeitsvermittlung	J. Franssen	AIII	19
390	11.05.2026	C. Servaty	SP	Einkommensobergrenze im Energieprämien-system	O. Paasch	AI	19
391	11.05.2026	S. Pauels	CSP	Bürokratieabbau durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz	O. Paasch	AI	19
392	11.05.2026	F. Cremer	ProDG	Nichtgenehmigung von zwei der insgesamt fünf geplanten Windkraftanlagen der Gemeinde Raeren	O. Paasch	AI	19
393	11.05.2026	M. Balter	Vivant	Verbrauchervertrauen und Konjunkturumfrage des Arbeitgeberverbands AVED-IHK	O. Paasch	AI	19
394	11.05.2026	M. Balter	Vivant	Herabstufung der Kreditwürdigkeit Belgiens und Folgen für die Deutschsprachige Gemeinschaft	O. Paasch	AI	19
395	12.05.2026	K. Messerich	ProDG	Fahrtkostenberechnung im Rahmen des Programms „Kultur macht Schule“	G. Freches	AII	19
396	12.05.2026	K. Messerich	ProDG	Anerkennung der Barrierefreiheit von touristischen Freizeitangeboten	G. Freches	AII	19
397	12.05.2026	D. Stiel	Vivant	Förderung der Kinder nach altersgerechten Spielplätzen	G. Freches	AII	19
398	12.05.2026	D. Stiel	Vivant	Solarsitzbänke als Teil eines umfassenderen Projekts zur Förderung der nachhaltigen Mobilität und Aufwertung der Radinfrastruktur	G. Freches	AII	19
399	12.05.2026	M. Hoffmann	Vivant	Aussagekraft der Sportentwicklungsstudie 2026	G. Freches	AII	19
400	12.05.2026	B. Klinkenberg	SP	Burg Reuland	G. Freches	AII	19
401	13.05.2026	D. Stiel	Vivant	Mobilitätskrise in der häuslichen Versorgung	L. Klinkenberg	AIV	19
402	13.05.2026	D. Stiel	Vivant	Situation der Absolventen der Ausbildung zum Kinderbetreuer	L. Klinkenberg	AIV	19
403	13.05.2026	D. Stiel	Vivant	Einsatz des kombinierten mRNA-Impfstoffs mCOMBRIAX	L. Klinkenberg	AIV	19
404	13.05.2026	M. Hoffmann	Vivant	Aktuelle Auswirkungen der Reform des Arbeitslosengelds auf die ÖSHZ	L. Klinkenberg	AIV	19
405	13.05.2026	F. Colling	Ecolo	Föderale Reform des Statuts der erhöhten Kostenerstattung	L. Klinkenberg	AIV	19
406	13.05.2026	F. Colling	Ecolo	Internationale Adoptionen	L. Klinkenberg	AIV	19
407	13.05.2026	B. Klinkenberg	SP	Fortbestand der ostbelgischen Krankenhäuser	L. Klinkenberg	AIV	19
408	08.06.2026	C. Servaty	SP	Einsatz von Ministeriumspersonal im Arbeitsamt zwecks Bewältigung der Auswirkungen der föderalen Arbeitsmarktreform	O. Paasch	AI	20
409	08.06.2026	F. Colling	Ecolo	Ansprechpartner der Regierung im Bereich der Wasserstoffinfrastruktur	O. Paasch	AI	20
410	08.06.2026	F. Colling	Ecolo	Aufbau finanzieller Reserven aus außerordentlichen Einnahmen	O. Paasch	AI	20

411	08.06.2026	M. Balter	Vivant	Sachstand des Projekts Eyneburg	O. Paasch	AI	20
412	08.06.2026	C. Servaty	SP	Abschaffung der Polizeiräte in Ostbelgien	O. Paasch	AI	20
413	09.06.2026	M. Henn	CSP	Kulturwandel im Sport hinsichtlich der mentalen Gesundheit	G. Freches	AII	20
414	09.06.2026	M. Hoffmann	Vivant	Zukünftige Wahrnehmung des Mandats von Isabelle Weykmans im Medienrat	G. Freches	AII	20
415	09.06.2026	A. Jerusalem	Ecolo	Finanzierung der Zustellung der Tageszeitung GrenzEcho	G. Freches	AII	20
416	09.06.2026	B. Klinkenberg	SP	Online-Ticketing des Sport- und Ferienparks Worriken	G. Freches	AII	20
417	09.06.2026	M. Hoffmann	Vivant	Auswirkungen der Reform des Sportschützenstatuts auf die Rechtssicherheit der Sportschützen	G. Freches	AII	20
418	09.06.2026	D. Stiel	Vivant	Kofinanzierung, Effizienz und Nachhaltigkeit des Projekts „Fahrrad-Viertelboxen“ und Berücksichtigung des Tourismus in der regionalen Infrastrukturstrategie	G. Freches	AII	20
419	09.06.2026	D. Stiel	Vivant	Herausforderungen im Tourismus	G. Freches	AII	20
420	09.06.2026	D. Stiel	Vivant	Finanzielle Lage des Tierheims Eupen	G. Freches	AII	20
421	10.06.2026	M. Hoffmann	Vivant	Regelung des ZKB bezüglich der Krankheits-tage	L. Klinkenberg	AIV	20
422	10.06.2026	D. Stiel	Vivant	Empfehlungen des Hohen Gesundheitsrats zur Reform der Altenpflege	L. Klinkenberg	AIV	20
423	10.06.2026	B. Klinkenberg	SP	Bestandsaufnahme der ostbelgischen Behindertenpolitik	L. Klinkenberg	AIV	20
424	11.06.2026	E. Peters	Vivant	Schutz von Schülern vor entwürdigenden Eingriffen in ihre Intimsphäre und vor digitalen Grenzverletzungen	J. Franssen	AIII	20
425	11.06.2026	K. Elsen	ProDG	Fördersekundarschulangebot im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	AIII	20
426	11.06.2026	C. Servaty	SP	Aufbau eines Fördersekundarschulstandorts Süd	J. Franssen	AIII	20
427	11.06.2026	A. Jerusalem	Ecolo	Kosten des Schulbesuchs einer technischen oder berufsbildenden Sekundarabteilung	J. Franssen	AIII	20
428	11.06.2026	F. Wertz	PFF	Auswirkungen der erhöhten AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüsse	J. Franssen	AIII	20
429	11.06.2026	F. Wertz	PFF	KI-Leitfäden im Unterrichtswesen	J. Franssen	AIII	20
430	22.06.2026	A. Jerusalem	Ecolo	AF: Hitzeschutz in den Schulen	J. Franssen	Plenum	

SCHRIFTLICHE FRAGEN 2025-2026 (Stand 31.08.2026)

Frage Nr.	Datum	Fragesteller	Fraktion	Thema	Befragter Minister	Antwort	BIF
85	16.09.2025	D. Stiel	Vivant	Strafzahlungen von Belgien an die EU	O. Paasch	13.10.2025	12
86	18.09.2025	D. Stiel	Vivant	Einsparung des Schulbonus und Aussetzung der Indexierung des Kindergelds	L. Klinkenberg	17.10.2025	12
87	22.09.2025	D. Stiel	Vivant	Maßnahmen in der Gesundheitsprävention in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	22.10.2025	12
88	29.09.2025	M. Balter	Vivant	Externe Studien- und Beratungskosten, als Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 78 vom 11. Juli 2025	O. Paasch	31.10.2025	12
89	29.09.2025	D. Stiel	Vivant	Unterernährung von Krankenhauspatienten und Bewohnern von WPZS	L. Klinkenberg	31.10.2025	12
90	06.10.2025	D. Stiel	Vivant	Geburtsprämie, Kindergeld und Schulbonus	L. Klinkenberg	05.11.2025	13
91	09.10.2025	E. Jadin	PFF	Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen in der Brustkrebsprävention	L. Klinkenberg	14.11.2025	13
92	10.10.2025	K. Neycken-Bartholemy	SP	Aktuelle Herausforderungen der Schulleitungen in Ostbelgien	J. Franssen	14.11.2025	13
93	13.10.2025	D. Stiel	Vivant	Interpellation vom 10. September 2025 von Frau Neuens zum Wohnungswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	14.11.2025	13
94	15.10.2025	J. Grommes	ProDG	Betreuungsschlüssel in der Kleinkindbetreuung (0-3 Jahre)	L. Klinkenberg	20.11.2025	13
95	15.10.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Streikbeteiligung im öffentlichen Dienst und Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	20.11.2025	13
96	20.10.2025	D. Stiel	Vivant	Einsatz von Antidepressiva in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren	L. Klinkenberg	24.11.2025	14
97	30.10.2025	M. Balter	Vivant	Betrügerische Erschleichung von Energieprämien	O. Paasch	01.12.2025	14
98	30.10.2025	E. Peters	Vivant	Versicherungsschutz für Studierende an der Autonomen Hochschule	J. Franssen	04.12.2025	14
99	07.11.2025	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 26 zur Reform in der Kinderbetreuung	L. Klinkenberg	12.12.2025	14
100	10.11.2025	E. Jadin	PFF	Berechnung des Stellenkapitals für die Grundschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	17.12.2025	14
101	11.11.2025	J. Grommes	ProDG	Stromversorgung und Netzkapazitäten in den Gewerbegebieten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	17.12.2025	14
102	29.11.2025	E. Jadin	PFF	SBZ-Stellen	J. Franssen	13.01.2026	15
103	29.11.2025	E. Jadin	PFF	Reform der Finanzierung der Kirchenfabriken	O. Paasch	13.01.2026	15
104	01.12.2025	S. Pauels	CSP	Verbot weitgehend aller Aromen bei E-Zigaretten	L. Klinkenberg	13.01.2026	15
105	02.12.2025	E. Jadin	PFF	Prävention im Bereich der sexuellen Gesundheit	L. Klinkenberg	13.01.2026	15
106	03.12.2025	C. Servaty	SP	Föderale Arbeitsmarktreform und deren Auswirkungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	16.01.2026	15
107	03.12.2025	C. Servaty	SP	Föderale Arbeitsmarktreform und deren Auswirkungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	16.01.2026	15
108	03.12.2025	C. Servaty	SP	Föderale Arbeitsmarktreform und deren Auswirkungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	16.01.2026	15
109	17.12.2025	E. Jadin	PFF	Schutz von kleinen und mittleren Unternehmen vor Cyberangriffen	O. Paasch	29.01.2026	15
110	17.12.2025	E. Jadin	PFF	Mehrwertsteuerregelung von Kleiderspenden-Verkäufen durch das Belgische Rote Kreuz und vergleichbare Organisationen	O. Paasch	29.01.2026	15
111	18.12.2025	F. Wertz	PFF	Dotation an das IAWM	J. Franssen	28.01.2026	15
112	18.12.2025	F. Wertz	PFF	Neubau der Sporthalle in Eynatten	G. Freches	02.02.2026	16

140	10.03.2026	M. Balter	Vivant	Ressourcenschonende, optimale Nutzung bestehender Gewerbeflächen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	13.04.2026	18
141	12.03.2026	D. Stiel	Vivant	Verhältnismäßigkeit der Investition in den Neubau einer Sporthalle in Eynatten im Kontext der Haushaltsdisziplin (Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 112)	G. Freches	15.04.2026	18
142	16.03.2026	M. Balter	Vivant	Entwicklung der Anzahl Firmenpleiten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	16.04.2026	18
143	16.03.2026	M. Balter	Vivant	Auswirkungen von Firmenpleiten auf den Arbeitsmarkt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	10.04.2026	18
144	18.03.2026	L. Scholzen	ProDG	Schulabbrüche in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	20.04.2026	18
145	20.03.2026	F. Wertz	PFF	EU-Regulierungs- und Förderinstrument BRIDGEforEU	O. Paasch	16.04.2026	18
146	23.03.2026	M. Balter	Vivant	Aussagen von Ministerpräsident Paasch betreffend eine Haushaltseinsparung von 28 Millionen Euro	O. Paasch	27.04.2026	18
147	24.03.2026	F. Wertz	PFF	Geplante Einführung einer elektronischen Pkw-Maut auf belgischen Autobahnen	O. Paasch	27.04.2026	18
148	26.03.2026	M. Balter	Vivant	Krisenbedingte Hilfspakete der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	30.04.2026	18
149	07.04.2026	F. Wertz	PFF	Einsatz von Schulhunden im Kontext des sozial-emotionalen Lernens	J. Franssen	05.05.2026	19
150	16.04.2026	M. Hoffmann	Vivant	Sportentwicklungsstudie	G. Freches	22.05.2026	19
151	21.04.2026	M. Hoffmann	Vivant	Bewertungssystem in der mittelständischen Ausbildung	J. Franssen	27.05.2026	19
152	23.04.2026	C. Servaty	SP	Sachstand und Fortschritte beim Glasfaserprojekt von GOFiber	O. Paasch	21.05.2026	19
153	24.04.2026	D. Stiel	Vivant	Kosten der Plattform Demino und weiterer Klärungsbedarf	G. Freches	01.06.2026	20
154	11.05.2026	D. Stiel	Vivant	Demografischer Wandel und seine Auswirkungen auf das Bildungswesen und die Haushaltsplanung der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	12.06.2026	20
155	28.05.2026	F. Wertz	PFF	Vorbereitung auf ein Studium in französischer Sprache	J. Franssen		
156	28.05.2026	F. Wertz	PFF	Vereinbarkeit von Familie und Beruf für das Personal der Wohn- und Pflegezentren für Senioren	L. Klinkenberg		
157	04.06.2026	G. Löfgen	PFF	Rolle der politischen Bildung bei der Prävention von extremistischer Radikalisierung	G. Freches		
158	05.06.2026	D. Stiel	Vivant	Detailanalyse der Kulturfinanzierung im Vorfeld der Reform des Kulturförderdekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft	G. Freches		
159	09.06.2026	F. Wertz	PFF	Wirkung der beruflichen Orientierung auf eine talent- und interessenorientierte Berufswahl	J. Franssen		
160	09.06.2026	F. Wertz	PFF	Stärkung der Sozialökonomie	L. Klinkenberg		
161	11.06.2026	E. Jadin	PFF	Unterstützung von Menschenrechtsaktivisten und Umgang mit transnationaler Repression	O. Paasch		
162	11.06.2026	E. Jadin	PFF	Wirtschaftliche Dimension des Programms „Ostbelgien 2030“ und seine Umsetzung	O. Paasch		
163	17.06.2026	E. Jadin	PFF	Zusammenhang zwischen Kinderbetreuung und psychischer Gesundheit von Eltern	L. Klinkenberg		
164	17.06.2026	M. Henn	CSP	Nutzung von künstlicher Intelligenz in den Bildungseinrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen		
165	18.06.2026	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 113 zu Beschwerden in Bezug auf die Jugendhilfe und den Jugendgerichtsdienst	L. Klinkenberg		
166	23.06.2026	E. Jadin	PFF	Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Arbeitsmarkt- und Standortfaktor	J. Franssen		
167	22.06.2026	E. Jadin	PFF	Behandlung der Themen Finanzkompetenz und Altersvorsorge in der Erwachsenenbildung vor dem Hintergrund der föderalen Rentenreform	G. Freches	24.07.2026	21

168	27.06.2026	A. Jerusalem	Ecolo	Bezahlter Bildungsurlaub	J. Franssen	19.08.2026	21
169	30.06.2026	E. Peters	Vivant	Unterrichtsfreiheit, Hausunterricht, Kontrollen und Unterstützung betroffener Familien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	24.08.2026	21
170	01.07.2026	M. Hoffmann	Vivant	Bewertungssystem in der mittelständigen Ausbildung, als Nachfrage zu SF Nr. 151	J. Franssen	27.08.2026	21
171	06.07.2026	E. Jadin	PFF	Finanzielle Selbstständigkeit und Vorsorge junger Menschen	J. Franssen	27.08.2026	21
172	06.07.2026	J. Grommes	ProDG	Wohnangebote für Menschen mit Beeinträchtigung	L. Klinkenberg	06.08.2026	21
173	09.07.2026	E. Peters	Vivant	Anerkennung und Finanzierung alternativer Bildungsangebote durch die Deutschsprachige Gemeinschaft	J. Franssen	31.08.2026	21
174	24.07.2026	F. Colling	Ecolo	Auswirkungen der Reform der EU-Verordnung (EG) 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit auf die Deutschsprachige Gemeinschaft	J. Franssen	28.08.2026	21
175	29.07.2026	M. Balter	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 128 zum Konzept „energieautarkes Ostbelgien“	O. Paasch	02.09.2026	
176	31.07.2026	D. Stiel	Vivant	Vorwürfe hinsichtlich der Arbeitsorganisation und zur Kündigungswelle beim Zentrum für Kinderbetreuung (ZKB) in den Gemeinden Büllingen und Bütgenbach	L. Klinkenberg		
177	04.08.2026	M. Balter	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 148 zu den krisenbedingten Hilfpaketen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch		
178	04.08.2026	M. Henn	CSP	Einsatz künstlicher Intelligenz in der Vermarktung Ostbelgiens als Reiseziel	G. Freches		
179	05.08.2026	D. Stiel	Vivant	Hautkrebspräventionskampagne „Sonnencleverere Schulen“ des Patienten Rat & Treff an den Grundschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen		
180	06.08.2026	M. Henn	CSP	Stärkung der digitalen Kompetenzen der ostbelgischen Bevölkerung	G. Freches		
181	11.08.2026	M. Balter	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 125 zu den Regierungs- und Kabinettskosten	O. Paasch		
182	13.08.2026	G. Löfgen	PFF	Stärkung des Ehrenamts in der Jugendarbeit	G. Freches		
183	13.08.2026	M. Balter	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 140 zur ressourcenschonenden, optimalen Nutzung bestehender Gewerbeflächen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch		
184	17.08.2026	E. Jadin	PFF	Hitzeschutz und klimaresilientes Bauen in der neuen Raumordnung	O. Paasch		
185	18.08.2026	S. Pauels	CSP	Leistungsfähige föderale Verwaltungsstrukturen als Voraussetzung für eine wirksame Raumordnungspolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch		
166	23.06.2026	E. Jadin	PFF	Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Arbeitsmarkt- und Standortfaktor	J. Franssen		

INTERPELLATIONEN 2025-2026 (Stand 31.08.2026)

	Datum	Interpellant	Fraktion	Thema	Minister	Gremium	BIF
4	06.10.2025	E. Comoth	ProDG	Energieprämien für Privatpersonen im Rahmen des Klimaplanes für Ostbelgien	O. Paasch	AI	12
5	03.11.2025	F. Colling	Ecolo	Prozess zur Ausarbeitung der Raumordnungsgesetzgebung	O. Paasch	AI	13
6	26.11.2025	E. Simar	CSP	Demenzstrategie für Ostbelgien	L. Klinkenberg	AIV	14
7	12.01.2026	C. Servaty	SP	Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzepts „Ostbelgien leben 2040“	O. Paasch	AI	15

113	08.01.2026	D. Stiel	Vivant	Beschwerden in Bezug auf die Jugendhilfe und den Jugendgerichtsdienst	L. Klinkenberg	11.02.2026	16
114	15.01.2026	M. Balter	Vivant	Zukunft der Waldflächen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	20.02.2026	16
115	15.01.2026	D. Stiel	Vivant	Entwicklung der Suizidfallzahlen seit 2018 in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	20.02.2026	16
116	16.01.2026	M. Hoffmann	Vivant	Nutzungsregeln für Schullaptops	J. Franssen	20.02.2026	16
117	16.01.2026	E. Jadin	PFF	Energie- und Klimaplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	20.02.2026	16
118	16.01.2026	E. Jadin	PFF	Elektronische Rechnungspflicht für Unternehmen ab 2026	O. Paasch	20.02.2026	16
119	19.01.2026	C. Servaty	SP	Fachkräftemangel in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	20.02.2026	16
120	19.01.2026	C. Servaty	SP	Fachkräftemangel in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	20.02.2026	16
121	20.01.2026	M. Balter	Vivant	Finanzierung der Kirchenfabriken als Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 103 von Frau Jadin vom 29.11.2025	O. Paasch	27.02.2026	16
122	22.01.2026	E. Jadin	PFF	Auswirkungen überlasteter oder lückenhafter Stromnetze auf Standortentwicklung und Wohnungsbau in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	27.02.2026	16
123	23.01.2026	D. Stiel	Vivant	Kostenfreier Führerschein als Förderinstrument für Arbeitslose	J. Franssen	27.02.2026	16
124	23.01.2026	C. Servaty	SP	Fachkräftemangel in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	27.02.2026	16
125	29.01.2026	M. Balter	Vivant	Regierungs- und Kabinettskosten	O. Paasch	10.03.2026	17
126	04.02.2026	F. Colling	Ecolo	Vom Gericht Erster Instanz Brüssel gegen die Region Brüssel-Hauptstadt verhängtes Moratorium zur Urbanisierung und Folgen dieses Urteils für die Raumordnungsgesetzgebung der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	16.03.2026	17
127	05.02.2026	E. Jadin	PFF	Cybersicherheit in öffentlichen Einrichtungen	O. Paasch	16.03.2026	17
128	12.02.2026	M. Balter	Vivant	Konzept „energieautarkes Ostbelgien“	O. Paasch	20.03.2026	17
129	13.02.2026	S. Pauels	CSP	Anerkennung der interföderalen Einrichtung Unia als vertrauenswürdiger Hinweisgeber gemäß dem Digital Services Act	G. Freches	19.03.2026	17
130	19.02.2026	M. Balter	Vivant	Ausbau der Zone „Eupen 4“ im Gewerbegebiet East Belgium Park	O. Paasch	25.03.2026	17
131	20.02.2026	E. Jadin	PFF	Seltene Krankheiten	L. Klinkenberg	unbeantwortet	17
132	23.02.2026	M. Hoffmann	Vivant	Kosten und Mehrwert des Besuchs der Olympischen Winterspiele 2026 in Mailand-Cortina durch Minister Freches	G. Freches	24.03.2026	17
133	24.02.2026	E. Peters	Vivant	Schulabbruch, Schulverweigerung und Schulabwesenheit	J. Franssen	27.03.2026	17
134	24.02.2026	D. Stiel	Vivant	Geplante Änderungen in der Kinderkrippe Hergenrath	L. Klinkenberg	27.03.2026	17
135	24.02.2026	D. Stiel	Vivant	Weiterentwicklung des theoretischen Unterrichtsangebots zum Führerscheinwerb	J. Franssen	27.03.2026	17
136	26.02.2026	M. Hoffmann	Vivant	Schutz von minderjährigen Nutzern der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereitgestellten Schullaptops (Nachfrage zur SF Nr. 116)	J. Franssen	27.03.2026	17
137	27.02.2026	B. Klinkenberg	SP	Mentale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen	L. Klinkenberg	01.04.2026	18
138	02.03.2026	M. Balter	Vivant	Nebenkosten der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgenommenen Kredite	O. Paasch	31.03.2026	18
139	05.03.2026	D. Stiel	Vivant	Zunehmende Kurzsichtigkeit bei Kindern und Jugendlichen durch Bildschirmnutzung	L. Klinkenberg	08.04.2026	18



PARLAMENT

der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

Platz des Parlaments 1
B-4700 EUPEN
T +32 (0)87/31 84 00

info@pdg.be
www.pdg.be